

ERST RECHT!

Bezirkskonferenz
1. und 2. Juni 2019
HVHS Springe

Beschlussbuch

 **JUSOS**
Bezirk
Hannover

Beschlussbuch zur Bezirkskonferenz 2019

Herausgeber*innen:
Jusos Bezirk Hannover
Odeonstraße 15/16
30159 Hannover

Inhaltsverzeichnis

AP – Arbeitsprogramm	6
„Lassen wir uns nicht schrecken durch die Ungunst äußerer Umstände, haben wir für alle Schwierigkeiten nur eine Antwort: Erst recht!“ —Clara Zetkin	6
A – Arbeit	15
Eine verpflichtende Übernahme von Azubis – jetzt aber wirklich!	15
Streikrecht für alle Lehrkräfte – Solidarität mit betroffenen Lehrkräften	17
Lebenslanges Lernen – Bildungsurlaub für alle	19
Den Wert der Arbeiter*innen gerecht werden	20
Leiharbeit klarer und fairer regeln	21
Sicherung von Arbeitnehmer*innenrechte in der Paketbranche	22
„Ich bin zu alt für diesen Scheiß?!“	23
Mehrarbeit muss sich lohnen! Schluss mit unbezahlten Überstunden!	24
Mit dir chill'n, das ist, was ich will! – Für ein zeitgemäßes Bundesurlaubsgesetz	25
AF – Asyl- und Flüchtlingspolitik	26
Lifeline endlich registrieren!	26
Flucht ist kein Verbrechen! Horst Seehofers Abschiebe-Gesetz die rote Karte zeigen!	27
B – Bildung, Schule und Hochschule	29
Der digitalen Welt begegnen – Bildung digital denken	29
Ein gutes PJ macht auch gute Ärzt*innen!	31
Damit wir im Pflichtpraktikum nicht arm werden – BaföG-Regelung ändern!	33
BaföG reformieren	34
Absolute Teilhabe und Chancengleichheit – Machen wir die Schulen kostenlos!	35
Berufsberatung für alle Schüler*innen im Land Niedersachsen	36
Ein verpflichtendes Seminar zum Thema Gender-Sensibilisierung in Ausbildungen zu Erzieher*in und Lehrer*in einführen!	37
D – Digitales und Medien	38
Zeichen der Zeit erkennen - Digitale Arbeitswelt regulieren!	38
#ichbinhier für die SPD – für mehr Solidarität im Internet	41
Öffentlich-Rechtliche Medien stärken – Geringe Einkommen entlasten	42
E – Europa, Internationales und Intergalaktisches	43
Neue Welt – Neue Strategie. Für eine progressive Außen- und Sicherheitspolitik!	43
Europäisch denken – auch bei der Mitgliedschaft	50
Europas Verantwortung: Koloniales Raubgut zurückgeben!	51
F – Feminismus	53
„Ist noch Milch im Kühlschrank?“ – Unsichtbare Arbeit sichtbar machen	53
Die Rechte von Inter*Menschen umsetzen und ausbauen!	56
Frauen* in MINT	58
Frauen*solidarität – empowered women empower women	60
Jamais sans elles – Niemals ohne sie!	62
Mein Geschlecht ist meine Sache! – 3. Geschlecht für alle öffnen!	63

Schluss mit Diskriminierung und Tabu – Hygieneartikel für Frauen* müssen erschwinglich werden	64
G – Gesundheit	65
Alkohol ist das Schiff, mit dem du untergehst	65
Diesmal nicht die Bäckerei, sondern das ganze Krankenhaus!	69
Resolution: No more „pray the gay away“	71
Gesünder leben dank besserer Lebensmittelkennzeichnung	72
Mehr öffentliche Toiletten im Stadtbild!	73
Für eine umfassende (Gesundheits-)Politik der sexuellen Selbstbestimmung	74
Eizellenspende legalisieren	76
Bezahlung des Hälftigen Beitrags für die Versicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung bei Beamt*innen	77
Erste-Hilfe fördern und stärken	78
I – Inneres und Antifaschismus	79
Anerkennung von Opfern rechter Gewalt	79
Resolution: Antifa – ungemütlich und laut	81
Drogenkonsument*innen entkriminalisieren	83
Drogenkonsumräume ausbauen	84
Mehr Unterstützung für Frauen*häuser	85
Vermeidung von sekundärer Viktimisierung durch mediale Berichterstattung	88
Kartellvergehen Straftat	90
J – Jugend- und Familienpolitik	91
Anerkennung der Mutterschaft lesbischer Lebenspartner*innenschaften	91
K – Kommunen und ländliche Räume	92
Landflucht stoppen – Smart-Country für die ländlichen T(R)äume	92
O – Organisation	95
Bürger*innenpressekonferenz	95
[2019.O7]	96
Anträge verständlicher gestalten	97
Aufbau digitaler Infrastrukturen	98
Verzicht auf fleisch- und fischhaltige Lebensmittel bei Veranstaltungen des Juso-Bezirks Hannover	100
U – Umwelt und Verbraucher*innenschutz	101
Reformierung der europäischen Agrarpolitik	101
Silvesterknaller? Nein danke.	102
Tierschutz endlich ernstnehmen!	103
Umweltprofil der SPD schärfen – Das Prinzip der Nachhaltigkeit in die alltägliche Politik integrieren!	104
Kohleausstieg bis 2030 beschließen – Die planetaren Grenzen der Erde sind unverrückbar!	105
Verbraucher*innen vor Kündigungsfristen schützen	106
Ist das noch gut, oder kann das weg?!	107
Natur gestalten: Eine progressive Positionierung zur Grünen Gentechnik	108
Das Klima von morgen wird heute gestaltet. Gerechte Umweltpolitik, jetzt!	112
Energiewende vorantreiben, Großkonzerne in die Pflicht nehmen	116

V – Verkehr	117
Schienenausbau priorisieren!	117
Kommunales stationsgebundenes Mietfahrradsystem in größeren Städten	118
Intelligentes Ticketing – Digitale Tickets im öffentlichen Verkehr	120
Sinnvollere Drogenpolitik	122
W – Wirtschaft und Finanzen	124
#SPDerneuern: „Wir müssen über Steuern reden. Darum geht’s. Steuern, Steuern, Steuern! Alles andere ist Mist!“	124
Einführung einer Kerosinsteuer	125
Unkomplizierte und angemessene Besteuerung von alkoholischen Getränken	126

AP – Arbeitsprogramm

„Lassen wir uns nicht schrecken durch die Ungunst äußerer Umstände, haben wir für alle Schwierigkeiten nur eine Antwort: Erst recht!“ —Clara Zetkin

Beschlusnummer 2019.AP

Antragsteller*innen Bezirksvorstand

Weiterleitung an

1 **Vorworte.**

2 Als Jusos Bezirk Hannover wollen wir nach einem schlagkräftigen Europawahlkampf gestärkt in
3 die Zukunft blicken, auch wenn das Ergebnis der SPD ernüchternd ist. Wir haben zum wieder-
4 holten Male bewiesen: Wir können Wahlkampf. Deshalb starten wir jetzt entschieden in die Un-
5 terstützung des Oberbürgermeisterwahlkampfes in Hannover. Für uns ist klar: Das Rathaus in
6 der Landeshauptstadt Hannover muss und wird rot bleiben! Dennoch zeigt das Ergebnis in der
7 Europawahl, dass wir auch Bundes- und Bezirksebene denn Erneuerungsprozess intensiv voran-
8 treiben müssen. Dies ist sowohl uns das dringendste Anliegen, als auch für die Zukunft der SPD
9 essentiell.

10 Die politische Bildungsarbeit der Jusos Bezirk Hannover bleibt unsere zentrale Säule. Wir wollen
11 junge Menschen für linke Politik begeistern und unsere Mitglieder schulen. Nur so können wir den
12 Herausforderungen einer globalisierten Welt, den Hürden des kapitalistischen Systems und des
13 Patriarchats etwas entgegensetzen. Ohne die Überwindung dieser Strukturen ist die Gesellschaft
14 der Freien und Gleichen nicht möglich. Diese grundlegende Kritik bestimmt unser Handeln. Wir
15 wissen: Der demokratische Sozialismus ist unser politisches Ziel – dank Kevin Kühnert kann sich
16 bald auch die SPD wieder daran erinnern.

17 Als Jusos Bezirk Hannover wollen wir gemeinsam für eine bessere Welt streiten. Wir wollen Dis-
18 kriminierung – egal in welcher Form – entschieden entgegnetreten. Ein gutes Zusammenleben
19 auf Basis linker Politik ist möglich und muss von uns in politischen Auseinandersetzungen im-
20 mer wieder erstritten werden. Gemeinsam mit unseren Unterbezirken, unserer Mutterpartei und
21 unseren Bündnispartner*innen streiten wir für eine nachhaltige, feministische und sozialistische
22 Gesellschaft.

23 **Angehen.**

24 **Bunt und Queerfeministisch**

25 Für uns steht die Vielfalt und eine offene und feministische Gesellschaft und deren Individuen*
26 im Vordergrund.

27 Die Geschlechterordnung und entsprechende Rollenstereotype müssen immer wieder überdacht
28 und aufgebrochen werden. Deshalb möchten wir uns weiterhin mit Theorien und Modellen zu
29 Queerfeminismus beschäftigen und unsere Meinung dazu schärfen.

30 **In den Kommunen zuhause**

31 2021 stehen in Niedersachsen Kommunalwahlen an. Besonders auf dieser Ebene gibt es tradi-
32 tionell kaum junge Kandidierende, vor allem junge Frauen* sieht man hier immer noch selten.
33 Gerade hier müssen wir aber die Sozialdemokratie stärken. Das wollen wir in Zusammenarbeit
34 mit dem Juso-Landesvorstand angehen: Junge Kandidierende sollen langfristig auf entsprechen-
35 de Ämter vorbereitet werden. Schon jetzt wollen wir hierfür die ersten grundlegenden Strukturen
36 schaffen und Bildungsangebote sowie Vernetzungsarbeit aktiv fördern.

37 **Grenzenlos Internationalistisch**

38 Internationalismus ist eine unserer Verbandssäulen und gewinnt in unserer globalisierten Welt
39 immer mehr an Bedeutung. Auch im nächsten Jahr wollen wir uns mit diesem Thema konkret,
40 aber auch als Querschnittsthema widmen. Dabei wollen wir viele unserer Kernthemen auch in
41 einem globalen Kontext betrachten und voranbringen. Internationale Politik wird auch im nächs-
42 ten Jahr ein Teil unserer Bildungsarbeit sein. Dabei wollen wir uns z.B. mit der Seenotrettung be-
43 beschäftigen und diskutieren, wie wir als Jusos die zivilen Organisationen unterstützen können und
44 eine Verbesserung der Situation auf dem Mittelmeer erreichen.

45 Im kommenden Jahr wollen wir uns insbesondere mit außenpolitischen Strategien befassen. Un-
46 ter anderem debattiert werden sollen Strategien bezüglich dem Iran, Israel und den Vereinigten
47 Staaten von Amerika.

48 Die USA sind der große Bruder und ein Vorbild für die Europäische Union. Neben kultureller Ver-
49 bundenheit teilen wir die Werte der Demokratie und der Menschenrechte mit den USA. Leider ist
50 transatlantische Politik (ebenfalls Kanada umfassend) ein Steckenpferd Konservativer und Libe-
51 raler. Dies wollen wir ändern und uns damit auseinandersetzen wie progressive Amerikapolitik
52 aussehen kann.

53 Wir sind dem Staat Israel gegenüber solidarisch. Das Eintreten für Israel aus dem Wissen um den
54 noch immer grassierenden Antisemitismus ist die politische Aufgabe der Jusos, die wir innerhalb
55 unserer Partei, der Gesellschaft und als Teil einer linken Bewegung wahrnehmen müssen. Aus
56 unserer Israelolidarität folgt auch ein tieferes Interesse für den Staat Israel, seine Geschichte und
57 die israelische Politik. Dieses Interesse werden wir daher auch in unsere politische Bildungsarbeit
58 einfließen lassen.

59 Wir wollen ebenso kritisch mit der Rolle des Iran in internationaler Perspektive beschäftigen und
60 mit oppositionellen Exil-Iraner*innen den Austausch suchen. Wir wollen dabei auch die Haltung
61 der SPD zum iranischen Regime kritisch beleuchten.

62 **Europa als Chance**

63 Nach der Europawahl ist das Thema Europa für uns noch lang nicht beendet. Wir wollen uns
64 mit unseren Visionen für Europa beschäftigen. Wie soll die Zukunft Europas aussehen? Welche
65 Herausforderungen und Chancen gibt es? Wie können wir als Jusos die Zukunft mitgestalten?
66 Unter anderem mit diesen Fragen wollen wir uns beschäftigen.

67 Auch die Wahl der neuen EU-Kommission werden wir kritisch begleiten und uns gegen mögliche
68 rechtsextreme Kandidat*innen deutlich äußern.

69 **Jüdisches Leben feiern**

70 Wir wollen mit den jüdischen Gemeinden im Bezirk in Kontakt treten und einen positiven Aus-
71 tausch suchen. Das Judentum gehört zu Deutschland, doch jüdisches Leben und Kultur findet
72 notgedrungen selten in der Öffentlichkeit statt. Dies wollen wir ändern und uns verstärkt mit der
73 Kultur der jüdischen Gemeinden in Deutschland beschäftigen und Judentum in Deutschland nicht
74 nur auf den Umgang mit Antisemitismus reduzieren.

75 **Antifaschistisch kämpfen**

76 Wir sind nicht nur ein sozialistischer, feministischer, internationalistischer Verband, sondern
77 auch ein Antifaschistischer. In Zeiten des Rechtsrucks wollen wir uns nicht nur im Rahmen un-
78 serer Bildungsarbeit mit der Theorie befassen, sondern auch aktiv werden. Wir werden uns Fa-
79 schist*innen in den Weg stellen und uns mit anderen antifaschistischen Kräften vernetzen und
80 Bündnisse schmieden.

81 Auch den Antifaschismus müssen wir internationalistisch denken. Daher wollen wir uns mit der
82 Thematik nicht nur in einem deutschen oder europäischen Kontext beschäftigen, sondern auch
83 darüber hinaus. Wir wollen in unserer Bildungsarbeit dem Kampf gegen den Faschismus weltweit
84 einen Platz einräumen und uns mit diesem Thema beschäftigen.

85 Wir werden uns mit den internationalen Allianzen der Rechten beschäftigen und den internatio-
86 nalen Aspekt unseres Antifaschismus im Austausch mit Bündnispartner*innen wie beispielswei-
87 se bei unseren Delegationsreisen berücksichtigen.

88 **Arbeitswerte Arbeitswelt**

89 Die Arbeitswelt befindet sich vor allem vor dem Hintergrund der anhaltenden Digitalisierung in
90 einem großen Wandel. Wir wollen dem Wandel nicht einfach zusehen, wie er durch Arbeitge-
91 ber*innen geformt wird, wir wollen selbst die Spielkarten mischen und Gesetze und Maßnahmen
92 zum Vorteil der Arbeitnehmer*innen in einer modernen Arbeitswelt entwickeln. Wir haben im-
93 mer noch das Problem, dass gerade junge Arbeitnehmer*Innen abhängig von befristeten Verträ-
94 gen und unfairen Löhnen sind. Eine Tatsache, mit der wir uns nicht zufrieden geben und gegen
95 die wir weiterhin kämpfen werden. In Verbindung mit unseren Bündnispartner*Innen, insbeson-
96 dere der Gewerkschaften, wollen wir uns aktiv dafür einsetzen, dass die prekären Arbeitssituatio-
97 nen von jungen Arbeitnehmer*Innen aufgedeckt, benannt werden und gegen diese vorgegangen
98 wird.

99 **Digitalisierung gestalten**

100 Die Digitalisierung ist eine der tiefgreifendsten Veränderungen, die unsere Gesellschaft erleben
101 wird und in ihrem disruptiven Charakter mindestens vergleichbar mit der ersten industriellen
102 Revolution. Wir sehen dabei aber auch enorme Potenziale für die Demokratisierung und die Teil-
103 habe aller, müssen uns gleichzeitig aber auch den Herausforderungen offen stellen. Die Größte
104 wird es sein, keine „Verlierer*innen“ des Wandels auflaufen zu lassen. Dafür gilt es einerseits die
105 Bildung in der digitalisierten Welt aktiv zu gestalten und andererseits eine groß angelegte Quali-
106 fizierungsoffensive für Menschen im Arbeitsleben aufzulegen.

107 Wir wollen Bildung dabei nicht in getrennten Bildungsabschnitten denken, sondern wollen ein
108 Gesamtkonzept entwickeln, wie Bildung über das gesamte Leben miteinander zusammenhängt
109 und zugänglich gemacht werden kann.

110 Darüber Hinaus ist es entscheidend, dass der Staat Spielregeln frühzeitig und deutlich vorgibt,
111 statt nur auf teils schon alte Entwicklungen verspätet zu reagieren, wie wir es aktuell sehen. Ge-
112 rade im Kontext der Künstlichen Intelligenz, braucht es jetzt eine Debatte, wie wir in Zukunft in

113 einer potentiell undurchsichtigen und individualisierten Welt und Struktur regulieren können
114 und müssen.

115 **Ausbildung aktiv**

116 Zwar werden immer wieder Anträge in Richtung „Ausbildung“ gestellt, jedoch wird dieses Thema
117 bei uns immer noch zu wenig debattiert. Wir unterhalten uns viel über Rechte von Arbeiter*innen,
118 ohne zu bedenken, dass auch Auszubildende Arbeiter*innen sind und ihre besondere Perspekti-
119 ve auf das Thema „Arbeit“ immer mitgedacht werden muss.

120 Zudem wird es auch in Zukunft Fragen und Änderungen in der Welt der Ausbildung geben, zu
121 denen wir uns nicht nur positionieren sondern bei denen wir auch aktiv mitgestalten müssen,
122 wie z.B. die Novellierung des BBiG, die Mindestausbildungsvergütung oder auch die Debatte um
123 die Akademisierung der Berufsausbildung.

124 **Umwelt umdenken**

125 Spätestens seit den “Fridays for Future“-Demonstrationen haben alle Menschen mitbekommen,
126 wie stark das Interesse der Gesellschaft und vor allem von jungen Menschen ist, im Bereich der
127 Umweltpolitik mehr zu bewegen. Wir als Vorstand belächeln die jungen Menschen nicht, die frei-
128 tags auf die Straße gehen. Wir solidarisieren uns mit Ihnen und werden uns im kommenden Jahr
129 inhaltlich mit verschiedenen Themen der Umweltpolitik und des Klimawandels auseinanderset-
130 zen sowie politische Forderungen formulieren. Hierbei wollen wir uns mit den Themen Klima-
131 wandel, dessen Folgen, Verbrauch endlicher Ressourcen, Energiewende und Landwirtschaftspoli-
132 tik befassen. Im Kontext der Landwirtschaftspolitik möchten wir uns auch mit dem Einsatz von
133 sog. “Grüner Gentechnik“ auseinandersetzen.

134 Die Veränderung des Klimas hat unter anderem damit zu tun, wie und was wir konsumieren. Den-
135 noch ist ein sozialverträglicher und ökologisch wertvoller Konsum im Alltag ziemlich schwierig.
136 Deshalb möchten wir euch im Rahmen einer Bildungsveranstaltung zeigen, wie man viele Din-
137 ge im Haushalt umweltfreundlich und kostenarm ersetzen kann, wie man selbst ohne großen
138 Aufwand positive Effekte für unsere Umwelt erzielen kann und wie man selbst Dinge wie Seife,
139 Waschmittel und andere Haushaltsmittel kostengünstig und umweltfreundlich herstellen kann.

140 Auch die Art der Nahrungsproduktion hat eine große Auswirkung auf unser Ökosystem. Derzeit
141 gibt es viele Debatten über die ökologischen Auswirkungen von Konventioneller sowie biologi-
142 scher Landwirtschaft, der Einsatz von Pestiziden, die Sinnhaftigkeit von Biogasanlagen, die Verän-
143 derung der Arbeitswelt von Landwirt*innen und vieles mehr. Die moderne Landwirtschaft befin-
144 det sich im Wandel. Wir als Jusos wollen diesen Wandel mitgestalten und progressiv begleiten.

145 Die Strom- und Wärme-bezogene Energiewende hat in Deutschland mit der Agenda 2010 angefan-
146 gen. Der Ausbau von Erneuerbaren Energien hat rasant begonnen und hat mittlerweile mindes-
147 tens genauso rasant wieder abgenommen. Wenn wir als Gesellschaft den Klimawandel stoppen
148 möchten, dann gilt es besonders im Bereich der Strom- und Wärmeerzeugung das Ruder in die
149 Hand zu nehmen und die Energiewende wieder in Gang zu bringen. Im Zuge dessen gilt es auch in
150 diesem Bereich politische Forderungen und Konzepte bereit zu halten. Diese wollen wir mit euch
151 erarbeiten und an unserer Mutterpartei herantragen.

152 **Mobilität langfristig ermöglichen**

153 Mobilität bestimmt unser Leben, ganz egal ob in der Stadt oder dem ländlichen Raum. Ein Grund-
154 maß an Erreichbarkeit und Beförderungsmöglichkeiten bereitzustellen ist Aufgabe der Politik und
155 ein Kernfeld der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wir wollen uns überlegen wie die Mobilitätskon-
156 zepte von morgen aussehen und dabei aktuelle Vorschläge diskutieren und vertiefen.

157 **Umsetzen.**

158 **Zusammenarbeit der UBs**

159 Einen starken Bezirk kann es nur mit starken Unterbezirken geben. Daher werden wir im nächs-
160 ten Vorstandsjahr wieder ein Augenmerk auf die Vernetzung mit den Unterbezirken legen. Wir
161 wollen ihnen mit Rat und Tat zur Seite stehen und unterstützen. So soll es beispielsweise wie-
162 der eine Unterbezirksvorsitzendenkonferenz geben, bei der die Unterbezirke Themenwünsche
163 äußern können, und so das Programm selbst gestalten können.

164 **Kommission Ländliche Räume**

165 Ländliche Räume prägen den Bezirk Hannover auf vielfältige Art und Weise. In diesem Zusam-
166 menhang ist die Kommission Ländliche Räume zu einem wichtigen Austauschforum unserer Un-
167 terbezirke geworden und an die erfolgreiche Arbeit wollen wir anknüpfen.

168 **Ortsbegehungen**

169 Im Rahmen unserer Vorstandsarbeit wollen wir regelmäßig unsere Unterbezirke vor Ort besu-
170 chen. Gemeinsam mit den Jusos vor Ort wollen wir gesellschaftlich relevante Institutionen, sozia-
171 le Einrichtungen, aber auch Wirtschaftsstandorte, lokale Unternehmen und historische Stätten
172 besichtigen und in Austausch mit den Menschen in unserem Bezirk treten. Primär im Fokus ste-
173 hen logischerweise diejenigen Gruppierungen die wir mit unserer politischen Arbeit unterstützen
174 wollen. Bei Betrieben wollen wir beispielsweise besonders die arbeitnehmerische Perspektive auf
175 den Produktionsprozess erkunden. Präsenz zu zeigen, Informationen auszutauschen und als Eh-
176 renamtliche im politischen Bereich ansprechbar zu sein, steht für uns im Fokus der Ortsbegehun-
177 gen. Die Begehungen können natürlich auch in Kooperation mit den lokalen Abgeordneten und
178 SPD-Unterbezirken stattfinden und schaffen so wertvolle Synergieeffekte.

179 **Unterstützung Landtagswahlen**

180 In der kommenden Amtszeit stehen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg Landtagswahlen
181 und in Hamburg Wahlen zur Bürgerschaft an. Wir wollen unsere Genoss*innen solidarisch im
182 Wahlkampf unterstützen. Dabei soll die Unterstützung von jungen und weibliche Kandidierenden
183 mit einer progressiven linken Politik im Vordergrund stehen.

184 **Delegationsreise(n)**

185 Internationale Solidarität muss gelebt werden, um sie zu verinnerlichen. Aus diesem Grund haben
186 wir den Anspruch uns mit anderen sozialistischen Jugendorganisationen in Europa zu vernetzen
187 und werden auch in der kommenden Amtszeit eine Delegationsreise nach Spanien organisieren.
188 Weitere Delegationsreise werden wir gemeinsam mit anderen niedersächsischen Bezirken pla-
189 nen, sodass diese fester Bestandteil unserer politischen Arbeit werden.

190 **Frauen*vernetzung**

191 Auch in dieser Amtszeit wollen wir unseren Feminist Fight Club fortführen. Wir wollen die be-
192 stehenden Strukturen stärken und eine Vernetzungsplattform für Frauen* innerhalb unseres Ver-
193 bandes etablieren. Im Feminist Fight Club geht es um Empowerment, Frauen*solidarität, Aus-
194 tausch über Problemlagen und Vernetzung untereinander. Nur gemeinsam können wir das Patri-
195 archat überwinden. Deshalb wollen wir in regelmäßigen Veranstaltungen mit Expertinnen* über
196 Hürden und alltägliche Diskriminierung sprechen und Lösungswege finden.

197 **Awareness-Konzept/-Schulung**

198 Die Awarenessarbeit ist ein wichtiger Teil in unserer Arbeit, damit wir sicherstellen können, dass
199 sich alle auf unseren Veranstaltungen wohl und sicher fühlen.

200 Um dies zu garantieren bedarf es ein Awareness-Team, welches nicht nur den Namen trägt, son-
201 dern auch mit den Problemen und Nöten von Teilnehmer*Innen adäquat umgehen können. Dies
202 soll nicht nur die Betroffenen schützen, sondern auch das Awareness-Team selbst, wenn diese mit
203 den Vorfällen konfrontiert sind. Daher sehen wir es als unbedingt notwendig an, dass die Awa-
204 renessarbeit auf fundiertem Wissen basiert, welches immer wieder geschult werden muss, wenn
205 nötig auch von externen Referent*Innen.

206 **Rhetorik-Workshops**

207 Ein großes Anliegen in unserem Frauen*empowerment ist es, den Redeanteil von Frauen* bei
208 allen Veranstaltungen auf allen Ebenen zu erhöhen, denn oft reden Frauen* nicht so häufig und
209 nicht so viel wie Männer. Deshalb wollen wir Frauen*rethorikseminare veranstalten um so explizit
210 Frauen* zu motivieren und zu schulen.

211 **Lesekreis**

212 Gerne wollen wir die erfolgreiche Arbeit des Juso-Lesekreises weiterführen und uns mit aktuellen
213 Debatten und der tiefergehenden Lektüre von verschiedensten Veröffentlichungen beschäftigen.
214 Hierbei kann die Themensetzung vielfältig sein und orientiert sich an den Wünschen unserer
215 Mitglieder.

216 **Vernetzungsplattformen**

217 Als Jusos behandeln wir Themen mit breiter gesellschaftlicher Reichweite. In vielen Themenfel-
218 dern engagieren sich Ehrenamtliche in Vereinen und Verbänden. Wir werden den Austausch mit
219 zivilgesellschaftlichen Vereinen suchen. Uns ist es wichtig, Perspektiven von Betroffenen und Eh-
220 renamtlichen zu hören. Wir sind davon überzeugt, dass dieser Austausch nicht nur unsere Debat-
221 ten um neue Eindrücke und Gedanken bereichert, sondern auch die Debattenergebnisse durch
222 solche Kontakte eine stärkere Wirkung entfalten können.

223 Die Jusos und die SPD sind außerhalb ihrer eigenen Reihen nicht besonders bekannt für progressi-
224 ve Umweltpolitik. Bei Gesprächen mit Umweltverbänden oder anderen politischen Jugendorgani-
225 sationen wird immer wieder deutlich, dass Menschen nichts von unseren inhaltlichen Positionen
226 im Bereich der Umweltpolitik wissen. Um unsere Positionen auch außerhalb der eigenen Partei
227 deutlich zu machen, um uns weitere Expertise zuzuholen und um unserern Forderungen mehr
228 Gewicht zu verleihen, gründen wir eine umweltpolitische Vernetzungsplattform mit anderen Par-
229 teien, Verbänden und Organisationen welche ein ähnliches Interesse an unserer Umwelt haben
230 wie wir. Mit Hilfe dieser Plattform wollen wir politische Forderungen deutlich machen und an
231 unserer Mutterpartei tragen.

232 Wir werden unsere politische Arbeit außerdem mit kulturellen Aktivitäten verknüpfen, um viel-
233 fältige Formen des Austauschs zu gewährleisten und die gesellschaftliche Relevanz der von uns
234 geführten Debatten aufzuzeigen.

235 **Bündnistreffen Gewerkschaften/Jugendgewerkschaften/JAVen**

236 Bestehende Beziehungen zu den Gewerkschaften des DGB müssen aufrecht erhalten und weiter
237 ausgebaut werden. Eine starke Arbeiter*innenbewegung muss sich sowohl in der betrieblichen,
238 als auch in der politischen Sphäre einmischen. Angepeilt sind Kooperationen in unserer Bildungs-
239 arbeit sowie kontinuierlicher Austausch.

240 **DeFaMag – unser Verbandsmagazin**

241 Mit dem "DeFaMag" haben wir in den letzten drei Jahren ein ambitioniertes Projekt angegangen.
242 Es sind so in den ersten zwei Jahren jeweils drei Ausgaben eines visuell ansprechenden Magazins
243 erschienen, die auch inhaltliche Debatten aufwerfen konnten.

244 An diesen Erfolg möchten wir anknüpfen und das DeFaMag fortführen. Mit der vor- und nachbe-
245 reitenden Funktion zu unseren Aktionstagen und anderen Veranstaltungen können wir hier von
246 Grund auf Mitglieder ansprechen und ihnen Wissen und Mündigkeit mitgeben. Der Anspruch
247 sollte sein, weiterhin bundesweit ein Begriff für Mitgliederkommunikation zu sein.

248 **Öffentlichkeitsarbeit**

249 Als Bezirksvorstand werden wir unsere Öffentlichkeitsarbeit anpassen. Außerdem werden wir als
250 Bezirksvorstand ein Redaktionsteam einsetzen, dass sich um eine geregelte Bespielung unserer
251 Social Media-Kanäle kümmert und unsere Kommunikationsstrategie vorausschauend plant. Das
252 Redaktionsteam soll bei Bedarf auch bei der Erstellung des Verbandsmagazins eingesetzt wer-
253 den.

254 **Weitergeben.**

255 **Bildungsangebot**

256 Die Denkfabriken und die mehrtägigen Veranstaltungen haben sich in den vergangenen Jahren als
257 ein Konzept herausgestellt, welches überarbeitungsbedürftig ist. Veränderung muss manchmal
258 radikal sein. Aus diesem Grund wollen wir die Denkfabrik Grundlagen beibehalten, um grund-
259 legende Bausteine der jungsozialistischen Arbeit auf niedrigschwelligem Niveau an einem Wo-
260 chenende zu vermitteln.

261 Ebenfalls möchten wir die im vergangenen Jahr zum ersten Mal durchgeführten Aktionstage bei-
262 behalten und ausbauen. Wir können positiv feststellen, dass die Tage während der stattfindenden
263 Tagesseminare zum einen die Beschlusslage gut und konzentriert durchleuchten, um diese
264 im zweiten Schritt auszubauen. Dieses sehr effektive Mittel soll im Mittelpunkt unserer Bildungs-
265 arbeit stehen.

266 **Bildungsvielfalt**

267 Veranstaltungen sollen einen Leuchtturm-Charakter haben. Entgegen den altbackenen Formaten
268 der frontalen Unterrichtung wollen wir Neues wagen: Exkursionen, Lesungen, Theaterbesuche
269 und weitere Bildungsformate. Dies soll weiterhin neben dem Bildungsaspekt ebenfalls eine kri-
270 tische Reflexion der gesellschaftlichen Strukturen beinhalten und dafür sorgen, dass Menschen
271 kulturelle Angebote an die Hand gegeben werden, die ihnen vielleicht sonst verwehrt bleiben
272 würden.

273 **Bildung auf Abruf**

274 Auch im nächsten Vorstandsjahr wollen wir die Seminare auf Abruf anbieten. Dabei soll im Vor-
275 stand eine Verbesserung der Bewerbung evaluiert werden. Ziel soll sein, dass mehr Unterbezirke
276 dieses Angebot in Anspruch nehmen.

277 **Durchsetzen.**

278 **Unser Beirat**

279 Zu einer Demokratie gehört auch immer ein Kontrollorgan. Diese Aufgabe nimmt der Bezirksbei-
280 rat wahr. Wir streben auch weiterhin eine gute Zusammenarbeit mit dem Bezirksbeirat an und
281 tragen zum Austausch unserer Unterbezirke im Beirat im Rahmen unserer Möglichkeiten bei.

282 **Unsere Geschäftsführung**

283 Die Juso-Bezirke Nord-Niedersachsen und Weser-Ems organisieren sich jeweils über eine ehren-
284 amtliche Bezirksgeschäftsführung. Der Bezirk Braunschweig steht kurz vor der Einrichtung einer
285 hauptamtlichen Geschäftsführung. Um dem Anspruch des Bezirks Hannover und seinen über
286 3200 Mitgliedern gerecht zu werden, benötigen wir dringend hauptamtliche Unterstützung im or-
287 ganisatorischen Bereich. Daher wird sich der Vorstand mit den nötigen Schritten zur Wiederein-
288 führung einer Geschäftsführung befassen.

289 **Zusammenarbeit in Niedersachsen**

290 Wir sind überzeugt, dass die Struktur der Bezirke und des Landesverbands ein Erfolgsmodell ist.
291 Der Landesverband wird weiterhin in seiner landespolitischen Arbeit unterstützt.

292 Fachgruppen sind essentieller Bestandteil der Arbeit des Bezirksvorstandes. Mit ihrem Sachver-
293 stand zu diversen Themen, der Aktionsbereitschaft und der Nähe zu Sachabläufen bereichern Sie
294 unseren Verband wo es nur geht. Uns ist es wichtig hierbei gegenseitige Unterstützung zu erfah-
295 ren. In unserem Bezirk befinden sich insgesamt drei Hochschulgruppen, in Lüneburg, Hannover
296 und Göttingen. Gemeinsam mit diesen wollen wir Hand in Hand die Politisierung der Hochschulen
297 vorantreiben und der Hochschulpolitik den Stempel unserer Definition von Sozialismus aufdrü-
298 cken. Insbesondere die thematischen Schnittstellen, wie zum Beispiel sozialer und studentischer
299 Wohnraum, aber auch Freiheit und die Befreiung vom kapitalistischen Verwertungszwang in der
300 Hochschulpolitik, oder Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, werden wir nutzen und un-
301 sere Zusammenarbeit hierin intensivieren.

302 **Zusammenarbeit rund um Niedersachsen**

303 Wir wollen das gemeinsame Seminar der niedersächsischen Bezirke und Bremen wieder statt-
304 finden lassen. Ziel ist es, persönlich und inhaltlich noch näher zusammenzurücken. Es sollen
305 verschiedene inhaltliche Schwerpunktthemen gesetzt werden. Das Seminar soll spätestens im
306 September stattfinden.

307 **Zusammenarbeit im Bund**

308 Die Arbeit des Juso-Bundesvorstands werden wir weiterhin aktiv begleiten und innerhalb der Ver-
309 bandsarbeit auf Bundesebene eine tragende Rolle übernehmen. Für uns ist es wichtig, die aktu-
310 ellen Kampagnen des Bundesvorstands zu unterstützen und an unsere lokalen Gegebenheiten
311 anzupassen. Wir wollen im Bezirk als Multiplikator*innen die Arbeit des Bundesverbandes wei-
312 tertragen.

313 In einem so großen Verband wie den Jusos können wir unsere Positionen nicht alleine durch-
314 setzen. Wir werden deshalb weiterhin mit den Verbänden zusammenarbeiten, die ähnliche po-
315 litische Auffassungen vertreten wie wir. Das bedeutet auch, dass wir nicht einfache Beobach-
316 ter*innen sein wollen, sondern uns aktiv, sowohl inhaltlich als auch personell, in die Meinungs-
317 bildung einmischen werden.

318 **SPDerneuern im Bezirk vorantreiben**

319 Vom SPD-Bezirk wünschen wir uns eine offene und ehrliche Diskussion über den parteiinter-
320 nen Erneuerungsprozess. In diesem Zusammenhang muss die Partei klare Themenschwerpunk-
321 te benennen sowie mehr und vielfältige Angebote vor allem auch an junge Menschen und Neu-
322 mitglieder kommunizieren. Wir wollen keine Partei des Stillstands, sondern eine Partei, die sich
323 einerseits wandelbar zeigt, sich andererseits aber auch klar zu ihren Grundsätzen bekennt, und
324 gemeinsam mit uns für linke Mehrheiten kämpft.

325 Auch wir bekennen uns dabei zu unserer Verantwortung, selbst eine gestaltenden Rolle inner-
326 halb eines Weiterentwicklungsprozesses innerhalb der Partei einzunehmen und den Start dieses
327 Prozesses in den verschiedensten Organen des Bezirks offensiv einzufordern.

328 Wir wünschen uns, dass Führungsverantwortung innerhalb der Partei nicht nur den Älteren vor-
329 behalten bleibt, sondern auch junge Menschen und vor allem Frauen* hier gezielt angesprochen
330 und für Führungsverantwortung frühzeitig vorbereitet werden.

331 **SPD-Bezirksparteitag**

332 Ende Juli findet der SPD-Bezirksparteitag statt. Hier werden wir Jusos vor allem im Bereich der
333 Parteierneuerung inhaltliche Akzente setzen und gemeinsam für mehr junge Menschen in SPD-
334 Gremien kämpfen. Auch müssen Jusos verstärkt in den Delegationen für Parteitage vertreten
335 sein.

336 **Anbindung der Mandatsträger*innen**

337 Als Jusos sind wir sowieso der progressive Teil der Partei und diesen inhaltlichen Vorsprung soll-
338 ten wir in unsere Regierungsarbeit aktiv hereintragen. So können wir unseren Vertreter*innen
339 dort mit der Einbindung in unsere Antragsprozesse und auch einer engen Rückkopplung danach
340 weitere kritische Anstöße für die nächsten Jahre geben.

A – Arbeit

Eine verpflichtende Übernahme von Azubis – jetzt aber wirklich!

Beschlusnummer 2019.A1

Antragsteller*innen Bezirksvorstand

Weiterleitung an

1 Wir fordern eine verpflichtende Übernahme von Auszubildenden für einen unbefristeten Zeit-
2 raum, sofern die Auszubildenden dies wünschen.

3 Sollten aus finanziellen Gründen eine Übernahme nicht möglich sein, müssen die Arbeitge-
4 ber*Innen dafür Sorge tragen, dass eine Weiterbeschäftigung in einer anderen Abteilung/Institut
5 oder anderen Gliederung gewährleistet ist bzw. ihre Auszubildenden mittels speziellen Fortbil-
6 dungen (fachliche und personelle Qualifikationen sowie Bewerbungstrainings) aktiv unterstützen.
7 So könnte z.B erlaubt sein, dass Auszubildenden in der Arbeitszeit Bewerbungen zu schreiben und
8 die explizite Weiterleitung von internen Stellen forciert wird.

9 Wir fordern eine effektive Ausbildungsplatzumlage. Große Betriebe die nicht ausbilden müssen
10 zur Kasse gebeten werden. Das so gesammelte Geld muss Ausbildungsplätzen und der Übernah-
11 me von Auszubildenden nach ihrem Abschluss zu Gute kommen. Ausbildungsbetriebe die dau-
12 erhaft über Bedarf ausbilden, insbesondere in Branchen mit wenig Jobperspektiven und ohne die
13 Absicht den Ausgelernten eben diese zu bieten sehen wir kritisch.

14 Deshalb fordern wir:

- 15 • Übernahmegarantie für die Auszubildenden, sofern dies von ihnen gewünscht ist
- 16 • Bessere Qualitätsstandards in der Ausbildung:
 - 17 – Lehrpläne für die Ausbildung, dessen Einhaltung durch wirksame Kontrollen überprüft
18 wird
 - 19 – Interner betrieblicher Unterricht für alle Auszubildenden, hierbei müssen auch Rege-
20 lungen zur Umsetzung in Kleinbetrieben gefunden werden
 - 21 – Arbeitsfreie Lerntage für alle Auszubildenden während der Prüfungsphasen

Begründung

Keine „Nach mir die Sinnflut-Politik“ mehr

Auszubildende gelten immer noch als billige und vor allem befristete Vollzeitbeschäftigte. Nach einer bestandenen Ausbildung ist es nicht für alle möglich, in ihrem Ausbildungsunternehmen auch weiterhin beschäftigt zu sein, unabhängig davon, ob es der eigene Wunsch der Auszubildenden ist.

Es muss aufhören, dass Arbeitgeber*Innen ihre Auszubildenden als „nachwachsende Ressource“ sehen und nach der bestandenen Ausbildung keine Nachsorge für diejenigen betreiben muss, die drei oder mehr Jahre in ihrem Unternehmen gearbeitet haben und diese nicht mal als Arbeitserfahrung bei potenziellen Arbeitgeber*Innen geltend machen können.

Ausbilder*Innen sollten nicht nur während der Ausbildung Sorge dafür tragen, dass es den Auszubildenden in ihrem Arbeitsumfeld gut geht, sondern auch dass sie ohne Bewerbungsstress und Zukunftsangst in ihre Prüfungen gehen können.

Qualitätssicherung?!

Viele Auszubildende sind nicht mit ihrer Ausbildung zufrieden. Sie haben das Gefühl, nur das beigebracht zu bekommen, was grade gebraucht wird, nicht das was sie für eine erfolgreiche Berufsausbildung benötigen. Auch interner Unterricht, in dem Themen aus der Berufsschule aufgegriffen und vertieft werden, ist für viele Azubis kein Thema in ihren Betrieben, die die Verantwortung für das erfolgreiche Bestehen einer Berufsausbildung allein beim Azubi sehen.

Auch bei schlechten Noten oder verhaunenen Zwischenprüfungen werden die Auszubildenden zur Verantwortung gezogen, obwohl diese oft eine 40 Std./Woche haben und neben der Arbeit kaum Zeit zum Lernen finden.

Ausbildende Betriebe würden sich mehr Gedanken darüber machen, welche Noten ein Azubi schreibt, mit welchem Ergebnis sie ihre Prüfung bestehen oder wie viel praktische Arbeit sie tatsächlich im Betrieb leisten können, wenn sie ihre Auszubildenden für ein Jahr übernehmen müssten.

Streikrecht für alle Lehrkräfte – Solidarität mit betroffenen Lehrkräften

Beschlusnummer	2019.A2
Antragsteller*innen	Jusos Göttingen
Weiterleitung an	Juso-Bundeskongress

1 Wir fordern:

- 2 • Streikrecht für Verbeamtete
- 3 • Gleicher Lohn für gleiche Arbeit (für angestellte und Beamt*innen)
- 4 • Keine Spaltung des Kollegiums
- 5 • Solidarität mit streikenden Arbeitnehmer*innen
- 6 • Solidarität mit den Kläger*innen gegen das Streikverbot und mit allen wegen Teilnahme an
- 7 Streiks von Disziplinarmaßnahmen betroffenen Arbeitnehmer*innen

Begründung

Wir fordern das Streikrecht für Verbeamtete.

Das Streikrecht ist ein fundamentales Mittel im Kampf um bessere Arbeitsbedingungen. Viele arbeitsrechtliche Errungenschaften konnten erst durch Streiks erkämpft werden und regelmäßig können Verbesserungen für Arbeitnehmer*innen nur dank gewerkschaftlich organisierter Streiks als Druckmittel erzielt werden. Streikrecht ist Menschenrecht.

Leider wird dieses Recht vielen Menschen in Deutschland vorbehalten: Beamt*innen können sich zwar in Gewerkschaften organisieren, es ist ihnen jedoch nicht erlaubt, ihre Arbeit mit dem Ziel besserer Arbeitsbedingungen niederzulegen.

Begründet wird das Verbot mit den sogenannten „hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums“, auf die im Grundgesetz verwiesen wird. Zuletzt hat das Bundesverfassungsgericht diese Auffassung bestätigt. Das Streikverbot erfülle „die für eine Qualifikation als hergebrachter Grundsatz notwendige Voraussetzung der Traditionalität, da es auf eine jedenfalls in der Staatspraxis der Weimarer Republik begründete Traditionslinie zurück geht, und diejenige der Substantialität, da es eine enge inhaltliche Verknüpfung mit den verfassungsrechtlichen Fundamenten des Berufsbeamtentums in Deutschland, namentlich der beamtenrechtlichen Treuepflicht sowie dem Alimentationsprinzip, aufweist.“¹ Anlass war die Klage mehrerer Lehrkräfte. Dies steht jedoch im Widerspruch zur europäischen/ internationalen Rechtsprechung. Allein der Beamt*innenstatus rechtfertigt keine Einschränkung des Streikrechtes². Die hergebrachten Grundsätze sind außerdem keine auf ewig festgeschriebenen Regeln, sondern können angepasst werden. Sie sind zudem nie durch ein Parlament beschlossen worden.

¹Urteils des Bundesverfassungsgerichts, 2018, <https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2018/bvg18-046.html>

²Urteil von 2009, EGMR

Wir finden: Das Streikverbot für Lehrkräfte ist längst nicht mehr zeitgemäß. Eine solch drastische Einschränkung mit Traditionalität zu begründen ist nicht länger hinnehmbar und auch nicht notwendig. Unsere Gesellschaft wird nicht gefährdet durch streikende Lehrkräfte.

Auch wenn Beamt*innen in vielen Punkten besser gestellt sind als ihre angestellten Kolleg*innen, ist dies keine Rechtfertigung dafür, dass ihnen das Streikrecht verwehrt wird. Im Gegenteil: Wir wollen keine Spaltung des Kollegiums. Um für alle bessere Arbeitsbedingungen zu erzielen, sollten alle Lehrkräfte gemeinsam und solidarisch dafür streiken dürfen. Der Beamtenstatus selbst ist mangels Möglichkeiten des Widerstandes keine Garantie für faire Arbeitsbedingungen. Es ist nicht akzeptabel, dass verbeamtete Lehrkräfte jede Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen widerstandslos hinnehmen müssen.

Lebenslanges Lernen – Bildungsurlaub für alle

Beschlusnummer 2019.A3
Antragsteller*innen Jusos Göttingen
Weiterleitung an Bundeskongress

1 Wir fordern die SPD dazu auf, sich für eine bundesweite Harmonisierung der Bundesurlaubsge-
2 setze der Länder einzusetzen. Dabei soll ein guter Kompromiss für alle Bundesländer gefunden
3 werden, der den Arbeitnehmenden faire Konditionen bereitstellt. Schulungen für Ehrenamtliche
4 sollen künftig auch unter die Regelung fallen und auch Mitarbeitende kleiner Unternehmen sol-
5 len die Chance bekommen, Bildungsurlaub zu nehmen. Es soll auch eine harmonisierte Regelung
6 für Auszubildende geben, die auch dieser Gruppe die Möglichkeit des Bildungsurlaubs bundes-
7 weit eröffnet. Die Harmonisierung soll durch die Kultusminister*innenkonferenz der Länder er-
8 folgen.

Begründung

Bisher wird der Bildungsurlaub in jedem Bundesland einzeln geregelt. Das führt dazu, dass es z.B. in Sachsen und Bayern eine solche Regelung gar nicht gibt. Es führt aber auch dazu, dass es sehr schwer und zum Teil unmöglich ist, an Seminaren außerhalb des eigenen Bundeslandes teilzunehmen. Daher wäre es notwendig und fair, wenn in allen Bundesländern die gleichen Rechte herrschen. Im Zuge dessen sollen die Regelungen ausgeweitet werden.

Den Wert der Arbeiter*innen gerecht werden

Beschlusnummer 2019.A5

Antragsteller*innen Jusos Uelzen/Lüchow-Dannenberg

Weiterleitung an Juso-Bundeskongress

- 1 1. Zuschläge beim Stundenlohn (z.B. Akkordzuschläge) sollen für die Rente mit angerechnet
2 werden.
- 3 2. Arbeitnehmer*innen welche zum Stundenlohn bzw. Grundlohn Zuschläge erhalten, sollen
4 im Krankheitsfall oder anderweitigem Ausfall nicht mehr nur den Stundenlohn/Grundlohn
5 ausbezahlt bekommen, sondern zusätzlich dazu den Durchschnitt an verdienten Zuschlägen
6 aus den letzten drei Monaten.

Begründung

Auch wenn ein*e Arbeitnehmer*in während seines/ihres Berufsleben so viel verdient, dass er/sie gut davon leben kann, gucken Arbeitnehmer*innen, welche vorher jahrelang bspw. Akkordzuschläge bekamen, als Renter*innen oft in ein leeres Portmonee oder auf ein leeres Konto. Das liegt daran, dass Zuschläge nicht für die Rente mit angerechnet werden. Dies führt dann zwangsläufig zu einer erschreckend kleineren Rente, im Vergleich zu Arbeitnehmer*innen welche jahrelang sogar das selbe Entgelt am Ende des Monats bekamen, nur mit dem Unterschied das es ein festes Entgelt war ohne Zuschläge.

Für Arbeitnehmer*innen, welche bspw. zum Stundenlohn/Grundlohn Akkordzuschläge bekommen, ist der Krankheitsfall oder ein anderweitiger Ausfall direkt verbunden mit finanziellen Hindernissen. Bei Akkordarbeiten zahlen Arbeitgeber*innen nämlich nur den Stundenlohn/Grundlohn weiter. Bei nicht erbrachter Leistung, aufgrund von Krankheit, bedeutet dies direkt einen Unterschied am Ende des Monats meistens im dreistelligen Bereich für den/die Arbeitnehmer*in.

Oft lassen Arbeitgeber*innen ihre Angestellte lieber Überstunden machen oder generell länger arbeiten, als weitere Arbeitnehmer*innen einzustellen. Da dieses sich für den/die Arbeitgeber*in besser rechnet. Um dem Effekt entgegenzuwirken, müssen Arbeitsstunden, welche den 8-Stunden-Arbeitstag überschreiten, höher entlohnt werden.

Leiharbeit klarer und fairer regeln

Beschlusnummer	2019.A6
Antragsteller*innen	Jusos Uelzen/Lüchow-Dannenberg
Weiterleitung an	Juso-Bundeskongress

- 1 • Einführung einer Überlassungshöchstdauer (Die Dauer, welche die selbe Person maximal
- 2 von einem Betrieb als Leiharbeiter*in beschäftigt werden darf) von 18 Monaten. Diese soll
- 3 auch mit einer vorhanden Unterbrechung des Personalleasings gelten. Bei einer weiteren
- 4 Entleiher werden die vorherigen Wochen angerechnet.

- 5 • Die Einführung einer Kündigungsfrist von vier Wochen.

- 6 • Der Equal-Pay-Grundsatz (Gleiches Gehalt wie Stammarbeitskräfte) muss ohne Ausnahmen
- 7 gelten. Dies soll auch gelten, sollte es zu einer Unterbrechung der Beschäftigung beim Ent-
- 8 leiher kommen. Bei der nächsten Entleiher werden die vorherigen Wochen angerechnet.

Begründung

In einigen Fällen kommt es dazu, dass Arbeitnehmer*innen monatelang als Leiharbeiter*in in einem Betrieb sind. Die jetzige Grenze beträgt 18 Monate ohne Unterbrechung. Nach einer dreimonatigen Unterbrechung, beginnt das ganze aber wieder bei 0 und eine weitere Entleiher von bis zu 18 Monaten ist möglich. Wir glauben, wenn ein Betrieb eine Person 18 als Leiharbeiter*in beschäftigt hat, kann diese Person auch fest angestellt werden!

Zurzeit betragen die Kündigungsfristen für Leiharbeiter*innen meist nur wenige Tage (!). Dies bedeutet eine große Ungewissheit und Unsicherheit für die Arbeitnehmer*innen.

Wird bei der Arbeitnehmer*innenüberlassung ein Zeitarbeitstarifvertrag angewendet, und das ist der Regelfall, hat der/die Leiharbeiter*in erst nach neun Monaten (!) ununterbrochener Überlassung an dem selben Betrieb einen gesetzlichen Equal-Pay-Anspruch. Bei bzw. nach einer Unterbrechung von drei Monaten und einem Tag beginnt diese Frist allerdings erneut. Dadurch können Leiharbeiter*innen durch (meist) miese Bezahlung als billige Arbeitskräfte ausgenutzt werden.

Sicherung von Arbeitnehmer*innenrechte in der Paketbranche

Beschlusnummer	2019.A7
Antragsteller*innen	Jusos Region Hannover
Weiterleitung an	Juso-Bundeskongress

1 Wir fordern ein Gesetz zur Sicherung der Arbeitnehmer*innenrechte, in Anlehnung an das vom
2 deutschen Bundestag am 17.07.2017 verabschiedet GSA in der Fleischindustrie für die Paket-
3 branche. Ziel dieses Gesetzes muss die Sicherung von Rechten und Ansprüchen der Arbeitneh-
4 mer*innen, sowie die Verhinderung von Umgehungen der Pflicht zur Zahlung von Sozialversi-
5 cherungsbeiträgen durch die Beauftragung von Subunternehmen, in der Paketbranche sein. Au-
6 ßerdem muss konsequenter darauf geachtet werden, dass Scheinselbstständigkeit unterbunden
7 wird. Das Gesetz muss eine weitreichende Generalunternehmerhaftung enthalten, nach der Ge-
8 neralunternehmer*innen in der Paketbranche, die Subunternehmer*innen mit der Erbringung
9 einer Dienstleistung beauftragen, bei Nichteinhaltung folgender arbeitsrechtlicher Vorgaben haf-
10 ten: keine Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen, keine Bezahlungen nach dem gesetzlichen
11 Mindestlohn, nicht Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Arbeits- und Pausenzeiten, Nicht-
12 einhaltung tariflicher Vorgaben (incl. Tariflohn). Als Arbeitszeit zu vergüten ist die gesamte Zeit
13 von der Beladung der Fahrzeuge am Morgen bis zur Entladung am Abend. Ziel muss es sein, die
14 Unternehmen mit in die Verantwortung für die Mitarbeiter*innen zu nehmen, die in ihrem Auf-
15 trag täglich Paket austragen und umso zu bewirken, das Outsourcing an Subunternehmen unbe-
16 quemer und teurer wird als Mitarbeiter*innen selbst zu beschäftigen. Es darf nicht zugelassen
17 werden, dass Tarifverträge und das Arbeitsrecht durch den Einsatz von Subunternehmer*innen
18 ausgehebelt werden. Eine engmaschige Kontrolle auch nach Verabschiedung des Gesetzes ist für
19 die Wirksamkeit unerlässlich.

Begründung

Der Online-Handel ist in den letzten Jahren rasant gestiegen. Allein im ersten Quartal 2018 wuchs der Umsatz im Vergleich zum Vorjahr um 11,1 %. Mit dem Anstieg des OnlineHandels geht vor allem auch ein erhöhter Bedarf an Arbeitnehmer*innen in der Paketbranche einher. Trotz eines erhöhten Bedarfs an Arbeitskräften stellt vor allem die Gewerkschaft Ver.di eine zunehmende und z.T. dramatische Prekarisierung der Arbeitsbedingungen in der Paketbranche fest. Dies ist vor allem auf den Einsatz von Subunternehmen zurückzuführen. Nur zwei der fünf großen Paketdienste arbeiten in Deutschland mit überwiegend festangestellten Zusteller*innen zusammen, welche sozialversicherungspflichtige beschäftigt sind und nach Tariflöhnen bezahlt werden. Alle anderen Zusteller*innen arbeiten fast ausschließlich mit Subunternehmer*innen zusammen. Dies hat für die Unternehmen den Vorteil, dass für diese Mitarbeiter*innen die häuslichen Tarifverträge (sofern diese vorhanden sind) nicht gelten, gewerkschaftliche und betriebliche Organisation stark erschwert ist und bei Verstößen gegen arbeitsrechtliche Bestimmungenausschließlich die Subunternehmer*innen haften. Vor allem der letzte Punkt fördert das Vordringen illegaler Beschäftigungsverhältnisse, da den Mutterkonzernen wie Hermes, GLS, DPD oder der deutschen Post keinerlei rechtliche Konsequenzen bei Verstößen drohen.

„Ich bin zu alt für diesen Scheiß?!“

Beschlusnummer 2019.A8

Antragsteller*innen Jusos Region Hannover

Weiterleitung an

- 1 Die Jusos Bezirk Hannover fordern eine Änderung der §§ 60, 61 Betriebsverfassungsgesetz.
- 2 Konkret geht es um die Änderung der Altersgrenzen für Auszubildende und junge Arbeitneh-
- 3 mer*innen, welche sich in einer Jugend- und Auszubildendenvertretung engagieren wollen. Künf-
- 4 tig sollen Voraussetzungen für die JAV in zwei Teile getrennt werden. In die Jugendvertretung, mit
- 5 einem maximalen Alter von 35, und in Ausbildungsververtretung ohne eine Altersgrenze.

Begründung

Heutzutage können Lebensläufe sehr verschieden sein, Menschen brechen in höheren Semestern ihr Studium ab, um eine Ausbildung anzufangen, andere manchen erst spät einen Schulabschluss, es gibt viele Gründe, weshalb eine Ausbildung nicht mit 16 bzw. 18 Jahren begonnen wird. Jedoch endet die Mitbestimmung in der Jugend- und Auszubildendenvertretung mit Beendigung des 25. Lebensjahres. Diese Altersgrenze benachteiligt diejenigen, welche sich in einer Jugend- und Auszubildendenvertretung engagieren oder diese auch nur mit wählen wollen. Wir als Jusos haben eine Altersgrenze von 35 Jahren, an der sich zu orientieren ist und hier als Maßstab für Auszubildende bzw. junge Arbeitnehmer*Innen und deren Mitbestimmungsmöglichkeit in der JAV dienen soll.

Mehrarbeit muss sich lohnen! Schluss mit unbezahlten Überstunden!

Beschlusnummer	2019.A9
Antragsteller*innen	Jusos Region Hannover
Weiterleitung an	Juso-Bundeskongress und SPD-Bundesparteitag

- 1 Die Konferenz möge beschließen, dass das Arbeitsgesetz dahingehend geändert werden muss,
- 2 1. dass Überstunden mindestens wie reguläre Arbeitsstunden zu vergüten sind.
- 3 2. dass Arbeitnehmer*innen das Recht haben zu wählen, ob sie die Überstunden ausgezahlt
- 4 bekommen oder sie als Freizeitausgleich nutzen. Auch wenn sich Mehrarbeit lohnen muss,
- 5 bleibt unser Ziel, dass nicht nur unbezahlte Überstunden, sondern alle Überstunden verrin-
- 6 gert werden sollen.
- 7 3. Überstunden dürfen grundsätzlich nur mit der Genehmigung eines Betriebsrats erlaubt sein.

Begründung

Im Jahr 2017 machten deutsche Arbeitnehmer*innen rund 2,1 Milliarden Überstunden. Die Hälfte davon unbezahlt. Jeder abhängig Beschäftigte arbeitete im Schnitt 27 Stunden für lau. Dies ist darf nicht weiter von der Politik unterstützt werden. Zum einen ist Arbeitszeit Lebenszeit, zum anderen werden betroffene Arbeitnehmer*innen ausgebeutet. Viele Überstunden werden unfreiwillig geleistet, die betroffenen werden oft sogar dazu gedrängt. Durch die Angst gekündigt zu werden und die Familie nicht mehr vernünftig versorgen zu können haben viele Arbeitnehmer*innen über Jahre auch unbezahlte Mehrarbeit geleistet. Häufig wird in der Öffentlichkeit über neue Arbeitszeitmodelle diskutiert. Die Reduzierung der Arbeitszeit von 40 auf 30 oder 35 Stunden pro Woche, sowie die Einführung einer vier Tage Woche. Der Trend zu mehr Work/ Life Balance macht sich in der Arbeitswelt nicht bemerkbar. Es läuft zurzeit auf mehr Work als Life Balance hinaus. Es wird eher mehr als 40 Stunden in der Woche gearbeitet als weniger. Daher müssen Arbeitnehmer*innen die Mehrarbeit leisten auch vom Staat entlastet werden. Werden für Arbeitnehmer*innen für die neunte und zehnte Arbeitsstunde eines Arbeitstages weniger Steuern und Sozialabgaben fällig, hätten diese zumindest netto etwas mehr Geld für ihre geleisteten Überstunden. Werden Überstunden in jedem Falle Vergütungspflichtig, würde das für den Staat nicht zu geringeren Einnahmen aus der Lohnsteuer führen.

Mit dir chill'n, das ist, was ich will! – Für ein zeitgemäßes Bundesurlaubsgesetz

Beschlusnummer 2019.A10

Antragsteller*innen Jusos Region Hannover

Weiterleitung an Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

1 Das Bundesurlaubsgesetz ist nicht mehr zeitgemäß. In einer Arbeitswelt, die sich zunehmend fle-
2 xibilisiert und in der die Tarifbindung in immer mehr Branchen massiv abnimmt, muss auch so ein
3 zentrales Gesetz mit der Zeit gehen. Konkret müssen folgende Punkte anders oder neu geregelt
4 werden:

- 5 1. Der derzeitige Mindestanspruch (24 Urlaubstage bei 6 Arbeitstagen in der Woche) ist deutlich
6 zu wenig Urlaub. Die Belastung von Arbeitnehmer*innen war noch nie so hoch wie momen-
7 tan. Dies muss sich neben steigenden Reallöhnen auch in der spürbaren Reduzierung von
8 Arbeitszeit widerspiegeln. **Wir fordern also mehr gesetzlichen Mindesturlaubsanspruch**
9 **(mindestens 30 Tage bei einer 5-Tage-Woche) für alle!**
- 10 2. In Zeiten von sinkender Tarifbindung müssen mehr gesetzliche Regelungen geschaffen
11 werden, die gewährleisten, dass die Unterschiede zwischen tarifgebundenen Unternehmen
12 und nicht-tarifgebundenen Unternehmen oder Subunternehmen sich nicht weiter verschär-
13 fen. Der gesetzliche Urlaubsanspruch kann hier ein hilfreiches Instrument sein. **Wir for-**
14 **dern: Gleicher Urlaub für gleiche Arbeit!**
- 15 3. Die Flexibilisierung von Arbeit ist ebenfalls ein sich immer weiter beschleunigender Prozess.
16 Die Erwartungen von ständiger Erreichbarkeit sind in der Regulierung von Arbeitszeit eine
17 zentrale Fragestellung. Auch auf diese Entwicklung müssen wir eine zeitgemäße Antwort
18 entwickeln. **Wir fordern, dass auch die zunehmende Flexibilisierung der Arbeitszeit und**
19 **die ausufernden Erwartungen zur Erreichbarkeit bei den gesetzlichen Regulierungen**
20 **von Urlaubsansprüchen berücksichtigt werden!**

AF – Asyl- und Flüchtlingspolitik

Lifeline endlich registrieren!

Beschlusnummer 2019.AF1
Antragsteller*innen Jusos Göttingen
Weiterleitung an SPD-Bezirksparteitag

- 1 Wir fordern, dass das Seenotrettungsschiff „Lifeline“ des Vereins „Mission Lifeline“ eine Registrie-
2 rung in ein bundesdeutsches Schiffsregister erhält. Die Registrierung des Schiffes soll dem Verein
3 angeboten werden. Zudem muss die Politik bei der Überwindung von rechtlichen und bürokrati-
4 schen Hürden schnelle Hilfestellung leisten. Wir fordern die Bundesregierung außerdem auf,
5 Seenotrettungsschiffen wie der Lifeline sichere Häfen bereitzustellen. Innenminister Horst See-
6 hofer muss dabei endlich seine menschenfeindliche Blockadehaltung aufgeben.
- 7 Die politisch gewollte Hängepartie um die Registrierung der „Lifeline“ muss beendet werden. Hier
8 wird bewusst der Tod Geflüchteter in Kauf genommen. Die Bundesrepublik könnte mit der Re-
9 gistrierung der „Lifeline“ in Deutschland ein starkes und wirksames Signal gegen das Sterben im
10 Mittelmeer setzen und somit eine Vorreiter*innenrolle einnehmen.
- 11 Die Lifeline soll dabei nur als erstes Beispiel dienen. Alle weiteren Rettungsboote sollen die Mög-
12 lichkeit erhalten, auf einfachem Weg mit niedrigen bürokratischen Barrieren die Registrierung im
13 bundesdeutschen Schiffsregister zu erhalten.

Flucht ist kein Verbrechen! Horst Seehofers Abschiebe-Gesetz die rote Karte zeigen!

Beschlusnummer 2019.IN11

Antragsteller*innen Jusos Region Hannover

Weiterleitung an SPD-Bundestagsabgeordnete, SPD-Bundestagsfraktion

1 Die Jusos Bezirk Hannover lehnen das sogenannte „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“ von Horst See-
2 hofer ab und verurteilen den Gesetzesvorschlag des CSU-Innenministers als Herabwürdigung und
3 Kriminalisierung von Geflüchteten.

4 Wir fordern die Bundestagsabgeordneten der SPD Bezirk Hannover auf, diesem Gesetz eine klare
5 Absage zu erteilen. Als Jusos und als SPD müssen wir uns an die Seite der zivilgesellschaftlichen
6 Organisationen stellen, die gegen Horst Seehofers Gesetzesentwurf protestieren. Humanität ist
7 für uns keine Phrase, sondern eine konkrete Verpflichtung gegenüber Menschen in Not!

8 Wir lehnen ausdrücklich ab, dass...

9 • abgelehnte Asylbewerber*innen in regulären Gefängnissen untergebracht und damit krimi-
10 nalisiert werden.

11 • Menschen mit ungeklärter Identität (bspw. mangels Ausweisdokumenten) durch Wohn-
12 sitzaufgaben, Kürzungen von Sozialleistungen, Arbeitsverbote und/oder Bußgelder einge-
13 schränkt und unter Druck gesetzt werden.

14 • Geflüchteten, denen ein anderer EU-Staat Schutz zugesprochen hat, Sozialleistungen gekürzt
15 werden.

16 • Informationen über Abschiebungen als Staatsgeheimnisse behandelt werden können. Sol-
17 che Regelungen dienen der Kriminalisierung von Nichtregierungs- und zivilen Organisatio-
18 nen, wenn sie beispielsweise vor geplanten Abschiebungen warnen.

19 • Abschiebungen als politisches Ziel angestrebt werden.

20 Für uns steht fest: Flucht ist kein Verbrechen! Die Kriminalisierung von Geflüchteten in Deutsch-
21 land sowie von Organisationen, die Geflüchtete unterstützen, muss gestoppt werden. Bekämpfen
22 wir die Menschenfeindlichkeit endlich entschlossen, anstatt sie in der Bundesregierung mitzutra-
23 gen.

Begründung

Statt sichere Fluchtwege oder die verbesserte Unterbringung von Geflüchteten anzustreben, fo-
kussiert sich Bundesinnenminister Horst Seehofer in der Asylpolitik auf die Erleichterung von
Abschiebungen. Dabei werden menschenrechtliche Bedenken schlichtweg fallen gelassen, um
Forderungen von Rechtsaußen hinterherzurennen. Das „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“ sieht un-
ter anderem vor, abgelehnte Asylbewerber*innen in regulären Gefängnissen unterzubringen, um
Abschiebungen konsequenter durchsetzen zu können. Außerdem sollen Geflüchtete mit unge-
klärter Identität, denen mangelhafte Mitwirkung beim Nachweis ihrer Identität unterstellt wird,
mit zahlreichen Repressionen rechnen müssen. Dazu gehören unter anderem Kürzungen von

Sozialleistungen, Arbeitsverbote oder Bußgelder. So soll „Kooperationsbereitschaft“ erzwungen werden. Dabei wird völlig ausgeblendet, wie schwierig es in vielen Fällen ist, Ausweispapiere zu beschaffen. Resultat des Gesetzes wird somit eine „Duldung zweiter Klasse“ für Menschen mit ungeklärter Identität sein.

Das Gesetz wurde in Teilen bereits von der Menschenrechtskommissarin des Europarats gerügt. Zu den kritisierten Teilen zählt vor allem die Einstufung von Informationen über Abschiebungen als Staatsgeheimnisse. Diese Maßnahme reiht sich ein in zahlreiche Bestrebungen rechter Politik, Unterstützer*innen von Geflüchteten zu kriminalisieren.

Der Gesetzesentwurf wird aktuell in einem offenen Brief von 22 zivilgesellschaftlichen Organisationen vehement kritisiert. Dazu zählen Pro Asyl, Amnesty International und andere. Auch die AG Migration und Vielfalt in der SPD zählt zu den Kritiker*innen des Gesetzes. Am Montag, dem 3. Juni, soll eine öffentliche Anhörung im Innenausschuss des Bundestags stattfinden. Die SPD trägt Seehofers Entwurf in der Bundesregierung bislang mit. In so zentralen Fragen der Menschenwürde sind Regierungskompromisse nicht tragbar!

Oft richtet sich die Kritik von Flüchtlingsinitiativen und -verbänden bei restriktiven Vorhaben der Großen Koalition an die SPD. Nicht, weil die SPD eine willkommene Zielscheibe ist. Nicht, weil die SPD als Urheberin für die Initiativen identifiziert wurde. Sondern, weil die Erwartungen, Hoffnungen und Bindungen zur Sozialdemokratie groß sind. So groß, dass man es sich nicht vorstellen kann, dass die SPD solch irre Vorhaben unterstützen könnte. Es geht um mehr als um ein einfaches Gesetz. Es geht um den Kern, der die Sozialdemokratie ausmacht, die mit solchen Gesetzen zerschmolzen wird.

Unsere Geschichte mahnt und verpflichtet uns.

B – Bildung, Schule und Hochschule

Der digitalen Welt begegnen – Bildung digital denken

Beschlusnummer 2019.B1

Antragsteller*innen Jusos Göttingen

Weiterleitung an

1 Bildung ist ein Menschenrecht. Lebenslang erfahren Menschen Bildung, um sich selbst fortzubil-
2 den, sich neuen potentiellen Interessen zu öffnen oder auf Grundlage von Bildung eine Berufs-
3 richtung oder ein neues Hobby kennenzulernen. Bildung ist allumfassend – so will es zumindest
4 die Theorie.

5 Die Praxis sieht dagegen anders aus. Schulen und Universitäten sind gnadenlos unterfinanziert –
6 vor allem im ländlichen Raum sind Kreidetafel und VHS-Kassette noch die Mittel der Wahl. Der Di-
7 gitalpakt wird daran wenig ändern. Das Jahr 2019 scheint bislang noch nicht überall angekommen
8 zu sein – dieser traurigen Realität müssen wir uns aktiv entgegenstellen.

9 Eine zentrale Erkenntnis ist die, dass moderne Bildung – oder auch: Digitale Bildung – längst nicht
10 auf die Ausstattung von Bildungseinrichtungen begrenzt ist. Was passiert, wenn diese verengte
11 Sicht dominiert, sieht man aktuell in vielen Einrichtungen: Sogenannte Interaktive Whiteboards
12 wurden für viel Geld angeschafft und aufgebaut, genutzt wird die neue Technologie von Politik
13 und Verwaltung allerdings nicht. Möchte man heute als Lehrkraft ein solches Gerät aktivieren,
14 scheitert man an veralteter Software oder abgelaufenen Lizenzen. Die Krux der Whiteboards ist
15 nämlich die, dass ihre Verwendung wartungsintensiv ist und viele Programme nur eine gewisse
16 Zeit lang von den Unternehmen wie SMART unterstützt werden. Hier entstehen ganz praktische
17 Probleme, denen sich die Schulträger schnellstmöglich und qualifiziert annehmen müssen!

18 Eine weitaus fundiertere Sicht auf Digitale Bildung hat die Gesellschaft für Informatik e.V. in ih-
19 rer Dagstuhl-Erklärung eröffnet. Sie fordert zunächst eine medien- bzw. allgemeine Pädagogik der
20 digital vernetzten Welt, die Bildung „aus technologischer, gesellschaftlich-kultureller und anwen-
21 dungsbezogener Perspektive“ betrachtet. Es geht also darum, nicht nur die Handhabe von digi-
22 talen Medien zu erlernen, sondern auch die Funktionsweise aus Informatischer Sicht, als auch
23 die Wirkmechanismen auf die Gesellschaft in einem Dreiklang zu behandeln. Um diese Bildung
24 zu vermitteln, verlangt es grundlegende Mediencurricula für alle Schulformen, Jahrgänge und Fä-
25 cher. Solange die Digitalisierung nicht mit all ihren Chancen und Risiken im Unterricht und der
26 Institution Schule ankommt, laufen wir Gefahr, von ebenjener Entwicklung überholt zu werden.

27 Die Arbeitswelt wird zunehmend digitaler. Viele Berufsfelder befinden sich bereits jetzt in einem
28 Wandlungsprozess, der viele Menschen zurücklässt und vielleicht überflüssig machen kann. Neue
29 Berufsfelder tun sich dagegen auf und benötigen qualifiziertes Personal. Solange die Heranwach-
30 senden allerdings im Schulsystem der Industrialisierung und der Preußenzeit weiterhin im Rah-
31 men simpler Wissensvermittlung geschult werden, wird es an diesem Personal fehlen. Auch hier
32 tut sich ein Problemfeld auf: Ohne eine Bildung über Medien wird eine Bildung mit Medien nicht
33 mehr ausreichen. Auch der Fachunterricht muss sich anpassen. Der Fokus muss zukünftig mehr
34 denn je auf dem Kompetenzerwerb liegen – und neue Felder wie Selbstverwirklichung und Glück

35 erschließen. Ästhetische, soziale, kooperative und kreative Kompetenzen werden in einer digita-
36 lisierten Welt die Rolle vieler menschlicher Aufgaben darstellen.

37 An all diesen neuen Herausforderungen hat die Politik bislang keine Führungsrolle angenom-
38 men. „Bildung als Schlüssel für Umgang und Gestaltung der digitalen Revolution“ wird zwar gerne
39 auf Sonntagsreden proklamiert, im Bildungssektor kommt davon allerdings viel zu wenig an. Der
40 bereits angesprochene Digitalpakt ist dabei ein Anfang, wohl aber lediglich finanzieller Art. Pri-
41 vatwirtschaftliche Stiftungen und Initiativen dagegen fördern digitale Schulen aus der Perspektive
42 der Schulentwicklung und zeichnen ebenjene aus, bilden Netzwerke und laufen der öffentlichen
43 Hand den Rang ab.

44 Nicht zuletzt liegt es an der Aus- und Fortbildung der Lehrer*innen, um ein ganzheitliches Ver-
45 ständnis von Digitaler Bildung selbst zu verinnerlichen und dann auch im Unterricht aufzuzeigen.
46 Hier sehen wir die Länder in der Pflicht, Maßnahmen zu ergreifen, um digitale Kompetenzen in
47 die Lehramtsstudiengänge aller Fächer zu implementieren und zu fördern. Nur, wenn die Lehr-
48 kräfte als Multiplikator*innen in ihren Einzelschulen das Thema proaktiv in den Alltag einbet-
49 ten, kann die Schulentwicklung vor Ort gelingen. Top-Down-Regelungen müssen mit Bottom-Up-
50 Bewegungen kombiniert werden, um schnellen Wandel herbeizuführen.

51 Konkret fordern wir also:

- 52 • Digitale Bildung, in Anlehnung an das Dagstuhl-Dreieck, statt veralteter Medienbildung in
53 die Curricula aller Fächer implementieren
- 54 • Flächendeckende Fort- und Weiterbildungen für Lehrende aller Bildungsinstitutionen von
55 Kita über Schule bis zur Hochschule anbieten
- 56 • Die Ausbildung künftiger Lehrkräfte verpflichtend um digitale Kompetenzen erweitern, die-
57 se müssen sicherzustellen und durchzusetzen sein.
- 58 • Einen ganzheitlichen, digitalen Wandel an den Schulen durch langfristige Förderprogramme
59 und eine bundesweite Grundfinanzierung sicherstellen
- 60 • Lehrpläne dem digitalen Wandel anpassen durch stärkere Fokussierung auf soziale, ästhe-
61 tische, kommunikative, kreative, problemlöseorientierte und auf die Selbstverwirklichung
62 bezogene Kompetenzen
- 63 • Die Ablehnung des "Bring your own device" Systems und die Sicherstellung, dass alle Schü-
64 ler*innen mit dem selben Geräten arbeiten.
- 65 • Die Einrichtung einer landesübergreifenden kostenlosen Bildungscloud, wie beispielsweise
66 Sofatutor, die nachhaltig in den Unterricht mit einbezogen wird.

Begründung

Quellen

- <http://dagstuhl-dreieck.de/>
- Olaf-Axel Burow (2014). Digitale Dividende. Ein pädagogisches Update für mehr Lernfreude und Kreativität in der Schule. Weinheim: Beltz.
- Als bekanntestes Beispiel gilt das Forum Bildung Digitalisierung: <https://www.forumbd.de/>

Ein gutes PJ macht auch gute Ärzt*innen!

Beschlusnummer 2019.B2
Antragsteller*innen Jusos Göttingen
Weiterleitung an Juso-Bundeskongress

1 Wir fordern gerechte Arbeits- und Ausbildungsbedingungen im Praktischen Jahr (PJ) des Medizin-
2 studiums!

3 Das PJ dient als letzter Teil des Medizinstudiums der praktischen Vertiefung und Anwendung des
4 theoretisch gelehrtens Wissens und ist damit integraler Bestandteil der ärztlichen Ausbildung. Zur
5 Zeit sind die Arbeits- und Ausbildungsbedingungen in vielen Krankenhäusern untragbar: die Stu-
6 dierenden erhalten für die Vollzeittätigkeit auf Station und im OP keine Arbeitskleidung, können
7 ihre privaten Wertsachen nicht in einem eigenen Spind verwahren und erhalten keinen Zugang
8 zum Patientenverwaltungssystem, wodurch die Mitarbeit, der persönliche Lernerfolg und eine gu-
9 te Patient*innenversorgung torpediert werden.

10 Außerdem werden besonders in privaten Kliniken kaum Seminare und Lehrveranstaltungen
11 durchgeführt, sodass eine gute und fundierte Ausbildung nicht möglich ist. Oft ist auch die prak-
12 tische Anleitung (bei invasiven Eingriffen etc.) unzureichend. Damit lassen viele Krankenhäuser
13 die letzte Möglichkeit alle Studienabsolvent*innen suffizient auf den Berufsalltag vorzubereiten,
14 verstreichen. Von den PJler*innen wird erwartet, Vollzeit zu arbeiten, dabei reicht die Vergütung
15 nicht ansatzweise für die Deckung der Lebenshaltungskosten aus, deshalb sind viele Studieren-
16 den zusätzlich auf einen Nebenjob angewiesen – zumal die meisten über 25 Jahre alt sind, sich
17 somit selbst krankenversichern müssen und nicht mehr unterhaltsberechtigt sind.

18 Im PJ stehen den Studierenden 30 „Fehltag“ zu – das schließt jedoch alle Urlaubs- und Krankheits-
19 tage ein. Wer also einen Tag krank ist, hat einen Tag Urlaub weniger; in geteilten Tertialen ist nicht
20 ein einziger Fehltag zulässig (also weder Krankheit noch Urlaub)! Wer unter solchen Bedingungen
21 arbeiten und lernen soll, ist nicht nur enormer Belastung ausgesetzt, sondern auch ein Risiko für
22 die Patient*innen!

23 Deshalb fordern wir: Gerechte Arbeitsbedingungen!

24 Diese umfassen:

- 25 • Verbindliche gute praktische Arbeitsbedingungen vor Ort (Arbeitskleidung, Spind, Zugang
26 zum Patient*innenverwaltungssystem)
- 27 • Regelmäßig durch die Heimatuniversität überprüfte Lehre an den akademischen Lehrkran-
28 kenhäusern (einheitlicher Tätigkeitskatalog und Lehrinhalte)
- 29 • Eine einheitliche Vergütung, die zur Deckung der Lebenshaltungskosten ausreicht
- 30 • Überarbeitete Fehlzeitenregelung, die sich an den Krankenregelungen des öffentlichen
31 Dienstes orientieren (z.B. Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung bei Krankheit)

32 Wir fordern deshalb von der Bundesregierung eine entsprechende Änderung der Approbations-
33 ordnung für Ärzte (ÄApprO) mit dem Ziel der bundeseinheitlichen Regelung.

Begründung

„Während der Ausbildung nach Absatz 1 [Praktisches Jahr], in deren Mittelpunkt die Ausbildung am Patienten steht, sollen die Studierenden die während des vorhergehenden Studiums erworbenen ärztlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten vertiefen und erweitern. Sie sollen lernen, sie auf den einzelnen Krankheitsfall anzuwenden. Zu diesem Zweck sollen sie entsprechend ihrem Ausbildungsstand unter Anleitung, Aufsicht und Verantwortung des ausbildenden Arztes ihnen zugewiesene ärztliche Verrichtungen durchführen. Sie sollen in der Regel ganztägig an allen Wochenarbeitstagen im Krankenhaus anwesend sein. Zur Ausbildung gehört die Teilnahme der Studierenden an klinischen Konferenzen, einschließlich der pharmakotherapeutischen und klinisch-pathologischen Besprechungen.“ (§3 (4), ÄApprO 2002, zuletzt geändert 17.07.2017)

Diese Definition des PJ nach der ÄApprO veranschaulicht den Stellenwert, den das Praktische Jahr in der Ausbildung von Ärzt*innen einnimmt. Zugleich beschreibt sie den Praxisschwerpunkt des PJ, der sich damit deutlich vom vorherigen Studium unterscheidet. Auch die Kliniken, in denen PJler*innen eingesetzt sind, profitieren enorm von diesem Ausbildungsmodell, denn regelmäßiger Bestandteil der Arbeit der PJler*innen sind Routinetätigkeiten, für die die Häuser sonst teures Personal einstellen müssten. Es stört keine Studierenden im PJ, wenn sie bei Routinetätigkeiten auf Station unterstützen, aber PJler*innen sind keine billigen Stationshilfen, die nur für Routinetätigkeiten ohne Wissenszuwachs da sind! Das Modell PJ stellt damit eine klassische Form neoliberaler Ausbeutungspraktik dar, bei welcher die persönliche Entwicklung als Rechtfertigung für prekäre Arbeitsbedingungen dient. Und am Ende geht es um Wissenszuwachs und praktische Fähigkeiten – nach dem PJ müssen die Studierenden als approbierte Ärzt*innen nach bestem Wissen ihre Patient*innen versorgen. Als Sozialdemokratie sind wir den Menschen verpflichtet, deshalb müssen wir uns für faire Arbeitsbedingungen ebenso einsetzen wie für gute medizinische Versorgung! Ein gutes PJ macht auch gute Ärzt*innen, von denen alle profitieren!!!

Damit wir im Pflichtpraktikum nicht arm werden – BaföG-Regelung ändern!

Beschlusnummer 2019.B3

Antragsteller*innen Jusos Region Hannover

Weiterleitung an

- 1 Wir fordern, dass die Vergütung während eines Pflichtpraktikums im Studium in den Freibetrag
- 2 des BAföGs fällt.

Begründung

In dem BAföG ist verankert, dass Empfänger*innen einen Einkommensfreibetrag über 5400€ in einem (12-monatigen) Bewilligungszeitraum gewährt wird. Von dem Freibetrag ausgeschlossen ist jedoch Praktikumsvergütung während eines Pflichtpraktikum. Diese Vergütung wird den Empfänger*innen von ihrem BAföG-Satz abgezogen. Lediglich eine Werbungskostenpauschale von jährlich 1000€ und Sozialpauschale über 21,2% steht dem Studenten zur Verfügung.

Während eines Pflichtpraktikums ist es kaum möglich einem weiteren Job nach zu gehen und somit dem finanziellen Ausfall zu entgegnen. Neben einer 40 Stunden Woche sind weite Fahrtwege während dieser Zeit keine Ausnahme. Außerdem leiden Empfänger*innen darunter, dass die Vergütung des Praktikums in einem Bewilligungszeitraum (ein Jahr) angerechnet wird, während ein Pflichtpraktikum in der Regel sechs Monate dauert. Dies kann zu dem Problem führen, dass der/die Empfänger*in eine Rückforderung von dem BAföG Amt erhält oder auch in dem darauffolgenden Semester weniger BAföG bekommt, als ihm/ihr eigentlich zur Sicherung des Lebensunterhalts zusteht.

Bafög reformieren

Beschlusnummer 2019.B4

Antragsteller*innen Jusos Region Hannover

Weiterleitung an Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

- 1 1. Bafög muss elternunabhängig bezogen werden können.
- 2 2. Erweiterung des Berechtigtenkreises durch Anpassung der Freibeträge
- 3 3. Bedarfsdeckende Erhöhung der Förderbeträge. Der Bedarf soll sich dabei nach den Ergeb-
- 4 nissen der Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks [sic!] richten.
- 5 4. Jährliche automatische Anpassung der Förderbeträge
- 6 5. Bafög von der Regelstudienzeit entkoppeln
- 7 6. Vereinfachung der Antragsstellung durch einen bundesweit einheitlichen Online-Antrag
- 8 7. Zweitausbildungsförderung unkompliziert ermöglichen
- 9 8. Weiterförderung auch bei Fachwechsel nach dem 4. Semester
- 10 9. Bafög in Form eines Vollzuschusses

Begründung

Die Möglichkeit in einem so reichen Land wie der BRD einen Hochschulabschluss erfolgreich zu erlangen, darf im 21. Jahrhundert nicht mehr vom Einkommen der Eltern abhängen. Einzig und allein die intellektuellen Fähigkeiten und Fertigkeiten der Studierenden dürfen ausschlaggebend sein, ob man einen Hochschulabschluss erlangen kann oder nicht. Des Weiteren muss die Finanzierung des Studiums für Studierende auch in den Stadtzentren von Ballungszentren wie Hannover, Hamburg, München oder Berlin möglich sein. Die Frage der Studienfinanzierung für alle Studierenden ist im 21. Jahrhundert eine Frage der sozialen Gerechtigkeit und der Chancengleichheit.

Absolute Teilhabe und Chancengleichheit – Machen wir die Schulen kostenlos!

Beschlusnummer	2019.B5
Antragsteller*innen	Jusos Region Hannover
Weiterleitung an	Juso-Bundeskongress

- 1 Wir fordern ein massives Investitionsprogramm von Ländern und Bund, welches folgende Punk-
- 2 te ermöglicht: - Kostenloser Zugang zu Schulmaterialien für alle Schüler*innen (wobei nicht nur
- 3 Schulbücher, sondern alle Schulmaterialien vom Taschenrechner bis zum Collegeblock gemeint
- 4 sind) - Kostenlos zugängliches Nachhilfeprogramm an Schulen für alle Schüler*innen und kos-
- 5 tenloses Mittagessen für alle Schüler*innen.

Begründung

Die Schulen sind die Herzkammern der Aufstiegschancen oder sollen es zumindest werden. Dafür ist es essentiell notwendig, dass jede*r Schüler*in, egal welcher sozialen Schicht sie*er entstammt, in gleicher Art und Weise an der Schule partizipieren kann.

Dies beginnt mit der Schulausstattung und den Schulmaterialien. Auch wenn viele Schulen bereits ein Ausleihverfahren anbieten (welches mit Kosten verbunden ist), unterscheidet sich die Materialausstattung der Schüler*innen doch enorm. Von dem Federmäppchen in der Grundschule bis zum Geschichtsbuch in der Oberstufe.

Nachhilfeangebote, besonders die privaten, stehen Kindern und Jugendlichen aus bessersituierteren Familien einfacher und schneller zur Verfügung, als Selbigen, welche die finanziellen Mittel nicht erbringen können. Die schulinternen Nachhilfe und Förderungsprogramme sind nur spärlich ausgebaut. Nur wenn kostenlose, frei-zugängliche 30

Nachhilfeangebote in den Schulen angeboten werden, kann wirkliche Chancengleichheit hergestellt werden. Zum Schulleben gehören neben dem Schulalltag eben auch die Klassenfahrten und Ausflüge, welche nicht immer in den Bereich des Bundesteilhabegesetzes (BUT) fallen. Dazu zählen wir ebenfalls jene Aktionen, die nebenschulisch ablaufen (beispielsweise eine Ski-Fahrt). In Folge dessen bleiben Schüler*innen, deren Familie sich die Teilnahme oftmals nicht leisten kann, solchen Veranstaltungen und werden an den Rand der Schulgemeinschaft getrennt. Auch wenn bereits Bezuschussungen angeboten werden, korrespondiert der „Gang zum Amt“ auch immer mit einem Schamgefühl, wodurch dieser manchmal schlichtweg ausfällt. Daher ist völlig klar: Die Teilnahme an allen Schulveranstaltungen muss allen Schüler*innen kostenlos zur Verfügung stehen.

Möchte man Chancengleichheit und Teilhabe ermöglichen, so sind Investitionen notwendig und unabdingbar. Die Zeit muss enden, in denen der Geldbeutel der Eltern über die Schullaufbahn eines Kindes entscheidet!

Berufsberatung für alle Schüler*innen im Land Niedersachsen

Beschlusnummer 2019.B6

Antragsteller*innen Jusos Region Hannover

Weiterleitung an

- 1 Wir fordern eine größere Investition in Berufsberatungsveranstaltungen für alle Schüler*innen
- 2 im Land Niedersachsen.

Begründung

Viele Schülerinnen und Schüler wissen nach dem Schulabschluss nicht, was sie machen sollen und können und studieren oder arbeiten erst einmal ins Blaue hinein, um später dann abzubrechen.

Oftmals ist eine solche Erfahrung zwar wichtig – und sicherlich auch richtig. Meistens ist es so, dass viele Absolventen nur eine Perspektive kennen und gar nicht wissen, welche Möglichkeiten alle offen stehen – viele machen das, was die Eltern machen oder halt das, was Ihnen als erstes in den Sinn kommt.

Wir sollten die Schüler*innen durch eine verstärkte Berufsberatung die Chance geben, alle Berufe kennen zu lernen und den Horizont zu erweitern.

Ein verpflichtendes Seminar zum Thema Gender-Sensibilisierung in Ausbildungen zu Erzieher*in und Lehrer*in einführen!

Beschlusnummer 2019.INI7

Antragsteller*innen Jusos Hildesheim

Weiterleitung an

- 1 Wir fordern, dass es zur Pflicht wird, in einer jeden Ausbildung zu Lehrkraft oder Erzieher*in
- 2 mindestens eine informierende Veranstaltung zum Thema Gender zu besuchen. Somit soll auf
- 3 einen sensiblen Umgang in Wort, Schrift und Verhalten mit ALLEN Entwürfen von Geschlecht auch
- 4 außerhalb von heteronormativen Mustern aufmerksam gemacht werden. Somit wird gesichert,
- 5 dass in pädagogischen Kontexten alle Identitätsentwürfe von Heranwachsenden geschützt und
- 6 akzeptiert werden.

Begründung

Das Konzept von Doing Gender besagt, dass die Geschlechtsentwürfe jedes Menschen auch Ergebnis einer jeden zwischenmenschlichen Interaktion sind. Das heißt, werden heteronormative, einzig in Mann und Frau differenzierte Gender- und Identitätsentwürfe als gegeben gesehen und alle abweichenden Verhaltensweisen sanktioniert, hat das entscheidende Auswirkung auf die Entwicklung Heranwachsender.

Auch Kinder und Jugendliche sind Produzenten von Kultur, soziale Akteur*innen und gleichberechtigte Mitglieder*innen der Gesellschaft. Es muss also gesichert werden, dass NIEMAND durch ihre/seinen individuellen Identitätsentwurf von vornherein benachteiligt wird. Gerade die Lebensphase der Kindheit und Jugend bedarf es hier durch alle, und vor allem pädagogisches Personal, durch einen differenzierten Blick auf Gender und Identität zu schützen.

Denn „Wir können an keine Gesellschaft mit der naiven Annahme herantreten, wir wüssten ja schon was Frauen und Männer sind und woran man der Unterschied erkennt“ (Hagemann-White, 1984).

D – Digitales und Medien

Zeichen der Zeit erkennen - Digitale Arbeitswelt regulieren!

Beschlusnummer 2019.D1

Antragsteller*innen Bezirksvorstand

Weiterleitung an

1 Unsere Welt wird immer digitalisierter. Einkaufen, Freizeitbeschäftigung und auch das Arbeiten
2 werden von der Digitalisierung verändert. Für diese Neuerungen, im Bezug auf die digitale Arbeits-
3 welt, haben wir noch keine adäquaten Regelungen dingfest machen können. Gerade der Bereich
4 der „Plattform-Ökonomie“ birgt viele Dinge, die dem „guten Leben“ im Weg stehen. Das wollen wir
5 so nicht stehen lassen, daher fordern wir:

6 **Zerschlagung und genossenschaftliche Umstrukturierung der Plattformökonomie**

7 Unser momentanes System ist nicht auf die Arbeit in einer plattformgetriebenen Ökonomie ein-
8 gestellt. Die Richtlinien und regeln, besonders diejenigen des Arbeitsschutzes zeigen sich für die
9 meiste Arbeit in der digitalisierten Arbeitswelt als wenig gewinnbringend. Insbesondere die so-
10 genannten Freelance-Modelle spielen hierbei eine stark konterkariierende Rolle. Vorreiter*innen
11 darin ein sehr „libertäres“ Internet zu verteidigen waren die Vereinigten Staaten, eng gefolgt von
12 der europäischen Union. Spätestens jetzt ist es an der Zeit die Zeichen zu erkennen und richtig zu
13 deuten. Im digitalen Raum findet Wertschöpfung statt - also muss der Staat regulieren.

14 Die spanischen Plattformen rund um Essenslieferungen (foodora, pizza.de etc.) haben hierbei ei-
15 ne Vorreiter*innenrolle inne. So lehnten sich die Arbeitnehmer*innen gegen die schlechten und
16 unregulierten Arbeitsverhältnisse auf und zerschlugen die Plattform. Aus dem hierbei geführ-
17 ten Arbeitskampf resultierte ein neues, genossenschaftlich geführtes Unternehmen, das mit einer
18 Open-Source Applikation arbeitet die für jede*n zugänglich ist. Langfristig muss die Zerschlagung
19 großer Internetkonzerne und die damit einhergehende Freiheit und Freizügigkeit der Arbeitneh-
20 mer*innen ebenfalls das Ziel der Sozialdemokratie sein.

21 **Arbeitsmittel zur Verfügung stellen**

22 Was in der analogen Welt oft selbstverständlich ist, ist keine Realität für die Mitarbeiter*innen
23 von Plattformen. In einem Büro würde niemand den eigenen Computer mitnehmen müssen oder
24 muss selber dafür aufkommen, wenn die Arbeitsmittel zu Schaden kommen.

25 Mitarbeiter*Innen von Plattformen sind oft mit den eigenen Fahrrädern unterwegs, ohne dass die-
26 se gewartet oder von den Arbeitgeber*Innen repariert werden. Sie müssen ihre eigenen Handys
27 benutzen, um auf diese ihre Aufträge entgegennehmen zu können, ohne dass ihnen zusätzliches
28 Datenvolumen gestellt wird. Die Arbeitskleidung besteht aus den wohlbekanntesten T-Shirts und
29 Windjacken – auch bei -15°C.

30 Es kann nicht sein, dass die Arbeiter*Innen nicht nur ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen, son-
31 dern dazu noch ihr eigenes Handy oder Fahrrad, was für Arbeitgeber*Innen als Selbstverständ-
32 lichkeit und als Voraussetzung gilt, dieser Arbeit nachzugehen.

33 Arbeitgeber*Innen müssen in die Pflicht genommen werden, den Mitarbeiter*Innen funktionsfä-
34 hige Fortbewegungsmittel zu stellen oder aber die Fahrräder auf ihre Kosten zu warten oder zu
35 reparieren.

36 Ein Arbeitshandy muss ebenfalls zu der Ausstattung gehören, die von den Arbeitgeber*Innen
37 übernommen wird. Außerdem muss der Jahreszeit angemessene Kleidung zur Verfügung gestellt
38 werden, wie Winterjacken, Regenhosen und -stiefel etc.

39 **Scheinselbstständigkeit – Aufklären und größere Hürden setzen**

40 Viele der Mitarbeiter*Innen bei Plattformen sind sog. Freelancer, die nicht bei den Plattformen
41 angestellt sind, sondern als Selbstständige agieren. Dies führt dazu, dass sie nicht in das Sozialver-
42 sicherungssystem einzahlen und sich privat versichern müssen. Außerdem geben die Arbeitge-
43 ber*Innen die Verantwortung für die Mitarbeiter*Innen ab, was die Einhaltung von Arbeitszeiten,
44 Ruhephasen, etc. angeht.

45 Die meisten wissen nicht, was die „Scheinselbstständigkeit“ für sie bedeutet und müssen im Vor-
46 feld darüber aufgeklärt werden und das ausnahmslos von den Plattformen. Zudem müssen die
47 Hürden für eine solche „Scheinselbstständigkeit“ hoch gesetzt werden. Es darf nicht mehr so ein-
48 fach für die Plattformen sein, Freelancer statt fest angestellter Mitarbeiter*Innen einzusetzen.

49 Daher fordern wir gesetzlich festgeschriebene Aufklärung durch die Plattformen, wenn diese
50 Freelancer beschäftigen wollen und mehr Kontrolle darüber, wie diese Form der Selbstständigkeit
51 abläuft.

52 Befristungen beenden – Projektstellen umgestalten Unsere Generation wird von Arbeitsmarktfor-
53 scher*innen immer wieder liebevoll die „Generation Befristung“ genannt. Einer der Hauptgründe
54 dafür ist, dass im Zuge der Liberalisierung von Arbeitsverhältnissen unter anderem eingeführt
55 worden ist, dass Arbeitnehmer*innen sachgrundlos befristet und demnach schnellstmöglich ge-
56 kündigt werden können. Dies garantiert maximale Flexibilität für die Arbeitgeber*innen und ma-
57ximale Unsicherheit für die Arbeitnehmer*innen. Hier sieht man den klassischen Widerspruch
58 zwischen Kapital und Arbeit.

59 Die SPD hat im vergangenen Wahlkampf das Thema der Sachgrundlosen Befristung sowie der da-
60 mit verbundenen Kettenverträge bereits angesprochen. Wir wollen weitergehen. Es darf niemand
61 sachgrundlos befristet sein. Wir sprechen uns gegen die sachgrundlose Befristung von Arbeits-
62 verhältnissen aus. Darüber hinaus darf auch mit Sachgrund nur in bestimmten Fällen befristet
63 werden, beispielsweise bei der Vertretung von Elternschaft oder Sabbatjahren. Der*die Arbeit-
64 geber*in muss darüber hinaus verpflichtet werden bei dem Aufkommen einer ähnlichen Stelle
65 im Unternehmen die mit Sachgrund befristete Vertretung bevorzugt im Bewerbungsprozess zu
66 behandeln.

67 Ein klassischer Weg sachgrundlose Befristungen dem Namen her zu umgehen sind sog. Projekt-
68 stellen. Besonders in den Universitäten oder Einrichtungen des öffentlichen Dienstes werden die-
69 se befristeten Stellen geschaffen. Diese bedeuten offiziell, dass eine Einstellung aufgrund projekt-
70 bezogener Arbeit geschieht - was in der Praxis nichts weiter heißt als dass die Arbeitskraft selbige

71 Arbeiten wie normal Beschäftigte ausführt - inklusive der Projektarbeit. Dieser verdeckte Weg der
72 Befristung muss ebenfalls bekämpft und bei Verstoß geahndet werden.

73 Sollten diese arbeitsrechtlichen Richtlinien nicht befolgt werden, so fordern wir Strafzahlungen an
74 die gekündigten Personen i.S. einer Lohnfortzahlung. Befristungen muss ein Riegel vorgeschoben,
75 Regularbeitsverhältnisse müssen gefördert und ausgebaut werden. So wollen wir höchste Flexi-
76 bilität für den*die Arbeitnehmer*in erreichen. Bewusst ist uns außerdem, dass es hierzu eines
77 starken Staates bedarf. Wir sprechen uns für flächendeckende Kontrollen des Zolls, besonders
78 der Abteilung des Arbeitsschutzes und der Schwarzarbeitsbekämpfung aus.

79 **Vertretungsstrukturen sicher gestalten.**

80 Das BetrVG sieht vor, dass Personal- und Betriebsrät*innen bereits in der Zeit der Gründung von
81 Räten vor Kündigungen sicher sind. Die Zeit während sie das Amt ausführen ist es ebenfalls sehr
82 schwer die Arbeitnehmer*innenvertretungen zu kündigen. Allerdings wird dies in vielen Fällen
83 versucht zu umgehen indem die Verträge von Arbeitnehmer*innenvertreter*innen als unliebsa-
84 me Arbeitnehmer*innen einfach auslaufen gelassen werden. Die Zunahme von Befristungen in
85 den Arbeitsverträgen und die Entnormalisierung von unbefristeten Stellen öffneten diesem Me-
86 chanismus Tür und Tor.

87 Wenn eine Person im Betriebs- oder Personalrat aktiv ist, dann muss diese Person abgeord-
88 net werden als Vertreter*in der Arbeitnehmer*innen und gleichberechtigte*r Partner*in der Ge-
89 schäftsführung. Wir stehen für echte Demokratie, auch in der Wirtschaft. Die strategische Aus-
90 richtung von Aufsichtsräten geht in dieser Zeit noch vollends an den Interessen der Arbeitneh-
91 mer*innen vorbei. Aus diesem Grund müssen die Räte, sobald sie gewählt sind und ihr Amt an-
92 treten nicht nur immun vor Kündigungen sein, sondern ebenfalls muss eine im Arbeitsvertrag
93 geregelte Befristung aufgehoben werden. Somit sichert man Kontinuität in der Vertretung sowie
94 Expertise und Sicherheit auf Seite der Arbeitnehmer*innen.

95 Mitbestimmung muss wieder attraktiver gemacht werden. Neben der Sicherheit für direkt Vertre-
96 tende ist es außerdem notwendig, dass die Attacken der Arbeitgeber*innen gegen Betriebsrats-
97 gründungen verfolgt und unterbunden werden. Ein effektives Mittel hierfür ist eine Betriebsrats-
98 pflicht in Unternehmen ab einer Größe von 20 Personen. Dies muss ebenfalls streng überwacht
99 und die Nichteinhaltung stark sanktioniert werden.

100 **„Faule Kompromisse“ bekämpfen – Aufhebungsverträge beenden.**

101 Schlussendlich kann die Sicherheit der Arbeitnehmer*innen auf dem Arbeitsmarkt noch durch
102 sogenannte “faule Kompromisse” ausgehebelt werden. Besonders in plattformökonomisch orga-
103 nisierten Betrieben ist der Druck besonders hoch. Aufhebungsverträge gehören hier zum Alltag,
104 da die Arbeitnehmer*innen von Aufträgen abhängig sind. Aus diesem Grund fordern wir, dass
105 diese sogenannten Aufhebungsverträge nur noch von Seiten der Arbeitnehmer*innen angeregt
106 werden dürfen.

#ichbinhier für die SPD – für mehr Solidarität im Internet

Beschlusnummer 2019.D2
Antragsteller*innen Jusos Göttingen
Weiterleitung an SPD-Bezirksparteitag

1 Wir fordern die SPD auf, eine parteiinterne Struktur ähnlich der Gruppe „#ichbinhier“ zu schaffen,
2 um Vernetzung und ein gemeinsames Vorgehen gegen beleidigende (Hass-)Kommentare über-
3 wiegend rechter Accounts zu ermöglichen. Das Prinzip von „#ichbinhier“ ist eine geschlossene
4 (Facebook-)Gruppe, deren Mitglieder Beiträge, die Beleidigungen und Hasskommentare beinhalten,
5 identifizieren und den anderen Gruppenmitgliedern teilen, sodass dann alle „gute“ Kommen-
6 tare und Beiträge schreiben und ebensolche auch liken können.

7 Wir fordern, dass der PV eine geeignete Plattform zur Onlinekommunikation, als auch zur Vernet-
8 zung von SPD-Mitgliedern aber auch anderen linken und progressiven Gruppierungen ermöglicht.
9 Es ist immer wieder festzustellen, dass Rechte im Internet wesentlich besser vernetzt sind und sich
10 Organisations-/Parteiübergreifend unterstützen. „Linke“ Gruppierungen und Parteien verwehren
11 sich oft, vor allem online, die Solidarität und Unterstützung untereinander. Wenn es um rechte
12 Hetze geht müssen wir uns als „linke Bewegung“ stärker solidarisieren und im Netz zusammen-
13 halten. Die beschriebene Plattform soll die Koordinierung & Kommunikation gegen Hasskom-
14 mentare, Shitstorms aber auch das Unterstützen von linken und progressiven Posts ermöglichen.
15 Welche Plattform sich hierfür am besten eignet (Facebook, Slack, #hashtag, Broadcast, etc.) und
16 wie diese im Detail strukturiert wird, soll der PV ermitteln und umsetzen.

Begründung

Die sozialen Medien sind voller Hasskommentare. Die Posts der SPD bleiben davon nicht verschont. Schaut man sich die Facebook- oder Instagram Accounts von SPD Gliederungen oder Funktionär*innen an, findet man vor allem eines: Beleidigungen und Hass. Das zieht sich durch alle Ebenen. Manchmal sind fleißige Socialmedia-Teams vorhanden, welche die bösartigsten Kommentare entfernen. Das ist aber nicht überall der Fall und manchmal aufgrund der unzähligen Kommentare auch einfach nicht möglich. Hier käme nun die geforderte Gruppe zum Einsatz. Beiträge, unter denen besonders bösartig oder viel kommentiert wurde, werden in die Gruppe geteilt und die Mitglieder schreiben selbst sachliche und respektvolle Kommentare, in denen sie die Argumente der Hater und Trolle entkräften und positive, zum Ursprungspost passende, konstruktive Dinge anbringen (ohne sich dabei auf sinnlose endlos Diskussionen mit Trollen einzulassen). Dies ist mit wenigen Klicks getan und ist nicht nur ein solidarischer Akt dem*der Postenden gegenüber, sondern auch gut für den Auftritt der Partei nach außen, denn positiv bewertete Socialmediabeiträge sind besser, als ein Meer von Hass.

Öffentlich-Rechtliche Medien stärken – Geringe Einkommen entlasten

Beschlusnummer 2019.D3
Antragsteller*innen Jusos Göttingen
Weiterleitung an SPD-Bezirksparteitag

- 1 Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist eine wichtige Säule der deutschen Medienlandschaft, de-
- 2 ren Existenz für uns außer Frage steht. Dennoch weist das aktuelle System schwächen auf. Daher
- 3 fordern wir die Überprüfung des Beitragsmodelles, um zu prüfen inwiefern Schüler*innen, Studie-
- 4 rende, Auszubildende und andere Menschen mit wenig Einkommen entlastet werden können.

- 5 Ebenfalls müssen die Rundfunkräte ein besseres Abbild der Gesellschaft sein, indem mehr junge
- 6 Menschen hier mitwirken können. Klar ist für uns auch, dass die öffentlich-rechtlichen Medien-
- 7 anstalten noch stärker ihr Online-Angebote ausbauen und bündeln sollten. Hierfür wäre eine
- 8 zentrale Mediathek eine Option, die geprüft werden soll. Gerade in Zeiten der medialen Beein-
- 9 flussung durch Fake-News verbreitende Youtube-Channel oder Sender wie RT-Deutsch gilt es den
- 10 unabhängigen, öffentlich-rechtlichen Sendern den Rücken zu stärken und gleichzeitig deren Mo-
- 11 dernisierung im Programm, in Formaten und Plattformen einzufordern.

E – Europa, Internationales und Inter-galaktisches

Neue Welt – Neue Strategie. Für eine progressive Außen- und Sicherheitspolitik!

Beschlusnummer 2019.E1

Antragsteller*innen Bezirksvorstand

Weiterleitung an

1 In der Welt ist die Hölle los. Die nun bereits mehr als 70 Jahre alte internationale Ordnung der
2 Welt steht an einem Scheideweg mit ungewissem Ausgang. Ordnungspolitisch steht die Außen-
3 politik der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union vor mehreren großen und
4 neuen Fragen, deren Beantwortung die Welt in den nächsten Jahrzehnten prägen wird. Auch für
5 uns als Jusos gilt es daher diese Fragen zu diskutieren und konstruktive und sozialdemokratische
6 Lösungen für eine friedliche, freie und gerechte Welt zu finden.

7 **Die derzeitige internationale Ordnung**

8 Die Gründung des Völkerbundes als Vorläufer der Vereinten Nationen im Jahre 1920 in Reaktion
9 auf den ersten Weltkrieg ist als die Gründung der ersten multilateralen Organisation in die Ge-
10 schichte eingegangen. Diesem Bund kamen in den Anfangsstunden jedoch weniger Aufgaben zu,
11 als der heutigen Generalversammlung der UN. Lediglich die Schaffung nicht bindenden Rechts
12 und die Aushandlung von auf Freiwilligkeit beruhenden Verträgen und Normen, welche nach der
13 Verabschiedung von wenigen Ländern wirklich eingehalten wurden, gehörten zu den Rechten
14 dieses ersten Versuchs eines Weltparlaments.

15 Nach dem zweiten Weltkrieg reformierte sich der Völkerbund, angeführt von dem US-Präsidenten
16 Roosevelt und unterstützt durch die Siegermächte des 2. Weltkriegs. Dieser fortan als Vereinte
17 Nationen bekannte internationale Zusammenschluss von Staaten schaffte es, trotz des beginnen-
18 den Kalten Krieges zwischen der westlichen und der östlichen Hemisphäre, eine Kommunikati-
19 onsplattform internationalen Formats zu werden und somit einen wichtigen Beitrag für Frieden
20 und Gerechtigkeit zu leisten. Eine frühe Sternstunde der Vereinten Nationen war dabei die Ver-
21 abschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, als Grundlage für eine internatio-
22 nale Gemeinschaft. Die Menschheit schien ihre Lehren aus den grausamen Erfahrungen des 2.
23 Weltkrieges und der Nazi-Diktatur gezogen zu haben. Erstmals in der Geschichte der Menschheit
24 bestand die Hoffnung auf eine Zukunft der Diplomatie und der Zusammenarbeit.

25 Dieser Trend setzte sich, trotz des Kalten Krieges, bis ans Ende des 20. Jahrhunderts fort. Die
26 „klassischen“ Kriege zwischen Staaten schienen abzunehmen und verloren an Bedeutung. Groß-
27 machtsphantasien einzelner Staaten schienen weitestgehend eingedämmt und transnationale
28 Konflikte wurden oftmals auf diplomatischem Wege gelöst. Gerade nach dem Fall der UdSSR
29 schien der Weg der Vereinten Nationen eine verheißungsvolle Zukunft aufzuzeigen.

30 Diese Utopie einer friedlichen Welt wurde in der öffentlichen Wahrnehmung abrupt durch die
31 Terroranschläge des 11. September 2001 auf das World Trade Center in New York zerstört. Mit
32 dem internationalen Terrorismus entstand eine neue Bedrohung für den internationalen Frieden
33 jenseits der „klassischen“ Konfliktsituation zwischen Staaten, deren Bekämpfung zu neuen welt-
34 weiten Konflikten geführt hat.

35 Infolge dieser Bekämpfung des Terrors entstanden weltweit neue Krisenherde. Syrien wurde nach
36 der gescheiterten Revolution zu einem zerstörten Land aus dem Millionen Menschen vor Folter
37 und Krieg geflohen sind. Der Konflikt um Israel entflammte nach Anschlägen durch radikale Pa-
38 lästinenser*innen erneut. Mit dem Islamischen Staat entstand eine weltweite Terrororganisation,
39 die für zahlreiche Terroranschläge verantwortlich ist. In vielen Staaten Afrikas entstehen inter-
40 nationale Konflikte über Rohstoffe und Herrschaft. Autoritäre Machthaber*innen, die die derzei-
41 tige internationale Ordnung abschaffen wollen, kommen in immer mehr Ländern an die Macht.
42 Die damit verbundene Rhetorik des „starken Mannes“ und die damit verbundene neo-realistische
43 Außenpolitik können wir weltweit beobachten. Ob bei Putin Russland, bei Trump in den USA, bei
44 Erdogan in der Türkei, bei Duterte in den Philippinen oder Bolsonaro in Brasilien, all diese neuen
45 Entwicklungen untergraben die Errungenschaften der Jahrzehnte nach dem 2. Weltkrieg. Sie un-
46 tergraben eine internationale Ordnung, die auf Diplomatie, Frieden und Menschenrechten aufge-
47 baut ist. Und zusammen mit den Gefahren des internationalen Terrorismus, den Ressourcenkon-
48 flikten und den allgemeinen Veränderungen aufgrund des Klimawandels besteht eine ernsthafte
49 Gefahr für eine Vision einer friedlichen und gerechten Welt.

50 Aufgrund dieser vielfältigen Herausforderungen gilt es für uns Jusos folgende Punkte als Grund-
51 sätze unserer Vorstellung von Außenpolitik und der internationalen Ordnung festzuhalten.

52 **Die Rolle der Bundesrepublik Deutschland**

53 Die Bundesrepublik Deutschland hat aufgrund seiner Geschichte und seiner wirtschaftlichen Stel-
54 lung in der Welt für uns eine besondere Verantwortung bezüglich der Schaffung einer friedlichen
55 und gerechten Welt. Wesentlich hierfür ist die Arbeit als Teil der Europäischen Union. An diese
56 muss zwangsläufig mehr außenpolitische Kompetenz abgegeben werden. Die Zukunft der deut-
57 schen Außenpolitik ist eine europäische Außenpolitik. Obwohl die Europäische Union nicht per-
58 fekt ist, so ist sie doch die größte Chance Lösungen für die vielfältigen aufkommenden Probleme
59 zu finden.

60 **Ein Vereintes und starkes Europa**

61 Europa ist für uns die Grundlage. Europa ist für uns das Gerüst. Europa ist für uns die Antwort.
62 Wir bekennen uns zur Europäischen Union, dem europäischen Einigungsprozess und zur tieferen
63 Integration. Die Sozialdemokratie war seit ihrer Gründung davon überzeugt, dass die Befreiung
64 der Arbeiter*innen nur in einem demokratischen, solidarischen und sozialistischen Zusammen-
65 schluss auf Internationaler Ebene sein kann. Der erste Schritt hierzu ist in dem Gedanken der
66 Europäischen Union zu sehen. Diesem fühlen wir uns noch heute verpflichtet.

67 Momentan geht allerdings ein Bruch durch die Europäische Union. Insbesondere auf der soziokul-
68 turellen Ebene spalten sich die beiden Lager zwischen denjenigen die mehr Europa wagen wollen
69 und denjenigen die die Nationalstaaten stärken wollen. Für uns ist dabei klar: Wir wollen mehr
70 Europa wagen.

71 Wir stehen stark hinter der Idee der europäischen Union. Wir stehen allerdings zur gleichen Zeit
72 gegen das Ideal was die meisten anderen Parteien in der Union sehen. Die momentane Form, die
73 immer noch den Binnenmarkt in den Vordergrund stellt, ist weder zeitgemäß noch angebracht.
74 Wir stehen für die Vereinigten Staaten von Europa. Ein Europa mit einem gut ausgebauten Sozi-
75 alstaat. Ein Europa in dem strikt und mit starker Hand gegen Steuerflüchtige vorgegangen wird
76 und ein Europa, in dem Institutionen zentralisiert werden und Standards für jeden Teil der Euro-
77 päischen Union gelten. Ein Europa, in dem die Menschen im Fokus stehen.

78 Die Außen und Sicherheitspolitik ist ein wichtiger Aspekt dieser Vision von Europa. Mit PESCO
79 und der GASP haben sich bereits Projekte hervorgetan in denen europäische Solidarität gelebt
80 und gezeigt wird. Der oben beschriebene Bruch zwischen den Mitgliedsstaaten darf uns nicht
81 davon abhalten weiter an einer vertieften Integration zu arbeiten. Die Allianz der Willigen kann
82 hierbei einen Vorbildcharakter für die Weiterentwicklung europäischer Projekte haben. Momen-
83 tan bestehen 27 parallele Staaten die teilweise gegeneinander arbeiten und so echte Lösungen
84 blockieren. Diesem nationalen Egoismus setzen wir die Idee eines echten solidarischen Europas
85 entgegen. Dessen Umsetzung in den Vereinigten Staaten von Europa bleibt unser Ziel.

86 Ein besonderes Augenmerk der EU muss aus unserer Sicht auf der Veränderung der Grenzpolitik
87 liegen. Das Sterben im Mittelmeer muss ein Ende haben. Die Zusammenarbeit mit der libyschen
88 Küstenwache muss aufgekündigt werden. Die EU braucht eine eigene Rettungsmission im Mittel-
89 meer, die von allen Staaten finanziert wird. Europa muss wieder für Menschlichkeit stehen.

90 **Die UN**

91 Die Vereinten Nationen sind für uns, ebenso wie die EU, ein Friedensprojekt, das es zu unterstüt-
92 zen gilt.

93 Dennoch gibt es auch hier großen Verbesserungsbedarf. So muss beispielsweise das „one country
94 one vote“ System in Frage gestellt werden. Auch der UN-Sicherheitsrat muss reformiert werden.
95 So könnte man z.B. ein zwei Kammern System einführen, in dem die zweite Kammer notfalls den
96 Sicherheitsrat mit einer 2/3-Mehrheit überstimmen kann. So würde die Blockademöglichkeit aus-
97 geräumt werden.

98 Die BRD und die Mitgliedsstaaten der EU müssen sich aktiv in die Arbeit der UN einbringen und
99 versuchen diese zu reformieren.

100 **Außenpolitik gegenüber anderen Staaten**

101 Sozialdemokratische Außenpolitik muss die die Menschenrechte und die Unterstützung von De-
102 mokratie auf dem gesamten Globus als ihre Grundlage verstehen. Das bedeutet im Umkehr-
103 schluss, dass diejenigen Mächte, welche gegen die Durchsetzung von Menschenrechten agieren
104 automatisch nicht als Partner*innen begriffen werden können und dürfen. Ebenso erachten wir
105 bestehendes internationales und Völkerrecht als veränderbar, jedoch in seiner jeweils aktuellen
106 Form als Primus. Unsere Einstellung zu anderen Staaten muss von diesen beiden Leitsätzen ge-
107 prägt sein.

108 **Russland** Die russische Föderation unter der Leitung von Vladimir Putin ist in den vergangenen
109 Jahren von einer halbwegs freien Demokratie zu einer vollends gelenkten Demokratie vollkom-
110 men. Die Verklärung der Geschichte und damit einhergehend die Verwischung des Gedenkens
111 an die Gräueltaten des Sowjet-Regimes spielen hierbei eine hervorzuhebende Rolle. Diese geziel-
112 te Art von Desinformationen macht allerdings innerhalb der Landesgrenzen Russlands keinen
113 Halt. Auch über diese Hinweg verbreitet der Kreml von ihm gesteuertes Programm und damit
114 die Sichtweise der russischen Föderation. Einige Beispiele der internationalen Sendeprogramme,
115 die von der Desinformationszentrale aus St. Petersburg gesteuert werden sind RT, Sputnik oder
116 Newsfront. Alle drei verbreiten in den jeweiligen Landessprachen jeweils stark Russlandfreund-
117 liche Medien und die Sichtweise des Kremls zu den jeweiligen Themengebieten. Neben den drei
118 genannten Sendern beeinflusst diese Medienberichterstattung unter anderem auch weitere Blogs
119 und Internetdienstleistungen wie PI-News im deutschsprachigen oder aber Breitbart und den Dai-
120 ly Stormer im englischsprachigen Raum.

121 Besonders die Länder in den angrenzenden Gebieten an die russische Föderation befinden sich
122 hierbei in einer sehr schwierigen Situation. Zum einen verfügen Länder wie Estland, Weißruss-
123 land oder aber Lettland über eine zahlenmäßig sehr ausgeprägte russische Minderheit, die fast
124 ausschließlich in ihrer Muttersprache russisch kommuniziert und demnach sehr anfällig für Me-
125 dienformate in dieser Sprache ist. Hierbei stehen wir voll und ganz hinter der Bundesregierung,
126 welche bereits mit den baltischen Staaten Abkommen zur Unterstützung der örtlichen öffentlich-
127 rechtlichen Fernseh- und Radiosender geschlossen hat und hierbei ein russischsprachiges Pro-
128 gramm mit jeweils landesspezifischen Nachrichten aufbauen will.

129 In den anderen Ländern der europäischen Union verfolgt Russland mit seinen gezielten Desinfor-
130 mationskampagnen das Ziel rechte und rechtsextreme Bewegungen zu stärken. Dies erkennen
131 wir beispielsweise an der bewussten Einflussnahme im amerikanischen Wahlkampf über die so-
132 zialen Medien sowie die bewusste Unterstützung von beispielsweise der AfD in Deutschland, der
133 FPÖ in Österreich oder des Rassemblement National in Frankreich

134 Generell sprechen wir uns für weitgehende Regulierung und einen stärkeren Eingriff in die Frei-
135 heiten von ausländischen Propagandamedien aus. Wir benötigen ein entschiedenes Auftreten
136 gegenüber Fake-News und der versuchten Beeinflussung und dies staatenübergreifend. Das Netz-
137 werkdurchsetzungsgesetz ist hierbei ein guter erster Schritt. Allerdings bedarf es einer europäi-
138 schen Lösung, einem Gegenpol zur russischen Troll Fabriken und effektiven Gegenmaßnahmen
139 zur Beeinflussung der Meinungsbildung in der europäischen Union. Auch hierin sehen wir einen
140 geeigneten Schritt ein europäisches Internet-Sicherheitszentrum zu etablieren.

141 Außerdem ist für uns die Unterstützung der progressiven Zivilgesellschaft innerhalb Russlands
142 ein zentraler Punkt. Wir müssen die Zusammenarbeit, beispielsweise zu NGOs, stärken und müs-
143 sen diese bei ihrer Arbeit unterstützen.

144 **Die Vereinigten Staaten von Amerika** Wir beobachten mit großer Besorgnis, dass sich neben
145 klassischen Formen von Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit wie Rassismus, Islamo- und
146 Homophobie, auch andere Arten wie Antisemitismus und Antiamerikanismus im Aufstieg befin-
147 den. Hierbei handelt es sich um zwei Artverwandte ideologische Kampfmuster, welche die Ame-
148 rikaner*innen oder die Jüd*innen als homogene Gruppe betrachtet, welche für das Leid der Welt
149 verantwortlich ist. Beide werten mit denselben Vorurteilen konfrontiert: Imperialismus, Welt-
150 machergedanken, die Unterdrückung durch „das Großkapital“ und eine verwerfliche Auffassung
151 von Geld über Menschenrechten. Was hierbei oftmals vergessen wird ist, dass es sich bei Israel
152 um die einzige stabile Demokratie im Nahen Osten handelt. Außerdem, dass die Vereinigten

153 Staaten von Amerika eine der ältesten und erprobtesten Demokratien weltweit sind, die in zwei
154 Weltkriegen Frieden und Menschenrechte in Europa etablierten.

155 Nicht nur aus diesem Grund ist die Verbindung zu beiden von großer Bedeutung. Die NATO als
156 Verteidigungsbündnis, die Vereinten Nationen auf diplomatischer Ebene und die internationalen
157 wirtschaftlichen Kooperationen als dritte Säule. Betrachten wir die Situation wie sie momentan ist,
158 sind die Aussichten unter dem 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten nicht allzu positiv. Nichts-
159 destotrotz muss es Ziel europäischer Außenpolitik sein, die Errungenschaften internationaler Ko-
160 operation gemeinsam mit den USA aufrecht zu erhalten und die Demokratie gegen autoritäre
161 Regime zu verteidigen. Hierbei sind die Vereinigten Staaten ein unverzichtbarer Partner. Dabei
162 soll die Politik der BRD und der EU deutlich sein, aber das Auftreten ruhig und besonnen, denn
163 noch immer sind die Vereinigten Staaten der wichtigste Partner Europas.

164 Auch in den USA muss die Zivilgesellschaft, die für eine bessere Gesellschaft kämpft, unterstützt
165 werden. Wir dürfen die vielen Tausende, die gegen Trumps Politik auf die Straße gehen nicht
166 vergessen und sollten sie in unsere Arbeit einschließen und so Bündnisse schmieden.

167 **Israel** Nicht nur aufgrund historischer Gegebenheiten existiert eine weltweit herausgehobene
168 Verpflichtung gegenüber jeglicher jüdischen Bevölkerung sowie dem Staate Israel. Ohne die his-
169 torischen Gegebenheiten nochmals betonen zu müssen bleibt es deshalb unabdingbar die Au-
170 ßenpolitik der Bundesrepublik, die Politik der NATO und das internationale Auftreten der euro-
171 päischen Union am Wohle Israels auszurichten. Das Existenzrecht Israels ist nicht verhandelbar.
172 Ein Angriff auf Israel ist im Sinne des NATO-Statuts ein Angriff auf uns alle.

173 **China** Bei aller Macht Chinas dürfen wir, genau wie bei anderen Staaten, die Menschenrechts-
174 verletzung im Land nicht ignorieren und dulden diese nicht. Eine gute Zusammenarbeit mit
175 China, z.B. auf der Ebene der Handelspolitik, muss auf Einhaltung von Standards beruhen.

176 Die Ausweitung des Einfluss Chinas, politisch und wirtschaftlich, muss durch die EU eingedämmt
177 werden.

178 **Geoökonomie, Handels- und damit verbundene Sicherheitspolitik**

179 Die Sozialdemokratie ist immer der Motor für Frieden gewesen. In dieser Tradition stehen wir
180 auch weiterhin. Diplomatie und die Zusammenarbeit am Verhandlungstisch sind die Maxime al-
181 ler außenpolitischen Handlungen. Wo es einen Weg gibt, der auf den Verzicht von Gewalt bauen
182 kann, so muss dieser gewählt werden. Leider ist dies nicht immer der Fall. Wie neue asymmetri-
183 sche Kriegsführung und die terroristische Bedrohung gezeigt haben sind es heutzutage nicht mehr
184 nur Staaten die verhandlungsunwillig und Kampfbereit sind, sondern zumeist sind es nichtstaat-
185 liche Akteur*innen.

186 Bereits angeklungen ist das unabdingbare Bekenntnis zur allgemeinen Erklärung der Menschen-
187 rechte. Hierbei sehen wir in der Geoökonomie eine wichtige Strategie zur Durchsetzung dieser. In
188 naher Vergangenheit benutzte die Bundesrepublik ihre politischen Instrumente lediglich um den
189 freien Handel einen Vorschub zu leisten und vernachlässigte dabei das liberale Element innerhalb
190 der Außenpolitik. Aufgrund globaler Wertschöpfungsketten und internationaler Interdependenz
191 ist die Bundesrepublik nicht aufgrund ihrer militärischen Stärke zu einem globalen Player gewor-
192 den, sondern viel eher aufgrund ihrer wirtschaftlichen Schlagkraft.

193 Betonung findet dies besonders beim Handel mit Diktator*innen und autoritären Regimen welt-
194 weit. Entgegen der eigens gesetzten politischen Maßstäbe wird weiterhin Handel mit Dikta-
195 tor*innen getrieben, die jegliche Arbeitsrechtlichen Standards missachten und Grund- sowie Men-
196 schenrechte mit Füßen treten. Dies kann und darf nicht der Anspruch einer emanzipatorischen
197 sozialdemokratischen Außenpolitik sein.

198 Kanada machte es vor, als sie den Handel mit dem Emirat Saudi-Arabien boykottierte und dabei
199 von der Community, die sonst in Menschenrechtsfragen hinter ihnen stand allein gelassen wurde.
200 Dies war falsch. Wir sprechen uns gegen den kritiklosen Handel mit diktatorischen Regimen aus.
201 Solange Staaten Menschenrechte und grundlegende demokratische Freiheiten missachten, sol-
202 len Handelsbeziehungen nur eingegangen werden, wenn sie zu einem demokratischen Wandel
203 und menschenrechtlichen Verbesserungen beitragen können. Die einzelnen Handelsabkommen
204 müssen unter diesen Gesichtspunkten kritisch analysiert und regelmäßig überprüft werden. Un-
205 ser Handel muss ein wertebasierter sein. Die Kriterien sollen an die Einhaltung von Menschen-
206 rechtsstandards geknüpft werden.

207 **Freihandelsabkommen**

208 Freihandel baut Brücken. Wir als internationalistischer Richtungsverband bauen darauf, dass
209 Freihandelsabkommen (im besten Falle multilaterale) sowohl von einer politischen, wie von ei-
210 ner wirtschaftlichen Sparte aus betrachtet werden. Die europäische Union startete auch als ein
211 großes Freihandelsprojekt und entwickelte sich zum Friedensgarant Nummer eins - weltweit.

212 Viel zu lange traute sich die politische Linke nicht an das Thema Freihandel. Zum einen Aus Unver-
213 ständnis, zum anderen aus Menschenfeindlichkeit. Sowohl antiamerikanische und antisemitische
214 als auch antiprogressive Inhalte und Nationaltümelei waren die Grundlagen die immer wieder ge-
215 gen Projekte wie TTIP oder CETA ins Feld geführt worden sind. Globalisierung kann nicht gestaltet
216 werden, wenn sie verhindert wird. Wir können uns den Entwicklungen nicht verschließen. Wie
217 beispielsweise bei der Entwicklung des Internets beobachtet werden konnte gestalten im Zweifel
218 die liberalen den Wandel und das bedeutet gleichzeitig, dass die Anliegen sozialdemokratischer
219 Politik keinerlei Bedeutung spielen.

220 Aus diesem Grund sprechen wir uns für Freihandel aus, der fair und nachhaltig geschieht. Die 7
221 ILO Kernarbeitsnormen sind ein internationaler Standard, der nicht unterschritten werden darf.
222 Der Handel darf dabei aber nicht unsolidarisch sein. Ein beidseitiger Gewinn muss immer im
223 Vordergrund stehen, dies beginnt schon bei den Verhandlungen. Diese müssen auf Augenhöhe
224 geführt werden. Nur so kann Handel zu einer gerechteren Welt beitragen. Ebenso muss Freihand-
225 del Klimaschutzstandards wie das Pariser Klimaschutzabkommen verankern. Nicht zuletzt ist ge-
226 recht gestalteter Handel ein wichtiges Instrument der Entwicklungspolitik. Handelsabkommen
227 und auch multilaterale Vereinbarungen beispielsweise im Rahmen der Welthandelsorganisation
228 (WTO) müssen der entwicklungspolitischen Verantwortung des Handels Rechnung tragen.

229 **Internationales Recht**

230 Für die Schaffung eines funktionierenden Internationalen Systems gehört die Schaffung eines
231 funktionierenden Rechtssystems. Es muss das erklärte Ziel der Sozialdemokratie sein, interna-
232 tionale Normen zu schaffen die eine freie und gerechte Gesellschaft ermöglichen und gewisse
233 Grundsätze international verankern. Dazu gehören für uns beispielhaft die Menschenrechte als

234 Grundlage, sowie die Genfer Flüchtlingskonventionen, das Pariser Klimaabkommen und der UN-
235 Migrationspakt. Es genügt jedoch nicht solche Normen zu schaffen, es müssen auch Möglichkeiten
236 geschaffen werden diese durchzusetzen und in den einzelnen Staaten zu verankern. Hierfür muss
237 sich die Sozialdemokratie im 21. Jahrhundert einsetzen.

238 **Sanktionen**

239 Sanktionen sind ein politisches Mittel, das es leider braucht, um Ziele um- und durchzusetzen.
240 Mit der Sanktionspolitik, wie sie momentan gefahren wird, z.B. durch finanzielle Sanktionen, wer-
241 den aber oftmals die Falschen getroffen und die Wirkung bleibt gering. Außerdem steht oft die
242 Frage der Angemessenheit und der Willkürlichkeit im Raum. Deshalb muss die Sanktionspolitik
243 überdacht werden.

244 Eine neue Methode der Sanktionspolitik wäre beispielsweise ein Pfandsystem. Dabei würden
245 beim Abschließen von internationalen Verträgen oder bilateralen Verträgen ein Pfand festgelegt,
246 der bei der Verletzung durch eine der Vertragsparteien eingefordert wird. So kann die Willkür der
247 Sanktionspolitik beendet werden und die Partner*innen sind sich genau bewusst, was bei einer
248 Nichteinhaltung passiert.

249 Das Pfandsystem kann dabei nur als ein erster Vorschlag beim Umdenken der Sanktionspolitik
250 verstanden werden. Es müssen weitere Schritte folgen.

251 **Umweltpolitik**

252 Eine große Herausforderung für die Außenpolitik des 21. Jahrhunderts stellt der anthropogene
253 Klimawandel dar. Die Sozialdemokratie muss auch hierbei auf eine solidarische Internationale
254 Lösung setzen. Der Klimawandel stellt eine solche Bedrohung für die Menschheit dar, dass Auf-
255 schübe nicht geduldet werden können. Die Sozialdemokratie muss sich dafür einsetzen, dass die
256 Europäische Union und die Bundesrepublik Deutschland ihre Bemühungen massiv verstärkt die
257 Ziele des Pariser Klimaabkommens einzuhalten. Dies muss als präventive Maßnahme gegen ent-
258 stehende Klimakonflikte und damit für Frieden gesehen werden. Die internationalen Folgen einer
259 inkonsequenten Klimapolitik sind mittlerweile absehbar und müssen unter allen Umständen ver-
260 hindert werden. Ebenso müssen Klimakatastrophen als Fluchtursachen anerkannt werden um
261 zukünftige humanitäre Katastrophen zu verhindern.

Europäisch denken – auch bei der Mitgliedschaft

Beschlusnummer 2019.E2
Antragsteller*innen Jusos Göttingen
Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag

- 1 Die Jusos Bezirk Hannover fordern, dass es künftig möglich sein soll in der SPE, der europäischen
- 2 sozialdemokratischen Partei, Mitglied zu sein und nicht in einer der staatlichen Mitgliedspartei-
- 3 en.
- 4 Außerdem soll es künftig so sein, dass jedes Mitglied einer nationalstaatlichen Mitgliedspartei der
- 5 SPE, automatisch Mitglied der SPE wird.

Begründung

Die SPE ist die Sozialdemokratische Partei Europas und umfasst 33 sozialdemokratische, sozialistische und Arbeiter*innenparteien aus ganz Europa und zum Teil auch darüber hinaus.

Bisher ist es so, dass man Mitglied einer der 33 nationalstaatlichen Parteien sein muss, um Mitglied der SPE zu werden. Außerdem ist man, wenn man beispielsweise Mitglied der SPD ist, nicht automatisch Mitglied der SPE.

Um den europäischen Gedanken zu stärken, fordern wir eine Änderung der bisherigen Regularien.

Europas Verantwortung: Koloniales Raubgut zurückgeben!

Beschlusnummer 2019.E3

Antragsteller*innen Jusos Region Hannover

Weiterleitung an Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Gruppe im Europäischen Parlament

1 Europas Geschichte ist untrennbar mit dem Kolonialismus und der Ausbeutung, Besetzung und
2 Unterdrückung außereuropäischer Gebiete und ihrer Bevölkerungen verbunden. Dieser Aspekt
3 der Geschichte geht in der öffentlichen Wahrnehmung in Europa jedoch oft unter. Um endlich in
4 einen glaubwürdigen Dialog mit den Nachfolgestaaten der ehemaligen Kolonien treten zu kön-
5 nen, fordern wir von den ehemaligen europäischen Kolonialmächten, dass die Aufarbeitung der
6 Kolonialvergangenheit sichtbar erfolgt und in die öffentliche Bildung einfließt.

7 Vor allem fordern wir als ersten konkreten Schritt, koloniales Kulturgut, das sich in europäischen
8 Museen und Sammlungen befindet, mit Herkunftsangaben zu listen und den Herkunftsregionen
9 die Rückgabe anzubieten. Das gilt insbesondere für Objekte, die einen kultischen Hintergrund
10 haben und/oder eindeutig als Raubgut einzustufen sind.

11 Da der Kolonialismus eine historische Schuld Europas ist und bis heute das Bild von Europa in
12 vielen Teilen der Welt prägt, kann die Aufarbeitung jedoch nicht allein den Mitgliedstaaten über-
13 lassen werden. Wir fordern daher, dass sich die EU der Aufarbeitung der Kolonialvergangenheit
14 verschreibt und ein Forum zum Austausch über den Umgang mit kolonialem Kulturerbe bietet.
15 Durch Wissen- und Erfahrungstransfer zwischen den Mitgliedstaaten sowie Nicht-Mitgliedstaaten
16 mit kolonialer Vergangenheit soll die kulturelle Dekolonialisierung erleichtert werden.

17 Die EU soll die Mitgliedstaaten zur Aufarbeitung in ihren staatlichen Museen und Sammlungen
18 drängen sowie finanzielle Anreize setzen und die Vernetzung mit Wissenschaftler*innen in den
19 ehemaligen Kolonien fördern. Die EU soll die Debatte über die Rückgabe der Kolonialgüter zum
20 Anlass nehmen, Museen und andere Kultureinrichtungen in ehemaligen Kolonien bei ihrer Aus-
21 einandersetzung mit der kolonialen Vergangenheit finanziell zu unterstützen. Dazu soll ein eige-
22 nes Kulturförderprogramm für die ehemaligen Kolonien geschaffen werden. Eine solche Förde-
23 rung darf nicht paternalistisch vorschreiben, wie die Aufarbeitung stattzufinden hat, sondern soll
24 Initiativen und Konzepte aus den ehemaligen Kolonien unterstützen.

25 Wir fordern endlich eine gesamteuropäische Initiative zur Aufarbeitung der Kolonialverbrechen
26 und zur Dekolonialisierung der europäischen Museumslandschaft. Diese Initiative muss von der
27 Europäischen Union vorangebracht werden. Wir dürfen sie nicht dem Gutdünken der National-
28 staaten überlassen. Gleichzeitig sollte die Rückgabe nur unter den Bedingungen erfolgen, dass
29 das Zielland die Sicherheit der Güter gewährleisten kann.

Begründung

Die Europäische Union versteht sich selbst als Friedensmacht und als eine Verteidigerin von Men-
schenrechten. Die Geschichte vieler ihrer Mitgliedstaaten ist jedoch vom Kolonialismus geprägt.
Insbesondere die Phase des Imperialismus und des sogenannten Wettlaufs um Afrika liegt noch
nicht lange zurück. Die meisten afrikanischen Kolonien wurden erst 1960 unabhängig – also vor

nicht einmal 60 Jahren. Die Erinnerungen an die Kolonialvergangenheit sind vielen der kolonialisierten Bevölkerungen noch sehr bewusst. Bis heute haben die ehemaligen Kolonialmächte diese Zeit kaum aufgearbeitet und die Schuld ihrer Länder benannt. Das betrifft auch Deutschland, dessen Kolonialvergangenheit häufig ignoriert wird. Der Völkermord an den Herero und Nama im heutigen Namibia durch die deutsche Kolonialmacht wurde von der Bundesregierung zwar inzwischen als Völkermord anerkannt, aber nur in einem politisch-historischen und nicht in einem rechtlichen Sinne und schließt Reparationen aus. Das zeigt beispielhaft, wie sich europäische Staaten ihrer Verantwortung entziehen.

Im Zuge des Kolonialismus wurde zahlreiche Kulturgüter aus den Kolonien entfernt und nach Europa gebracht. Insbesondere ethnologische Museen und Sammlungen sind voll mit dem Kulturerbe nicht-europäischer Bevölkerungen, die die Schätze ihrer eigenen Kulturen vermutlich nie zu sehen bekommen werden. Bei Raubgut ist die ethische Verpflichtung zur Rückgabe besonders offensichtlich. Aber auch vermeintlich „gekaufte“ Objekte sind im Kontext des Kolonialismus und der Machtverhältnisse zwischen Kolonialmächten und Kolonien zu betrachten. Viele davon sind neben ökonomischen Interessen auch aus einer rassistisch motivierten Neugier am Exotischen ausgeführt worden.

Um den ehemaligen Kolonien, die jetzt souveräne Staaten sind, auf Augenhöhe zu begegnen, muss diesen Staaten auch die Möglichkeit gegeben werden, über die Zukunft ihres Kulturerbes zu entscheiden. Neben der ethischen Pflicht würde das auch bedeuten, dass Europa mehr Glaubwürdigkeit in den ehemaligen Kolonien erreichen und somit die zukünftige Zusammenarbeit erleichtern würde.

Der französische Präsident Emmanuel Macron hat Bewegung in die Debatte gebracht, indem er angekündigt hat, koloniale Kunst aus Afrika zurückzugeben und einen Bericht in Auftrag gegeben, der diese Kunstwerke in Frankreich auflisten und einen Plan zum Umgang damit vorlegen soll. Diese Entwicklung wurde auch in Deutschland wahrgenommen. Allerdings lassen die konkreten Fortschritte dabei bislang zu wünschen übrig. Da die Schuld des Kolonialismus nicht allein eine deutsche, französische, britische oder belgische Angelegenheit ist, sondern die Geschichte des ganzen Kontinents geprägt hat, sollte die Aufarbeitung dieser Schuld von der Europäischen Union vorangetrieben werden. Die Aufarbeitung des Kolonialismus muss eine europäische Dimension bekommen. Dadurch soll auch verhindert werden, dass sich Mitgliedstaaten mit kolonialer Vergangenheit der Debatte entziehen. Zwar liegen die Museen und Sammlungen im Zuständigkeitsbereich der Mitgliedstaaten, die EU kann also keine Rückgaben erzwingen, doch durch Kulturförderprogramme und durch das Fördern und Vermitteln des Dialogs kann die EU das Thema im Fokus der Mitgliedstaaten halten. Die EU stellt sich damit auch den Schattenseiten der europäischen Geschichte, die eben nicht nur aus griechischer Demokratie, der französischen Revolution und der europäischen Integration bestehen, sondern auch aus europäischem Größenwahn und Kolonialismus. Diese ehrliche Geschichtsbetrachtung ist wichtig, um das erneute Entstehen europäischer Überlegenheitsgefühle oder eines europäischen Nationalismus zu verhindern.

F – Feminismus

„Ist noch Milch im Kühlschrank?“ – Unsichtbare Arbeit sichtbar machen

Beschlusnummer 2019.F1

Antragsteller*innen Bezirksvorstand

Weiterleitung an

1 In ihrer Spiegel-Kolumne ruft die bekannte Feministin Margarete Stokowski einen Tag nach Weih-
2 nachten Frauen* zum Streik auf. Hierbei geht es dieses Mal aber nicht um die Niederlegung der
3 Erwerbsarbeit, sondern um die Verweigerung, die emotionale Arbeit rund um Familie und Be-
4 ziehungen während der Weihnachtsfeiertage am Laufen zu halten. Frauen* seien laut Stokowski
5 immer noch die Stahlträger und der Zuckerguss unserer Gesellschaft. Die Welt werde von Frau-
6 en* zusammengehalten und dies werde nicht mal erkannt. Frauen* kümmern sich, um all die
7 Probleme und organisatorischen Fragen, die sonst niemand übernehmen würde. Frauen* sorgen
8 für Harmonie, für die Aufrechterhaltung unserer bürgerlichen Vorstellung von Familie und fami-
9 liärem Zusammenleben.

10 Diese unsichtbare Arbeit wird von Frauen* getragen und das nicht nur während der Weihnachts-
11 feiertage: Geburtstagsgeschenke für Freund*innen und Verwandte besorgen, wissen, ob noch
12 Milch im Kühlschrank ist, die Termine der Kinder organisieren (Elternsprechtage wahrnehmen
13 oder einfach nur neue Gummistiefel für den nächsten Klassenausflug besorgen) und sich am bes-
14 ten um das Wohlbefinden von allen gleichzeitig kümmern. Die Ungerechtigkeit liegt darin begrün-
15 det, dass die Übernahme der beschriebenen Aufgaben von Frauen* gesellschaftlich und in Bezie-
16 hungen automatisch erwartet wird. Es entspreche schließlich ihrer Natur, dass sie sich um diese
17 Dinge kümmern und unseren Alltag organisieren. Hinzukommt, dass Haushalt, Pflege, Betreuung
18 und Ehrenämter vor allem Frauen*sache sind. Frauen* verbringen mit diesen unbezahlten Arbei-
19 ten deutlich mehr Zeit als Männer. Eine Studie der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und
20 der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen belegt, dass
21 Frauen* in Deutschland jeden Tag im Schnitt vier Stunden und 29 Minuten mit der Ausübung
22 dieser Tätigkeiten beschäftigt sind.

23 In diesem Zusammenhang müssen wir die in der Geschlechterforschung bekannte Aussage, dass
24 Frauen* mit Natur sowie Männer mit Kultur assoziiert werden, betrachten. In der Natur/Kultur-
25 Dichotomie liegt eine Ursache für die universale Unterdrückung der Frau* begründet und kann
26 mit der Zähmung der Natur durch die Kultur gleichgesetzt werden. Es wird davon ausgegangen,
27 dass Frauen* und vor allem ihre Körper für die Reproduktion zuständig und auf das Gebären
28 von Nachwuchs ausgerichtet seien. Durch den Körper ist die Frau* fähig, zu gebären und dies
29 wird von ihr auch gesellschaftlich erwartet. Im Gegensatz dazu muss der Mann nach Simone de
30 Beauvoir seine Machtposition extern in künstlichen Symbolen ausleben und schafft daher Kultur.
31 Hier besteht die Differenz fort: Die Frau* gebärt Menschen, die sterblich und daher endlich sind,
32 wohingegen der Mann unendlich bestehende, kulturprägende Objekte herstellt.

33 Durch die Funktionen ihres Körpers ist die Frau* daher durch die Kultur in engen Rollenbildern
34 gefangen. Frauen* werden in den privaten Bereich verdrängt, wobei Männer für den öffentlichen
35 Bereich stehen und in diesem wirken. Der Gegensatz zwischen dem Wirken in privater und öffent-
36 licher Sphäre wird durch die dargelegten sozial konstruierten Rollen hergestellt, die bereits durch
37 die Sozialisation in der Kindheit geprägt werden. Dadurch kommt es zu einer – auch biologisch
38 gedachten – Verfestigung von bestehenden Machtverhältnissen. Weiblichkeit wird naturalisiert
39 und die Geschlechterpolarität bewusst aufrechterhalten und gefördert.

40 Erschwerend wirkt, dass Frauen* von Geburt an beigebracht wird ihre Emotionen bewusst zu
41 kontrollieren und zu regulieren. Wut ist ein männliches Privileg, das Frauen* in unserer Gesell-
42 schaft nicht zusteht. Nach neusten Forschungen in Bezug auf diese Gesellschaftliche Schiefelage
43 wird zwar angenommen, dass Frauen* Wut empfinden, dass es aber nicht erwünscht sei, diese
44 Wut auch zu zeigen. Frauen* sollen ihre Emotionen – wenn überhaupt – sofort und spontan zeigen
45 und nur dann würden sie als authentisch wahrgenommen. Frauen* wird ein enges emotionales
46 Feld zugesprochene, in dem sie sich bewegen dürfen. Abweichungen hiervon werden sanktioniert
47 und mit Ausgrenzung vom sozialen Umfeld bestraft. Frauen* sollen sich und ihre Gefühle im Griff
48 haben, andernfalls werden sie als hysterisch und unsachlich abgestempelt.

49 Frauen* müssen in der patriarchalen Gesellschaft Anerkennung über ihr Verhältnis zu Männern
50 erlangen. Frauen* gelten immer noch und viel zu häufig als Abweichung von der Norm, wohinge-
51 gen der Mann die Norm darstellt. An ihm richtet sich Gesellschaft aus und das vollzieht sich in den
52 unterschiedlichsten Bereichen: im Bildungsbereich, in unserer Sprache, in der Sozialisation. Frau-
53 en* sind wie Simone de Beauvoir es treffend formuliert „das andere Geschlecht“, das dem Mann
54 untergeordnet wird. Diese Unterordnung durchdringt noch immer jeden Teil unserer Gesellschaft
55 und damit unseres Alltags. Es ist ungerecht, dass von Frauen* automatisch und unbezahlt erwar-
56 tet wird, dass sie das soziale Geflecht unserer Gesellschaft zusammenhalten. Dass sie als dieje-
57 nigen gesehen und sozialisiert werden, die sich kümmern und von ihrem Wesen her für Andere
58 da sein müssen. Das ist auch ein Punkt, an dem wir über die sogenannte „leisure gap“ Gedanken
59 machen müssen. Amerikanische Studien belegen, dass Väter ungefähr drei Stunden mehr Freizeit
60 pro Woche haben als Mütter*. Dieser Zustand hängt natürlich auch mit den beschriebenen Ge-
61 gebenheiten zusammen und setzt Frauen* in ihrer Zeiteinteilung und Lebensplanung zusätzlich
62 unter Druck. Mein Geschlecht bedingt nicht automatisch, dass ich etwas besser oder schlechter
63 kann als jemand, der ein anderes Geschlecht hat. Diese biologistische Annahme muss aufgebro-
64 chen werden, da sie dazu führt, dass Frauen* zum allergrößten Teil immer noch die Sorge- und
65 Carearbeit wie selbstverständlich übernehmen.

66 Es bleibt festzustellen: Im Patriarchat haben Frauen* keine Rechte. Sie müssen sich mit Zugeständ-
67 nissen zufriedengeben, die sie hart erkämpfen müssen und die ständig wieder zur Disposition
68 gestellt werden. Womit Frauen* im Patriarchat zu kämpfen haben, ist keine individuelle Angele-
69 genheit, sondern eine gesellschaftliche. Zusätzlich dazu wird Frauen* immer wieder eingeredet,
70 dass sie selbst Schuld seien an Umständen, die patriarchale Strukturen schaffen. Wir sollen ein-
71 fach nur mehr oder besser arbeiten, um den gleichen Lohn für die gleiche Arbeit zu erhalten, wir
72 sollen uns keine kurzen Röcke anziehen, um nicht vergewaltigt zu werden. Klargestellt werden
73 muss: Es liegt nicht an uns, es liegt am System, in dem wir strukturell benachteiligt werden und
74 in dem der überwiegende Teil der Männer keine Veranlassung sieht, auf ihre angeborenen Privi-
75 legien zu verzichten. Deshalb bleibt unsere Hauptforderung, das Patriarchat zu überwinden und
76 die daraus resultierenden Strukturen zu zerschlagen. Wir geben uns nicht mit kleinschrittigen
77 Zugeständnissen zufrieden, wir wollen endlich echte Gleichberechtigung und fordern daher die
78 Anerkennung und angemessene Vergütung unbezahlter Arbeit und ein grundlegendes Umden-
79 ken hinsichtlich der Sozialisation der Geschlechter.

Begründung

Quellen:

- <https://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/frauen-zu-weihnachten-stahltraeger-und-zuckerguss-a-1245389.html>
- <https://www.spiegel.de/karriere/ilo-frauen-arbeiten-weltweit-mehr-als-maenner-in-unbezahlter-arbeit-a-1265994.html>
- https://www.deutschlandfunkkultur.de/genderforschung-die-wut-der-frauen.976.de.html?article_id=440383
- <https://www.pewresearch.org/fact-tank/2013/10/17/the-leisure-gap-between-mothers-and-fathers/>

Die Rechte von Inter*Menschen umsetzen und ausbauen!

Beschlusnummer 2019.F2
Antragsteller*innen Jusos Göttingen
Weiterleitung an Juso-Bundeskongress

1 Die Jusos Bezirk Hannover fordern ein radikales Umdenken gegenüber Inter*Menschen. Die kos-
2 metischen Operationen an Säuglingen und Kindern zur Geschlechtsvereinheitlichung und ein-
3 deutigen Zuordnung in das binäre Geschlechtssystem, fallen zwar unter § 226a StGB (Genital-
4 verstümmung) bzw. §§ 223 ff. StGB (Körperverletzung), doch ist die Zahl der Operationen da-
5 durch nicht maßgeblich zurückgegangen. Darüber hinaus gibt es weitere Behandlungen, die das
6 Recht auf Unversehrtheit des Menschen antasten, so etwa die Behandlung durch Medikamente
7 und/oder Hormone, die eine Zuordnung zum binären Geschlechtssystem herstellen sollen oder
8 Psychotherapien mit derselben Absicht.

9 In der Folge solcher Eingriffe leiden viele Betroffene unter psychischen Problemen und müssen
10 sich risikoreichen und belastenden Folgebehandlungen unterziehen. Darüber hinaus wird ihnen
11 das Recht der freien Selbstentfaltung abgesprochen, indem man sie zwingt, ein Geschlecht anzu-
12 nehmen und ihnen nicht selbst die Entscheidung überlässt – auch und vor allem, wenn sie sich
13 nicht als binär männlich* oder binär weiblich* definieren wollen.

14 Die strafrechtliche Verfolgung der oben beschriebenen Eingriffe, ohne Einwilligung der*des mün-
15 digen Patient*in, muss daher konsequent umgesetzt werden. Eine Operation ohne Einwilligung
16 der*des Mündigen ist nur in den größten Ausnahmen denkbar, wenn eine gesundheitliche Gefahr
17 für das Kind besteht. In diesen Fällen, in denen die Gesundheit des Kindes in Gefahr sein könnte,
18 muss eine hohe Absicherung erfolgen, z.B. unter Zuhilfenahme weiterer Ärzt*Innen, Beratungs-
19 stellen für Intersexualität und so fort. Außerdem muss deutlich werden, dass die Pathologisierung
20 von Intersexualität häufig auf der Deutung basiert, dass Abweichungen von der Geschlechterbi-
21 narität als korrekturbedürftig betrachtet werden.

22 Weiterhin fordern wir präventive Maßnahmen, die langfristig das Bild von Intersexualität als etwas
23 Korrekturbedürftigem und Abweichendem, verändern. Dieser Prozess muss dazu führen, dass die
24 Grundrechte von Inter*Menschen nicht mehr verletzt werden. Wir fordern eine Schulbildung, die
25 dieses Thema aufgreift, eine umfassende Auseinandersetzung in der Medizin mit diesem Thema
26 und eine Förderung von Organisationen, die als beratende Stellen tätig sind. Verbote erscheinen in
27 diesem Zusammenhang als kurz- bis mittelfristige Maßnahmen, die durch eine konsequent ausge-
28 baute und erreichbare Aufklärungsarbeit und Beratungsangebote nicht zur Anwendung gebracht
29 werden müssen. Wir Jusos lehnen „Normalisierungs“-Praktiken ab und fordern eine Wahrneh-
30 mung von geschlechtlicher Diversität in unserer Gesellschaft.

31 Intersexualität nicht länger zu pathologisieren und eine Selbstbestimmtheit der Betroffenen zu
32 fördern und Zwangszuordnung in das binäre Geschlechtssystem zu verhindern, ist darüber hinaus
33 auch eine europäische Aufgabe:

34 „In mindestens 21 EU-Mitgliedstaaten werden intersexuelle Kinder geschlechtszuweisenden Ope-
35 rationen unterzogen. In acht Mitgliedstaaten müssen die gesetzlichen VertreterInnen des Kindes
36 zustimmen, 18 Länder setzen das Einverständnis der PatientInnen voraus. Die Einbeziehung von
37 Kindern in derartige Entscheidungen stellt jedoch eine Grauzone dar, da Faktoren wie beispiels-
38 weise das Alter des Kindes bestimmen, ob die Entscheidung beim Kind oder bei den Eltern liegt.“

Begründung

Quellen:

- Ulrike Klöppel und Katja Sabisch (Hg.): Zur Aktualität kosmetischer Operationen „uneindeutiger“ Genitalien im Kindesalter, Berlin 2016. Eingesehen unter: https://www.gender.huberlin.de/de/publikationen/gender-bulletins/bulletin-texte/texte-42/kloepfel-2016_zur-aktualitaet-kosmetischer-genitaloperationen
- European Union Agency for Fundamental Rights, 2015. Eingesehen unter: <https://fra.europa.eu/de/press-release/2015/die-rechte-intersexueller-werden-allzu-hufig-nicht-zur-kenntnis-genommen>

Frauen* in MINT

Beschlusnummer	2019.F3
Antragsteller*innen	Jusos Göttingen
Weiterleitung an	Juso-Bundeskongress

1 Der Begriff MINT steht für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Noch im-
2 mer gelten diese Berufsgruppen als „Männerdomänen“. Die Gründe dafür sind vielfältig, hängen
3 aber oftmals mit stereotypen Geschlechterbildern zusammen.

4 Naturwissenschaften unterliegen dabei immer noch in einem hohen Maße dem gesellschaftli-
5 chen Verständnis einer zweigeschlechtlichen Ordnung. Das in der Gesellschaft vorliegende dua-
6 listische Verständnis von Begriffen wie Vernunft und Gefühl wird oftmals mit einem System von
7 männlich und weiblich assoziiert und es kommt zur Bildung von Stereotypen und Klischees. Diese
8 Stereotype werden sowohl über Medien, Eltern, Freund*innenschaften und Lehrkräfte vermittelt
9 und entstehen bereits ab der Kita. Sie äußern sich bereits in der Grundschule, wo selbst bei glei-
10 chen Leistungen eine Zuordnung von Mathematik als „männlich“ vorgenommen wird. Interesse
11 an klassischen MINT Fächern wird bei Frauen* mit Attributen wie „unfeminin“ assoziiert.

12 Ziel muss es sein, gesellschaftlich gesetzte Stereotype und unterbewusste Klischees aufzubre-
13 chen. Für eine stereotypenfreie Bildung müssen jedoch alle Lehrkräfte, Berufsberater*innen so-
14 wie Personen, die in der Lehrkräfteaus- und weiterbildung tätig sind, Genderkompetenz vermit-
15 telt bekommen. Dies muss bereits für die Erzieher*innenausbildung gelten. Hier fordern wir eine
16 Schwerpunktsetzung auf die Sensibilisierung für die Entwicklung von Geschlechterrollen.

17 Auch Angebote wie der „Zukunftstag“ oder „Mädchen und Technik (MuT)“ spielen eine wichtige
18 Rolle. Diese wollen wir durch weitere Projekte dieser Art unterstützen und fördern. Dabei ist eine
19 Ausweitung des Zukunftstages von einem auf zwei Tage zu betrachten. Diese Tage sollen dazu
20 genutzt werden, Schüler*innen einen Einblick in geschlechtsuntypische Berufe zu geben.

21 Nicht nur Klischees, sondern auch das Fehlen von Förderung und Vorbildern ist Ursache dafür,
22 dass Frauen* im Bereich MINT unterrepräsentiert sind. Bereits früh erfahren MINT-begeisterte
23 Schülerinnen* zu wenig Bestätigung und Förderung. Hier gilt es anzusetzen. Um das Interesse von
24 Schüler*innen im MINT-Bereich zu fördern, benötigen wir Lehrerinnen* in diesen Schulfächern.
25 Auch heute noch sind viele Frauen*, die in Bereichen arbeiten bzw. gearbeitet haben, in der Ge-
26 sellschaft unsichtbar. Es gilt diese sichtbar zu machen und Zugehörigkeitsgefühle von Frauen* zu
27 MINT Bereichen zu schaffen.

28 Auch im universitären Bereich zeigt sich, dass zwar die Zahl der Studienanfängerinnen* im MINT-
29 Bereich steigt, jedoch immer noch wenige Frauen* eine akademische Karriere einschlagen. Insbe-
30 sondere nach der Promotion verlassen Frauen* den akademischen Betrieb. Hier verbinden sich
31 die prekären Verhältnisse im akademischen Betrieb und strukturelle Diskriminierung. Um dieser
32 struktureller Diskriminierung entgegenzutreten, müssen Frauen* im Bereich der Promotion und
33 Habilitation durch Förderprogramme, Frauen*empowerment und Frauen*netzwerkprogramme,
34 die sich über die verschiedenen Stufen des akademischen Betriebes erstrecken, unterstützt wer-
35 den. Des Weiteren fordern wir eine Frauen*quote für Tenure-Track-Programme, für den akade-
36 mischen Mittelbau und Professurbesetzungen.

37 Doch auch nach Abschluss einer Ausbildung in MINT Bereich zeigt sich, dass die Technikindustrie
38 oftmals Männer* bevorzugt. Auch in vermeintlich progressiven Technik-Firmen entstehen frau-
39 en*feindliche Umgebungen und es kommt zu sexueller Belästigung oder Diskriminierung. Hier
40 müssen subtiler Sexismus, Diskriminierung und sexuelle Belästigung offen als solche benannt
41 und geahndet werden.

42 All diese Initiativen und Programme müssen mit einem gesellschaftlichen Umdenken einherge-
43 hen und können daher nur Anstöße in die richtige Richtung sein.

Frauen*solidarität – empowered women empower women

Beschlusnummer 2019.F4
Antragsteller*innen Jusos Göttingen
Weiterleitung an Juso-Bundeskongress

1 Wir Jusos sind ein feministischer Richtungsverband und zählen die Überwindung des Patriarchats
2 zu unseren zentralen Zielen, um eine Gesellschaft der Freien und Gleichen zu ermöglichen. Recht-
3 liche und politische Gleichheit haben Frauen auf dem Papier in den allermeisten Bereichen be-
4 reits erkämpft. Aktive, gelebte Gleichstellung wird in sehr vielen Bereichen aber weiterhin durch
5 patriarchale Strukturen und Alltagssexismus verhindert. Diese patriarchalen Strukturen aufbre-
6 chen zu wollen, ist richtig und muss ein Hauptziel unserer feministischen Bewegung sein. Die
7 Autorin Caroline Rosales formuliert in einem Artikel aber treffend: „Es wird viel geredet über die
8 Gründe einer patriarchalisch geprägten Arbeitswelt und unserer sexistischen Gesellschaft allge-
9 mein, doch nie über den Nährboden, der das Wachstum solcher männlich-dominierten Macht-
10 strukturen begünstigt.“

11 Wie ist das zu verstehen? In unseren Frauen*netzwerken, Frauen*empowermentprogrammen
12 und Feminist Fight Clubs predigen wir den Zusammenhalt unter Frauen*. Wir wollen uns gegen-
13 seitig supporten, uns empowern, Frauen*solidarität ist das Stichwort. Doch zur Wahrheit gehört
14 auch, dass Frauen*netzwerke bei weitem nicht so gut funktionieren wie die geknüpften Seilschaf-
15 ten zwischen Männern. Woran aber kann das liegen? Das hat natürlich auch mit Geschlechter-
16 rollen und Sozialisation zu tun: So beschreibt die Psychologin Mechthild Erpenbeck, dass Män-
17 ner eher Oben-unten-Positionen auskämpfen würden und sich erst nach Klärung eines Macht-
18kampfes dem nächsten Kampf widmen würden. Frauen hingegen fühlten sich schneller auf einer
19 persönlichen Ebene angegriffen und in ihren Machtkämpfen ginge es schneller um eine wahr-
20 genommene existenzielle Bedrohung und deren Vernichtung. Darauf fußt das fragile Zusammen-
21 spiel von Beziehungen zwischen Frauen*. Sie fördern selten Nachfolgerinnen*, gönnen sich ge-
22 genseitig keine Erfolge, sondern stehen oft als Einzelkämpferinnen* dar und greifen sich oft auf
23 einer passiv-aggressiven Ebene an. Mädchen* werden von der Gesellschaft zu Konkurrentinnen*
24 erzogen, die sich auch aufgrund der verstärkenden patriarchalen Strukturen eher im Kampf zu
25 Geschlechtsgenossinnen* sehen. Das konnten die Evolutionsforscherinnen Anne Campbell und
26 Paula Stockley nachweisen: „Mädchen und Frauen, die ihr Verhalten nicht der sozialen Norm an-
27 passen, müssen den Verlust ihrer Freundschaften fürchten. Durch alle sozialen Schichten bevor-
28 zugten Frauen demnach im Konkurrenzkampf um einen männlichen Partner Strategien wie in-
29 direkte Aggression, Rufschädigung und Ausgrenzung der Mitbewerberin, dagegen aber weniger
30 körperliche Gewalt als Männer.“

31 Politische Auseinandersetzungen oder sogar persönliche Konflikte kann es natürlich auch un-
32 ter Frauen* geben. Sie haben ihre Berechtigung, solange sie anhand der Sache geführt werden
33 und sich nicht durch strukturelle Gegebenheit bedingen oder sogar verstärkt werden. Denn un-
34 ter Frauen* ist dieser Konkurrenzkampf besonders toxisch: Frauen* stechen sich gegenseitig aus
35 und werden zusätzlich von patriarchalen Machtstrukturen eingeschränkt. Das bedeutet natürlich
36 nicht, dass Frauen* an diesen Machtstrukturen schuld sind, wir könnten sie aber besser bekämp-
37 fen, wenn wir uns mit aller Selbstverständlichkeit gegenseitig fördern, empfehlen und loben wür-
38 den.

39 Frauen*solidarität bedeutet für uns, dass wir als Frauen* an der Seite von Frauen* stehen, dass wir
40 gemeinsam für unsere Belange eintreten, dass wir Netzwerke bilden, uns gegenseitig unterstützen
41 und besonders dann andere Frauen* empoweren, wenn wir es selbst in Führungspositionen ge-
42 schafft haben. Frauen*solidarität bedeutet aber auch, dass wir offen mit Kritik umgehen, dass das
43 Kritisieren einer anderen Frau* weiterhin möglich sein muss und dass wir Frauen*empowerment
44 als gemeinsam Weg sehen, denn Förderung ist keine Einbahnstraße. Nicht mit jeder Frau* muss
45 man aufgrund ihres Geschlechts automatisch solidarisch sein, in einem politischen Richtungsver-
46 band muss man sich vor allem auch in der inhaltlichen Auseinandersetzung einig werden. In der
47 Sache muss weiterhin Streit und auch Kritik möglich sein. Frauen*solidarität darf nicht zu einem
48 sanktionierenden Kampfbegriff degradiert werden, um andere Frauen* zu sanktionieren. Statt-
49 dessen müssen wir das Miteinander stärken und uns unserer gemeinsamen Kämpfe bewusst
50 werden. Wir müssen offen und reflektiert damit umgehen, wo wir eventuell sogar patriarchale
51 Strukturen als Frauen* nutzen und diskutieren, wie wir dies vermeiden können.

52 Um mit Caroline Rosales zu schließen und eine Richtung für die Zukunft unserer Frau-
53 en*empowermentstrukturen aufzuzeigen: „Gelebte Gleichberechtigung in allen Bereichen heißt
54 vor allem auch, dass Frauen endlich lernen, sich auch untereinander wertzuschätzen, dass sie
55 klatschen und nicht lästern“.

Begründung

Quelle: ROSALES, Caroline, Die ewige Missgunst, URL: <https://www.zeit.de/kultur/2018-01/gleichberechtigung-metoo-frauen-solidaritaet-10nach8/komplettansicht> (18.03.2019).

Jamais sans elles – Niemals ohne sie!

Beschlusnummer 2019.F6
Antragsteller*innen Jusos Göttingen
Weiterleitung an Juso-Bundeskongress

- 1 Wir fordern, dass eine ähnliche Initiative wie die französische Initiative „Jamais sans elles“ auch
- 2 in Deutschland gestartet wird.
- 3 Dafür sollen sich die Niedersächsische Landesregierung, möglichst alle Regierungen der Bundes-
- 4 länder, sowie die Bundesregierung, dazu verpflichten, dass Ihre Vertreter*innen an keinen Kon-
- 5 ferenzen, Aktionen, Podien, Terminen oder ähnlichem mehr teilnehmen, zu denen keine Frauen
- 6 eingeladen sind.
- 7 Es soll die Möglichkeit geben, dass Unternehmen, Verbände und Vereine sich der Initiative an-
- 8 schließen.

Begründung

Die Initiative Jamais sans elles wurde in Frankreich ins Leben gerufen und zielt darauf ab, dass es keinerlei Veranstaltungen mehr gibt, an denen keine Frauen teilnehmen, weil sie nicht eingeladen sind.

Solch eine Initiative brauchen wir auch in Deutschland. Zu oft kommt es vor, dass auch bei Podien o.ä. der Landesregierung, oder auch der Bundesregierung, nur Männer vertreten sind. Damit muss Schluss sein! Frauen müssen sichtbar werden und das funktioniert oft nur damit, dass darauf aufmerksam gemacht wird, dass keine Frauen da sind.

Eine solche Initiative zeigt klar: Frauen sind ein Teil unsere Gesellschaft und egal zu welchem Thema, auch sie haben Ahnung davon und sollten sich dazu äußern dürfen. Eine solche Initiative würde aber auch zeigen: Gleichstellung geht nur gemeinsam.

Mein Geschlecht ist meine Sache! – 3. Geschlecht für alle öffnen!

Beschlusnummer 2019.F7
Antragsteller*innen Jusos Region Hannover
Weiterleitung an Juso-Bundeskongress

- 1 Das Gesetz zum 3. Geschlecht ist in seiner derzeitigen Form ein kleiner Fortschritt, aber auf kei-
- 2 nen Fall ein zufriedenstellender. Deshalb fordern wir die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, diese
- 3 Debatte erneut zu öffnen und eine wahre Freiheit in der Frage zur eigenen Geschlechtszugehörig-
- 4 keit zu schaffen. Dafür gehört es für uns auch, dass jede Person frei entscheiden kann zu welchem
- 5 Geschlecht sie zu gehören möchte und nicht, dass ein Arzt dies entscheidet.

Begründung

Im vergangenen Dezember wurde das Gesetz zum 3. Geschlecht beschlossen. Nun können Ärzt*innen nach der Geburt in der Geburtsurkunde neben männlich und weiblich auch die Option "divers" eintragen lassen. Dies geschieht allerdings nur, wenn das Geschlecht einer Person nicht durch Geschlechtsmerkmale klar erkennbar ist. Da ein Geschlecht aber von mehr Faktoren außer den Geschlechtsmerkmalen abhängt, fordern wir diese Option auch unabhängig von Ärzt*innen Personen zugänglich zu machen.

Schluss mit Diskriminierung und Tabu – Hygieneartikel für Frauen* müssen erschwinglich werden

Beschlusnummer 2019.F8

Antragsteller*innen Jusos Region Hannover

Weiterleitung an

1 Wir, die Jungsozialist*innen, sind der Überzeugung, dass Hygieneartikel für Frauen* in jeglicher
2 Form, ob Einmalgebrauch oder nachhaltige Produkte für jede*n bezahlbar sein müssen. Es han-
3 delt sich hierbei um notwendige Artikel, die jeden Monat benötigt werden und dies von der Hälfte
4 der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschlands. Menstruierende Personen haben nicht die
5 Wahl, auf die Menstruation zu verzichten. Es ist ein komplett natürlicher Prozess. Weshalb die
6 oben genannten Artikel nicht als Luxusprodukt anzuerkennen sind, sondern als unumgänglich.
7 Es wäre also für menstruierende Personen nicht nur einfach ein kleiner Verlust der Lebensquali-
8 tät, sondern menschenunwürdig auf diese verzichten zu müssen. Tampons, Binden etc. sind teuer
9 und das muss sich ändern. Insbesondere bei der Menge, die jährlich oder in der gesamten Zeit zwi-
10 schen Pubertät und Wechseljahren konsumiert wird. Diese Unsummen sind für viele Menschen
11 kaum zumutbar. Dennoch darf die Qualität von solchen Artikeln nicht darunter leiden, weil das
12 wiederum einen immensen Eingriff in die Gesundheit bedeuten könnte. Auch Hilfsorganisatio-
13 nen, die z.B. Hygieneartikel für Frauen* für obdachlose menstruierende Personen bereitstellen,
14 würden von günstigen Produkten profitieren. Eines unserer höchsten Ziele ist die Gleichberechti-
15 gung, die in keinem Land auf dieser Welt völlig gewährleistet ist. Dieser Schritt wäre ein Signal in
16 die richtige Richtung. Um zu zeigen, dass wir eine offene Gesellschaft sind, in der die Menstruation
17 kein Tabuthema ist und in der wir Diskriminierung nicht tolerieren.

18 Deshalb fordern wir:

- 19 • Den Zugang zu Hygieneartikeln zu erleichtern und kostenlos zu gestalten.

Begründung

Menstruation und die dazugehörigen Hygieneartikel sind ein aktuelles und wichtiges Thema, bei dem etwas passieren muss. Frauen*rechte und die Gleichberechtigung gehören zu den Menschenrechten und sollten in viel größeren Schritten nach vorne gebracht werden. Diese Subventionierung würde dazu beitragen und hätte einen sehr großen Mehrwert für die Gesellschaft.

G – Gesundheit

Alkohol ist das Schiff, mit dem du untergehst

Beschlusnummer	2019.G1
Antragsteller*innen	Jusos Göttingen
Weiterleitung an	Juso-Bundeskongress

1 In der Bundesrepublik weisen rund 1,7 Millionen Menschen eine behandlungsbedürftige Alkohol-
2 abhängigkei auf, rund 74.000 sterben jedes Jahr an den Folgen des Alkoholmissbrauchs, 5-10%
3 davon durch Suizid. Die Alkoholabhängigkeit ist also eine schwere und häufige Erkrankung, de-
4 ren Prävention deshalb zentrales Ziel sein muss. Gleichzeitig ist der Alkoholkonsum ein kulturell
5 verankertes Verhalten, sodass der grundsätzliche Umgang mit Alkohol keine rein therapeutische
6 Frage (bei Erkrankten) ist, sondern eine gesamtgesellschaftliche Debatte erfordert. Wir verstehen
7 die freiheitliche Entscheidung der*des Einzelnen für oder gegen den Konsum von Drogen als bes-
8 te Prävention von Kriminalisierung und gesundheitlichen Gefahren durch (potentiell) suchtaus-
9 lösende Substanzen. Gerade deshalb muss dieser Anspruch auch in Bezug auf kulturell häufig
10 konsumierte Suchtstoffe gelten: Die Freiheit zum Alkoholkonsum wird in Deutschland wie in fast
11 keinem anderen Land der Welt gewährt (sogar das Führen von Kraftfahrzeugen bleibt bei gerin-
12 gen Blutalkoholkonzentrationen erlaubt), doch ebendiese „Liberalität“ impliziert einen enormen
13 Zwang zum Konsum. Dieser Zwang entsteht auf mehreren Ebenen, beginnend mit der Peer-Group
14 und endend mit überdimensionalen Werbeplakaten an nahezu allen öffentlichen Plätzen – Kon-
15 kurrenz macht hier nur die Tabakindustrie. Ziel einer progressiven und emanzipatorischen Dro-
16 genpolitik muss es deshalb sein, den Menschen die Entscheidung über den Konsum von Alkohol
17 wirklich selbst zu überlassen.

18 **Prävention beginnt auf der Straße und im Netz**

19 Die Werbeausgaben für alkoholische Getränke in Deutschland lagen 2017 bei 619 Millionen Eu-
20 ro. Dieses Geld wissen die Alkoholproduzent*innen gut angelegt: Werbung (Außenwerbung und
21 Fernseh-Werbung) für Alkohol erhöht die Wahrscheinlichkeit, mit schädlichem Alkoholgebrauch
22 zu beginnen und erhöht bei vorbestehendem Alkoholabusus die Trinkmenge (in einer [studien-
23 abhängig variablen] Dosis-Wirkungs-Beziehung). Kinder und Jugendliche werden dabei nicht nur
24 kollateral von Außenwerbung mit erfasst, sondern gezielt sozialselektiv durch online-Werbung
25 angesprochen. Selbstverständlich ist Werbung nicht der einzige Manifestationsfaktor für die Ent-
26 stehung einer Alkoholabhängigkeit. Doch gerade besonders gefährdete Menschen zeigen eine er-
27 höhte Empfänglichkeit für Alkoholwerbung und dadurch initiiertes Rauschtrinken. Werbung für
28 Alkohol kann also nicht dem Zweck dienen, einen kritischen Umgang mit Alkohol zu fördern oder
29 einen differenzierten Konsum anzustreben, sie dient allein der rücksichtslosen Umsatzsteigerung!
30 Demgegenüber kann Anderson et al. zeigen, dass Werbeverbote, die Reduktion von Verfügbarkeit
31 und Preiserhöhungen durch (erhöhte) Besteuerung kosteneffektive Maßnahmen zur Reduktion
32 von Alkoholfolgeschäden sind. Wir lehnen dabei jedoch das Instrument der (isolierten) Alkohol-
33 steuererhöhung zur Alkoholismusprävention ab, weil es eine sozialselektive Exklusion bedingt,

34 die nicht mit unserem sozialdemokratischen Verständnis einer solidarischen Steuerpolitik ver-
35 einbar ist. Wesentlich ist dementsprechend auch die Reduktion der Verfügbarkeit: Fast flächen-
36 deckend kann in Deutschland rund um die Uhr Alkohol gekauft werden, ein Umstand, der nur
37 für wenige andere Produkte zutrifft. Während die Beschaffung von Medikamenten oder Grund-
38 nahrungsmitteln sonn- und feiertags mit erheblichem Aufwand und Mehrkosten verbunden ist,
39 können Alkohol und Tabakwaren durchgehend an Tankstellen und Kiosks erworben werden: Ge-
40 nau diese Über-Verfügbarkeit trägt mit zur Omnipräsenz des Alkohols bei und fördert auch den
41 schädlichen Gebrauch. Deshalb fordern wir:

- 42 • Verbot der Außen-, Rundfunk- und Onlinewerbung für alkoholhaltige Getränke

43 **Aufklären statt Verboten**

44 Ein selbstbewusster und unabhängiger Umgang mit Alkohol bedarf einer guten Information und
45 Bildung zu dem Thema. Die Bundeszentrale für Gesundheitliche Aufklärung (BZgA) bietet hier mit
46 Kampagnen einen Ansatz. Zwar konnte bisher nur belegt werden, dass Aufklärungskampagnen
47 das Wissen über schädlichen Alkoholkonsum, eine Änderung der Einstellung zum Alkoholkon-
48 sum sowie ein verstärktes Wahrnehmen von Therapieangeboten bewirken, diese Effekte recht-
49 fertigen dennoch intensive Aufklärungsarbeit. Deutlich wird hier aber auch, welchen zentralen
50 Stellenwert die Vorbeugung von suchtauslösenden Faktoren hat. Wir fordern deshalb:

- 51 • Ausbau der finanziellen Ausstattung der BZgA
- 52 • Ausbau der öffentlichen Aufklärungskampagnen und Schaffung zusätzlicher Aufklärungs-
53 angebote für Schulen
- 54 • Umfassende Verankerung des Themas „Substanzabhängigkeit“ in den Kernkurrikula

55 **Im eigenen Verband**

56 Wesentlicher Faktor der Manifestation einer Alkoholabhängigkeit bleibt jedoch das persönliche
57 Umfeld. Der subkulturelle Umgang mit Alkohol ist nicht nur Rahmenbedingung für die Entwick-
58 lung eines schädlichen Alkoholkonsums, sondern auch eine wichtige Bedingung für Krankheits-
59 einsicht und Therapieerfolg. Der oben skizzierte gesamtgesellschaftliche Wandel hin zu einem
60 wirklich freien Alkoholkonsum beinhaltet damit auch die Freiheit zum Nicht-Konsum, die wir
61 selbst in unserem Verband vorleben wollen.³

Begründung

Die im internationalen Vergleich in Deutschland hochprävalente (3,4% der Gesamtbevölkerung (Pabst et al. 2013)) Alkoholabhängigkeit stellt nicht nur ein häufiges und schweres Krankheitsbild dar, sie ist auch Ausdruck einer sozial und altersabhängig stratifizierten Erkrankung. Besonders junge Menschen (18-20 Jahre und 21-24 Jahre) sind häufig von Alkoholabhängigkeit betroffen (6,4% bzw. 6,1%). Der Alkoholismus ist also ein wichtiges politisches Feld gerade auch der politischen Jugendorganisationen. Vor dem Hintergrund der sozialselektiven und zielgerichteten Werbung für Alkohol für Kinder und Jugendliche (D'Amico et al. 2017) verschärft sich das politische Problem von Alkoholwerbung generell: Eine besonders in Deutschland hoch profitable Branche nutzt

³„Deshalb fordern wir.“ entfernt; Anm.d.Red.

Werbung, um die ohnehin bestehende kulturelle Verbreitung des Alkoholkonsums weiter emotional aufzuladen. Werbung hat nie den Zweck, die freie Konsumententscheidung zu ermöglichen, sondern zielt immer darauf, die Kaufentscheidung (zwangsläufig unselbstständig) zu beeinflussen. Solange der Kapitalismus nicht überwunden ist, scheint Werbung in der Fata Morgana des freien Marktes die notwendige Hitze darzustellen, so als unterschieden sich die Produkte im Regal der neoliberalen Globalisierung tatsächlich. In Bezug auf Suchtstoffe aber können wir doch die Werbemanipulation gerade derer, die die höchste Gefahr haben, an einer Alkoholabhängigkeit zu leiden, am wenigsten zulassen!

Was wir stattdessen brauchen ist eine Kultur des kritischen Konsums und des Respekts für beide Entscheidungen: für und gegen den Alkoholkonsum. Kulturelle Veränderungen sind nicht klar steuerbar, sie sind aber beeinflussbar. Eine öffentliche Debatte und systematische Aufklärungen können ebenso dazu beitragen, den Umgang mit Alkohol auf subkultureller Ebene zu verändern wie ein aktives Vorleben. Und einen weiteren wichtiger Aspekt des Alkoholkonsums direkt bei den Jusos greift die hannoversche Bezirksvorsitzende Silke Hansmann auf: „[...] Besonders als Frau habe ich das Gefühl, dass mir immer wieder auf Veranstaltungen und auch privat Alkohol aufgedrängt wird. Selbst wenn klargestellt wurde, dass man gar keinen Alkohol trinkt, heißt es „Ach, ein Sekt geht doch immer“. Hier wird natürlich bewusst meine freie Entscheidung und mein Urteilsvermögen angezweifelt [...]“. Ein kulturell erzwungener Alkoholkonsum fördert also häufig auch sexistische Stereotype, deren Fortführung kein progressives politisches Ziel sein kann.

Dieser Antrag soll nicht den Alkohol oder seinen Konsum dämonisieren oder den Spaß an einem feuchtfröhlichen Abend nehmen, er soll ihn mit seinen Maßnahmen erstrecht erlauben – für alle in eigener, freier Entscheidung!

Anmerkungen

Anderson P, Chisholm D, Fuhr DC (2009a): Effectiveness and cost-effectiveness of policies and programmes to reduce the harm caused by alcohol. *The Lancet* 373, 2234–2246

Anderson P, de Bruijn A, Angus K, Gordon R, Hastings G (2009b): Impact of alcohol advertising and media exposure on adolescent alcohol use: a systematic review of longitudinal studies. *Alcohol Alcohol Oxf Oxf* 44, 229–243

D'Amico EJ, Martino SC, Collins RL, Shadel WG, Tolpadi A, Kovalchik S, Becker KM (2017): Factors Associated with Younger Adolescents' Exposure to Online Alcohol Advertising. *Psychol Addict Behav J Soc Psychol Addict Behav* 31, 212–219

Lieb K, Frauenknecht S, Brunnhuber S: *Intensivkurs Psychiatrie und Psychotherapie*. 7. Auflage; Urban & Fischer Verlag, München 2012

McClure AC, Tanski SE, Li Z, Jackson K, Morgenstern M, Li Z, Sargent JD (2016): Internet Alcohol Marketing and Underage Alcohol Use. *Pediatrics* 137, e20152149

Pabst A, Kraus L, Matos EG de, Piontek D (2013): Substanzkonsum und substanzbezogene Störungen in Deutschland im Jahr 2012. *SUCHT* 59, 321–331

Young B, Lewis S, Katikireddi SV, Bauld L, Stead M, Angus K, Campbell M, Hilton S, Thomas J, Hinds K, et al. (2018): Effectiveness of Mass Media Campaigns to Reduce Alcohol Consumption and Harm: A Systematic Review. *Alcohol Alcohol Oxf Oxf* 53, 302–316

Werbeausgaben für alkoholische Getränke in Deutschland bis 2017 | Statistik.
<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/151370/umfrage/werbeausgaben-fuer-alkoholische-getraenke/>; Zugriff am 15.03.2019

Diesmal nicht die Bäckerei, sondern das ganze Krankenhaus!

Beschlusnummer 2019.G2
Antragsteller*innen Jusos Göttingen
Weiterleitung an Juso-Bundeskongress

1 Wir fordern eine sukzessive Verstaatlichung von privaten Krankenhäusern der Regelversor-
2 gung!

3 Seit der Einführung des DRG-Systems (Diagnosis Related Groups) 2004 hat sich der wirtschaftliche
4 Druck auf Krankenhäuser kontinuierlich erhöht und viele, insbesondere ländliche Kommunen
5 gezwungen, ihre kommunalen Krankenhäuser an bundesweit operierende private Krankenhaus-
6 Konzerne zu verkaufen. Dieser Eigentümer-Wechsel ging dabei zumeist mit einem Wechsel der
7 Rechtsform der Häuser einher, sodass die nun privatisierten Häuser als GmbH oder AG nun pri-
8 mär der Gewinnmaximierung verschrieben sind. Zwar sind auch die privatisierten Krankenhäuser
9 an ihren Versorgungsauftrag gebunden, der Focus ihrer Geschäftsleitung liegt nun aber auf der
10 Kosteneffizienz statt der patient*innen-orientierten Versorgung. Das hat wesentliche Auswirkun-
11 gen auf die Funktion solcher Häuser:

- 12 • Insbesondere die Beschäftigten der privaten Krankenhäuser (die wohnortsgebunden oft kei-
13 ne andere Wahl haben, als an eben diesem Haus zu arbeiten) klagen über besonders hohe
14 Arbeitsbelastungen durch enorme Personalverknappung und Aufgabenhäufung.
- 15 • Private Krankenhäuser spezialisieren sich (insb. bei monopolartigem Besitz vieler Kranken-
16 häuser in einer Region durch einen Konzern) auf (nach dem DRG-System) profitable Leis-
17 tungen und Fachbereiche, sodass sich die Versorgungssituation bei den weniger profitablen
18 Fachgebieten in ländlichen Gegenden als kritisch erweist.
- 19 • Gleichzeitig wird die Vergütung medizinischer Leistungen nicht von der Qualität der Leis-
20 tung abhängig gemacht, sondern erfolgt pauschal nach dem DRG-System. Die Frage nach
21 der Qualitätsoptimierung der Leistung wird hier oft mit der Konkurrenz der Häuser beant-
22 wortet: Diese Annahme bleibt – wieder mal im ländlichen Raum – mehr als fragwürdig.

23 Ein personal- und materialintensiver Sektor wie die stationäre Regelversorgung ist ohne Frage
24 kostenintensiv und bedarf daher auch im Sinne einer zumutbaren finanziellen Belastung für die
25 Solidargemeinschaft der gesetzlich Versicherten einer guten und effizienten Organisation. Genau
26 aus diesem Grund aber ist der private Betrieb von Krankenhäusern ein volkswirtschaftlicher Irr-
27 sinn: Die Kostenersparnis durch Rationalisierungsmaßnahmen (zumeist zulasten der Beschäftig-
28 ten, teilweise auch zulasten der Versorgungsqualität) kommt nicht etwa einer Beitragssenkung
29 der gesetzlich Versicherten oder einer Ausweitung des Leistungsangebotes zugute, sondern speist
30 die Dividenden der Aktionär*innen der Krankenhauskonzerne – und entzieht damit dem Gesund-
31 heitssystem wertvolle Ressourcen!

32 Deshalb plädieren wir für die Gründung einer staatlichen Krankenhausgesellschaft, die eine bun-
33 desweit einheitliche und gute stationäre Versorgung sicherstellt für alle die Regionen, die nicht
34 durch die landeseigenen Universitätskliniken oder nicht-gewinnorientierten anderen Kranken-
35 häuser versorgt sind (insbesondere Stiftungs- und konfessionelle Häuser). In der Geschäftsfüh-
36 rung der von dieser Gesellschaft unterhaltenen Krankenhäuser sollen die Beschäftigten sowie die

37 kommunalen gewählten Vertreter*innen gewichtiges Mitspracherecht haben, um so dem kom-
38 munalen politischen Gestaltungscharakter solcher Versorgungseinrichtungen Rechnung zu tra-
39 gen. Gleichzeitig kann eine bundeseinheitliche Krankenhausgesellschaft eine gute stationäre Ver-
40 sorgung in allen Regionen sicherstellen – unabhängig davon, wie sich die wirtschaftliche Situation
41 einer Gemeinde darstellt. Denn gute stationäre Versorgung darf nicht vom Wohnort abhängen!

42 Zur finanziellen Realisierung einer solchen Verstaatlichung ist eine konsequente und hohe Be-
43 steuerung von Erlösen aus dem Betrieb von privatwirtschaftlich betriebenen Krankenhäusern
44 denkbar, um damit einen günstigen Kaufpreis zu ermöglichen.

45 Wir dürfen nicht zulassen, dass angesichts teuer und innovativer Therapiekonzepte (z.B. monoklo-
46 nale Antikörper – basierte Tumorthérapien) über die Rationierung von medizinischen Leistungen
47 nach welchem Muster auch immer diskutiert wird, wenn gleichzeitig private Krankenhauskonzern-
48 ne aus den Mitteln der solidarischen Krankenversicherung millionenhohe Gewinne „erwirtschaften“!
49

Resolution: No more „pray the gay away“

Beschlusnummer 2019.G3
Antragsteller*innen Jusos Göttingen
Weiterleitung an SPD-Bezirksparteitag

1 Angesichts der Äußerungen des Bundesgesundheitsministers Jens Spahn ist das Thema Konver-
2 sionstherapien und der gesetzliche Umgang damit dringlicher denn je. Wir verweisen deshalb
3 auf die Bundesbeschlusslage des Juso-Bundeskongress von 2016 und möchten die wichtigsten
4 Aspekte des Antrags der Jusos hier nochmal darstellen:

5 Wir fordern:

- 6 • Verbot von Konversionstherapien und strafrechtliche Verfolgung der Durchführung solcher
7 „Therapien“
- 8 • strafrechtliche Verfolgung der Sorgeberechtigten von Minderjährigen, bei einer Durchfüh-
9 rung, Vorbereitung, Planung oder wissentlichen Duldung von Konversionstherapien
- 10 • Entzug der Approbation für alle beteiligten Angehörigen der akademischen Heilberufe bei
11 Durchführung oder Verweis auf solche „Therapien“ durch die zuständigen Landesverwal-
12 tungsbehörden
- 13 • Explizites Verbot der Werbung oder das Hinweisen auf Medien oder Aussagen, die die Mög-
14 lichkeit einer „therapeutischen“ Einflussnahme der sexuellen oder geschlechtlichen Orien-
15 tierung suggerieren

16 Wir fordern die Mandatsträger*innen der Partei zu einer konsequenten und zügigen Umsetzung
17 dieser Beschlusslage auf!

Gesünder leben dank besserer Lebensmittelkennzeichnung

Beschlusnummer 2019.G4

Antragsteller*innen Jusos Schaumburg

Weiterleitung an Juso-Bundeskongress und SPD-Bundesparteitag

- 1 Wir fordern eine eindeutige, verständliche und lesbare Kennzeichnung von Lebensmitteln und ei-
- 2 ne besser verständliche Nährwertdarstellung, insbesondere hinsichtlich des Zuckergehalts. Wei-
- 3 ter fordern wir Themenwochen in Schulen, bei denen Kindern der Umgang mit frischen Lebens-
- 4 mitteln nahegebracht wird. Bei diesen sollen auch die Eltern einbezogen werden. Das gemein-
- 5 same Kochen und das Kennenlernen von neuen, gesunden Rezepten kann somit in die gesamte
- 6 Familie getragen werden.

Begründung

Die Fettleibigkeit bei Kindern und Erwachsenen nimmt immer weiter zu. Auch werden die unterschiedlichen Kennzeichnungsformen immer unübersichtlicher und sind schlecht lesbar. Dies bedeutet nicht nur, dass die Schrift sehr klein ist, sondern dass in vielen Fällen die Inhaltsstoffe als Abkürzungen oder mit Fremdwörtern verklausuliert werden. Vielen Menschen können diese ohne eine Lesehilfe nicht mehr entziffern. Auch verlieren immer mehr Verbraucher den Bezug zur Herkunft der Lebensmittel. Teilweise können Schulkinder Tomaten oder Gurken nicht benennen.

Mehr öffentliche Toiletten im Stadtbild!

Beschlusnummer 2019.G6

Antragsteller*innen Jusos Uelzen/Lüchow-Dannenberg

Weiterleitung an

1 Auf der Website www.gratispinkeln.de lassen sich alle öffentlichen Toiletten, die kostenlos für je-
2 demensch zugänglich sind einsehen. Umso ernüchternder müssen die Besucher*innen feststel-
3 len, dass es in der gesamten BRD für knapp 84 Millionen Menschen nur 2795 öffentliche und damit
4 kostenfrei zugängliche Toiletten gibt. Vielfach wird aus dem Bedürfnis ein Geschäft gemacht. Vie-
5 le Läden nehmen Eintrittsgelder und die öffentliche Toiletteninfrastruktur wird an Unternehmen
6 wie Sanifair ausgelagert, die für Sauberkeit auf den Toiletten ebenfalls Gelder verlangen. Privati-
7 sierungen greifen um sich und machen auch vor den kleinen Bedürfnissen im Alltag keinen Halt.
8 Auch vor Bereichen in denen öffentliche Infrastruktur sehr wichtig ist. Auch aus einer inklusiven
9 Perspektive.

10 Deswegen fordern wir:

- 11 • Einen Stopp der Monetarisierung öffentlicher Toiletten
- 12 • Den Ausbau des Netzes kostenloser öffentlicher Toiletten
- 13 • Die inklusive Gestaltung (behindertengerechte Toiletten etc.)
- 14 • Den Erhalt der Sauberkeit von öffentlichen Toiletten

Für eine umfassende (Gesundheits-)Politik der sexuellen Selbstbestimmung

Beschlusnummer 2019.G7

Antragsteller*innen Jusos Region Hannover

Weiterleitung an SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

1 Das derzeitige Gesundheitssystem beschränkt Frauen* in ihrem Recht auf körperliche Integrität,
2 Autonomie und selbstbestimmte Familienplanung. Frauen* in Deutschland sehen sich im Falle
3 einer ungewollten Schwangerschaft nicht nur mit einer gesetzlichen Austragungspflicht konfrontiert,
4 sondern zugleich auch mit vielerlei Einschränkungen und Verboten, die den Frauen* nicht
5 nur die ohnehin schwierige Entscheidung erschweren, sondern auch ihre Gesundheit gefährden.
6 Damit wird Frauen* das Recht auf eine eigenständige Entscheidung genommen und zugleich die
7 Fähigkeit, diese zu treffen, abgesprochen.

8 Dabei ist der Paragraph 218 ein historisches Relikt. Er besteht seit 1872, wurde 1933 wieder eingeführt
9 und ist bis heute erhalten geblieben. Auch nach der Wiedervereinigung wurde die Chance
10 nicht genutzt, das weitaus fortschrittlichere Abtreibungsrecht der DDR (in den ersten drei Monaten
11 konnte eine Abtreibung ohne Pflichtberatung erfolgen) zu übernehmen.

12 Aber nicht nur die rechtliche Lage, sondern auch die medizinische Infrastruktur erschwert es Frauen*
13 eigenständig über ihren Körper zu entscheiden. So ist es im ländlichen Raum zunehmend
14 schwierig, einen Schwangerschaftsabbruch durchführen zu lassen, da immer weniger Kliniken
15 und Praxen diesen anbieten. Kliniken in katholischer Trägerschaft führen fast ausschließlich keine
16 Schwangerschaftsabbrüche durch. Medizinisches Personal kann laut dem § 12 des Schwangerschafts-
17 konfliktberatungsgesetzes ohne Angabe von Gründen die Durchführung oder Beteiligung an
18 Schwangerschaftsabbrüchen verweigern und das obwohl dieser Eingriff, z.B. oft auch
19 notwendig nach einer Fehlgeburt, mit der häufigste gynäkologische Eingriff ist. Da ein Schwangerschafts-
20 abbruch kein verpflichtender Teil der gynäkologischen Fachärzt*innenausbildung ist,
21 werden immer mehr Gynäkolog*innen ausgebildet ohne diesen Eingriff zu erlernen, z.B. da ihre
22 Klinik diesen Eingriff grundsätzlich nicht durchführt. Aus diesem Grund und durch die Kriminalisierung
23 von Schwangerschaftsabbrüchen finden sich immer weniger Ärzt*innen, die noch bereit
24 bzw. in der Lage sind, diesen Eingriff vorzunehmen.

25 Neben der medizinischen Infrastruktur muss auch die Kostenübernahme durch die Krankenkassen
26 geändert werden, um dem Recht der Frau auf sexuelle Selbstbestimmung zu entsprechen. So
27 sollen gesetzliche und private Krankenkassen zukünftig alle Schwangerschaftsabbrüche bezahlen
28 und nicht zwischen welchen ohne und mit medizinischer oder kriminologischer Indikation
29 unterscheiden. Frauen* haben das Recht, diesen Eingriff auf eigenen Wunsch vorzunehmen, und
30 sollten in dieser ohnehin nicht einfache Situation nicht auch noch dazu gezwungen werden, ihre
31 Einkommensverhältnisse offenzulegen bzw. die Kosten von je nach Eingriff oder Praxis zwischen
32 300 und 600 Euro selbst zu tragen.

33 Zum Recht auf sexuelle Selbstbestimmung gehört neben dem Recht auf einen Schwangerschafts-
34 abbruch auch das Recht auf Unterstützung bei der Entscheidung für ein Kind. Frauen* muss es in
35 unserer Gesellschaft ermöglicht werden, die eigene Lebensplanung trotz eines Kindes weiter verfolgen
36 zu können. Ungewollt Schwangere sind durch das Schwangerschaftskonfliktberatungsgesetz
37 dazu verpflichtet, an einem externen Beratungsgespräch teilzunehmen und nach der Zwangs-

38 beratung eine dreitägige Frist vor dem Eingriff einzuhalten. Gesetzgeberisch ist festgehalten, dass
39 diese Beratung zwangsweise das Ziel haben muss, die Schwangerschaft zu erhalten. Dieses Gesetz
40 ist bevormundend, stellt Frauen* unter Generalverdacht und spricht ihnen ab, eine eigenstän-
41 dige Entscheidung treffen zu können. Frauen* unterliegen in unserem Gesundheitssystem noch
42 immer strukturellen Benachteiligungen und Kontrollen, die ihren Ursprung in einer männlich do-
43 minierten Gesellschaft haben und diese weiter stärken. Gesellschaftliche Diskussionen, wie die
44 um den Paragraphen 219a, zeigen deutlich, dass Frauen* das Recht auf eine eigenständige Ent-
45 scheidung über ihren Körper von Teilen der Gesellschaft noch immer abgesprochen wird. Um das
46 Recht der Frau auf sexuelle Selbstbestimmung zu stärken, fordern wir deshalb:

- 47 • Den Paragraphen 219a aus dem Strafgesetzbuch zu streichen.
- 48 • Die Paragraphen 218 ff durch eine im Sozialgesetz verankerte Fristenlösung zu ersetzen.
- 49 • Die Gewährleistung einer ausreichenden medizinischen Versorgung für die Durchführung
50 von Schwangerschaftsabbrüchen sowohl in Städten als auch im ländlichen Raum durch den
51 Staat sicherzustellen.
- 52 • Abtreibung als verpflichtender Bestandteil in die gynäkologische Facharztausbildung einzu-
53 binden.
- 54 • Die verpflichtende Kostenübernahme für den Eingriff und die mit dem Eingriff verbunden
55 Aufwendungen durch die Krankenkassen.
- 56 • Die Kostenübernahme für Verhütungsmittel sowie die Tests für sexuell übertragbare Krank-
57 heiten, damit die sexuelle Selbstbestimmung nicht von den finanziellen Mitteln abhängig
58 ist.
- 59 • Soziale und ökonomische staatliche Unterstützung und die notwendige Infrastruktur für alle,
60 die sich für ein Kind entscheiden, damit sie ihre eigene Lebensplanung aufrechterhalten
61 können.
- 62 • Die Streichung des Zwangs zu einem Beratungsgespräch hin zu einem Anrecht auf ein ex-
63 ternes Beratungsgespräch auf Wunsch der Schwangeren. Dazu muss die weitere Finan-
64 zierung der Beratungsstellen sichergestellt bleiben. Ein medizinisches Beratungsgespräch
65 durch den*die eigene*n Gynäkolog*in bleibt natürlich erhalten.

Eizellenspende legalisieren

Beschlusnummer 2019.G8
Antragsteller*innen Jusos Region Hannover
Weiterleitung an SPD-Bezirksparteitag

1 Die Jusos fordern die Legalisierung von Eizellenspenden. Diese sollen ähnlich der Samenspen-
2 deals Reproduktionsbehandlung geregelt werden. Dabei muss sichergestellt werden, dass für die
3 Annahme von Frauen zur Behandlung nicht nach dem Partnerschaftsstatus unterschieden wird.
4 Gleichzeitig muss bei der Eizellspende verhindert werden, dass ein Markt ähnlich dem illegalen
5 Organhandel entsteht und Frauen aus finanzieller Not heraus gezwungen sind, sich der risiko-
6 reichen Eizellentnahme zu unterziehen. Deshalb fordern wir, dass eine Eizellspende nur zulässig
7 ist, wenn für die Eizelle keinen finanziellen Gewinn erzielt wird, keine persönlichen Abhängigkei-
8 ten zwischen der Spenderin und der Empfängerin bestehen und die Einwilligungsfähigkeit der
9 Spenderin sichergestellt ist. Diese Vorgaben sollen sich am Vorbild des Transplantationsgesetzes
10 orientieren. Gleichzeitig wird den Spender*innen ermöglicht, Geldaufwendungen für die Stimu-
11 lationsbehandlung ohne Gewinn ersetzt zu erhalten. Die altruistische ist möglich.

Begründung

Bei der Eizellspende greift eine Frau auf Eizellen einer Spenderin zurück, um sich einen Kinderwunsch zu erfüllen. Dabei werden die Eizellen einer Spenderin mit den Spermien des jeweiligen Partners in vitro vereint, um Embryonen zu zeugen. Im Anschluss erfolgt der Embryonentransfer in die Gebärmutter der Empfängerin. Auf diese Weise macht die Eizellspende eine Schwangerschaft auch für jene Frauen möglich, die andernfalls aus unterschiedlichsten Gründen keine Kinder bekommen könnten. Viele Menschen sind ungewollt kinderlos. Oftmals liegt dies an der Unfruchtbarkeit eines der Partner*innen. Nach bisheriger Rechtslage sind Samenspenden möglich und erlaubt, Eizellenspenden hingegen nicht. Deutschland ist damit eines der wenigen europäischen Länder, die noch eine solche Unterscheidung treffen. Dadurch werden Frauen* in diskriminierender Weise benachteiligt. In Partnerschaften mit einem unfruchtbaren Partner kann durch eine Samenspende Abhilfe geschaffen werden. Im Falle einer Unfruchtbarkeit der Partnerin ist dagegen bisher keine Eizellenspende möglich, obwohl sie vielfach helfen könnte. Grund für die bisherige Unterscheidung ist vor allem die Sorge, im Falle einer Eizellenspende könnte es Zweifel geben, wer Mutter des Kindes wäre. In Zeiten moderner Reproduktionsmedizin können wir solchen Problemen bei der Zuschreibung von Familienrollen jedoch nicht einfach durch wahllose Verbote ausweichen, sondern müssen sie aktiv durch neue Regelungen lösen. In vielen ärztlichen Berufsordnungen ist vorgeschrieben, dass Samenspenden nur an verheiratete Paare oder feste Partnerschaften gehen dürfen, wobei im Fall von lesbischen Paaren sogar eine Ehe vorausgesetzt wird. In einigen Berufsordnungen sind Behandlungen für gleichgeschlechtliche Paare sogar gar nicht erlaubt. Eine solche Unterscheidung ist weder zeitgemäß noch entspricht sie unserem Gesellschaftsbild. Deshalb kann es für eine reproduktionsmedizinische Behandlung nicht auf den Partnerschaftsstatus ankommen.

Bezahlung des Hälftigen Beitrags für die Versicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung bei Beamt*innen

Beschlusnummer 2019.INI10

Antragsteller*innen Jusos Hildesheim

Weiterleitung an

- 1 ⁴Wir Beschließen, dass das Land und der Bund als Dienstherr seiner gesetzlich versicherten Be-
- 2 amt*innen auch die hälftigen Beiträge für die Krankenkasse übernimmt.

Begründung

Als Schritt zu einer Bürgerversicherung in der alle Bürger*innen denselben prozentualen Anteil ihres Arbeitslohnes für die Krankenversicherung bezahlen, sollten wir uns dafür diese Ungerechtigkeit zunächst bei den Beamt*innen in unserem Land abschaffen. Auch Beamt*innen sollten die Möglichkeit haben in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert zu sein ohne dafür einen erheblich höheren Beitrag zahlen zu müssen.

Insbesondere für Personen die eine Vorerkrankung haben besteht im Moment nicht bzw. nur unter sehr hohen Beiträgen die Möglichkeit einen Versicherungsvertrag in der privaten Krankenversicherung abzuschließen. Diese Personen müssen im Moment ihre gesamte Krankenversicherung selbst bezahlen, während gerade zu Beginn der Ausbildung in der privaten Krankenversicherung nur rabattierte Beträge gezahlt werden müssen. Dies macht den Staat als Arbeitgeber für viele Leute unattraktiver.

Neben der Beseitigung dieser strukturellen Ungerechtigkeit kann das Land hiermit auch noch erheblich Ausgaben sparen. Einer Studie der Bertelsmann Stiftung wäre die Versicherung aller Beamten in der gesetzlichen Krankenkasse alleine für das Land Niedersachsen jährlich 1.390.000.000 € günstiger als das derzeitige Modell der privaten Krankenversicherung mit Beihilfe.

⁴Titel gegendert und geändert entsprechend ÄAe; Red.

Erste-Hilfe fördern und stärken

Beschlusnummer 2019.INI13

Antragsteller*innen Jusos Uelzen/Lüchow-Dannenberg

Weiterleitung an

1 Die Bezirkskonferenz hat beschlossen:

- 2 • Alle Arbeitgeber*innen sollen dazu verpflichtet werden, bei gleichbleibender Lohn-
3 /Gehaltszahlung, den Mitarbeiter*innen alle zwei Jahre einen Tag für einen Erste-Hilfe-Kurs
4 von der Arbeit freizustellen.
- 5 • Es zur Pflicht wird, als Arbeitnehmer*in alle zwei Jahre an einem Erste-Hilfe-Kurs teilzuneh-
6 men.
- 7 • Personen, welche nicht in einem Arbeitsverhältnis stehen, sollen ebenfalls alle zwei Jahre
8 an einem Erste-Hilfe-Kurs teilnehmen müssen.
- 9 • Die Kosten für die Teilnahme sollen nicht von den Teilnehmer*innen bezahlt werden müs-
10 sen.
- 11 • In allen Schulen, Universitäten, Gemeinde- und Rathäusern sowie in allen Betrieben ab zehn
12 Angestellt*innen soll ein Defibrillator vorhanden sein.

I – Inneres und Antifaschismus

Anerkennung von Opfern rechter Gewalt

Beschlusnummer	2019.I1
Antragsteller*innen	Jusos Göttingen
Weiterleitung an	Juso-Bundeskongress

1 Rechte Gewaltverbrechen werden in der Bundeskriminalstatistik „Politisch motivierte Kriminalität -rechts (PMK-rechts)“ durch die Länder zusammengetragen und gesammelt. Eine erste Über-
2 arbeitung dieses Meldesystem fand im Jahr 2001 statt. Ausschlaggebend für die Aufnahme in die
3 Statistik ist dabei, ob rassistische, antisemitische oder sozialdarwinistische Motive eine „tatauslö-
4 sende“ Wirkung haben und die Wahrnehmung der ermittelnden Strafverfolgungsbehörden.
5

6 Spätestens die Selbstenttarnung des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) im Jahr 2011 hat
7 jedoch gezeigt, dass rechte Gewalt und ihre Opfer von staatlicher Seite ausgeblendet wurden und
8 immer noch werden. Seit dem Jahr 1990 wurden von staatlicher Seite 83 Opfer erfasst. Dem ge-
9 genüber steht die von antifaschistischen Gruppierungen, Journalist*innen und unabhängigen Be-
10 hörden ermittelte Zahl von 193 Opfern.⁵ Hinzukommen Dunkelziffern, welche beispielsweise im
11 Bereich von Übergriffen auf Wohnungslose zu finden sind.⁶

12 Die unterschiedlichen Zahlen haben ihre Ursache in der Analyse der Motive der Täter*innen. Ta-
13 ten, in denen ein sozialdarwinistisches oder rassistisches Motiv mindestens eine tatbegleitende
14 bis tateskalierende Rolle spielen, werden bisher jedoch nicht angemessen in der PMK-Statistik
15 erfasst. Dies führt zu einer Entpolitisierung der Straftaten. Da die PMK-rechts weiterhin eine Ein-
16 gangsstatistik ist, fällt den Strafverfolgungsbehörden und insbesondere der Polizei eine große Ver-
17 antwortung zu. Hier zeigt sich jedoch ein oftmals vorliegendes fehlendes Problembewusstsein und
18 mangelnden Wissens über das Thema rechte Gewalt.

19 Hinzukommt, dass neben den bekannten Fällen die Opfer rechter Gewalt oftmals für die Gesell-
20 schaft und staatliche Behörden unsichtbar blieben. Dabei ist rechte Gewalt leider alltäglich. Hier
21 sind oftmals zivilgesellschaftliche Organisationen wichtige Ansprechpartner*innen für die Betrof-
22 fenen. Diese leisten ebenfalls einen wichtigen Teil, damit Opfer und Angehörige Solidarität und
23 Anerkennung erfahren. Der Staat und seine Strafverfolgungsbehörden müssen nun endlich ihren
24 Teil dazu beitragen, dass rechte Gewalt als solche erkannt wird und die Opfer dieser ebenfalls.

25 Wir fordern daher:

- 26 • Eine Überarbeitung des Meldewesens „Politisch motivierter Kriminalität-rechts“, welches so-
27 wohl die Opferperspektive bzw. die Perspektive von Zeug*innen und Angehörigen berück-
28 sichtigt, als auch Taten, in denen bspw. ein sozialdarwinistisches oder rassistisches Motiv
29 mindestens eine tatbegleitende bis tateskalierende Rolle spielen, erfasst.
- 30 • Eine selbstkritische Überprüfung der PMK-rechts mit Hilfe externer Expert*innen und die
31 nachträgliche Anerkennung der Opfer rechter Gewalt.

⁵<https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/opferfonds-cura/staatliche-einordnung-rechter-gewalttaten/>

⁶<https://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/news/chronik-der-gewalt/todesopfer-rechtsextremer-und-rassistischer-gewalt-seit-1990>

- 32 • Eine Sensibilisierung und Schulung der Strafverfolgungsbehörden gegenüber rechter Gewalt
33 unter anderem durch eine Kooperation von staatlichen Behörden und zivilgesellschaftlichen
34 Organisationen.

Resolution: Antifa – ungemütlich und laut

Beschlusnummer 2019.I2

Antragsteller*innen Jusos Göttingen

Weiterleitung an

1 Seit den letzten Landtagswahlen in Bayern und Hessen im letzten Jahr ist die AfD nun in allen
2 Landtagen vertreten. In Zeiten eines allgemeinen gesellschaftlichen Rechtsruckes ist es umso
3 wichtiger, dass es Menschen gibt, die sich dagegen positionieren und klar Haltung zeigen.

4 Antifaschistische Arbeit ist noch wichtiger geworden und auch wir Jusos, egal ob vor Ort oder über-
5 regional, müssen zeigen, wo wir stehen. Antifaschismus ist daher ein wichtiges Element unserer
6 Arbeit. Wir wollen uns nicht nur in Bündnissen engagieren und bei Demonstrationen mitlaufen,
7 sondern auch unsere Bildungsarbeit diesem Thema widmen.

8 **Ausgangslage**

9 **Bundesweit**

10 Die AfD sitzt im Bundestag und seitdem versucht sie auch dort ihre menschenfeindlichen Ideolo-
11 gien zu streuen. Nicht nur in Chemnitz zeigt sich noch immer eine enge Zusammenarbeit mit den
12 sogenannten "Identitären". Diese professionalisiert sich immer weiter und versucht, Einfluss auf
13 gesellschaftliche Diskurse zu nehmen.

14 Ereignisse wie die in Chemnitz zeigen ganz klar: die rechte Szene ist vernetzt und steht zusammen.
15 Und sie zeigen, wie gefährlich diese Szene ist und hinter welchem wirklich konfuse Weltbild sie
16 stehen. Es zeigt aber auch, dass die gewaltbereite rechte Szene wächst. Insbesondere in Angesicht
17 des Attentats in Christchurch zeigt sich das Gewaltpotential der rechten Ideologie. Noch besorg-
18 niserregender ist die Bewunderung deutscher Neonazis für das Attentat.

19 **Niedersachsen**

20 Auch in Niedersachsen sitzt die rechtsradikale AfD mit 9 Abgeordneten im Landtag und versucht
21 dort Einfluss auf die Politik zu nehmen. Wenn sich die AfD von ihrer Jugendorganisation, der Jun-
22 gen Alternative distanziert, dann zeigt das nur noch deutlicher: die JA ist ein Schmelztiegel von
23 Rechtsradikalen. Nachdem die JA aufgelöst wurde, gibt es dennoch weitere Kooperationen mit
24 früheren JA Mitgliedern und der rechtsextremen Szene. Ein Beispiel dafür: Lars Steinke, früherer
25 Landesvorsitzender der JA.

26 Rechtsextreme Strukturen sind auch in Niedersachsen verankert. Vor allem völkischer Rechtsex-
27 tremismus spielt im ländlichen Raum eine immer größere Rolle.

28 **Warum Antifa-Arbeit so wichtig ist**

29 Anhand der Ausgangslage kann man klar erkennen: Sowohl bundesweit, als auch lokal, sind rech-
30 te Strukturen ein großes Problem, und deshalb ist die Arbeit von Antifaschist*innen so enorm
31 wichtig.

32 Das Engagement verschiedener Antifa-Gruppen reicht von der Organisation von Gegenprotesten,
33 über Bildungs- und Aufklärungsarbeit über die rechte Szene und Hilfe für Opfer rechter Gewalt
34 bis hin zu Recherche über rechte Strukturen. Dieses Engagement verdient unsere volle Solidarität.
35 Denn nur durch dieses Engagement ist es möglich, rechte Strukturen wirksam zu bekämpfen.

36 **Unsere antifaschistische Arbeit**

37 Auch wir Jusos müssen Teil des antifaschistischen Kampfes sein. Wir müssen uns positionieren,
38 jeden Tag. Wir müssen vor Ort eingreifen, wenn Rechte versuchen, dort Einfluss zu nehmen. Es
39 reicht nicht, nur an Demos teilzunehmen, denn Antifa-Arbeit ist immer und überall.

40 Wir müssen uns in Bündnissen, lokal, aber auch überregional engagieren und uns und unsere
41 Ideen dort einbringen. Wir müssen unsere Bildungsarbeit auch diesem enorm wichtigen Thema
42 widmen und wir müssen Aktionen planen und durchführen, die zeigen: Es gibt keinen Platz für
43 Rechtsextreme in unserer Gesellschaft.

44 Damit unsere Arbeit zielgerichtet ist, müssen wir uns mit antifaschistischen Gruppen vernetzen
45 und mit ihnen zusammenarbeiten, denn nur so können wir von und mit ihnen lernen.

46 Auch der Schulterschluss mit anderen demokratischen Jugendorganisationen und Parteien ist
47 wichtig, denn nur, wenn sich ein breites Bündnis den Rechtsextremen entgegenstellt, zeigen wir:
48 wir sind die Mehrheit.

49 Unsere Solidarität gilt allen Opfern rechter Gewalt und wir werden solche Taten nicht unkom-
50 mentiert lassen. Wir werden uns weiterhin in den Weg stellen und zeigen: unsere Gesellschaft ist
51 bunt und hat keinen Platz für Rechtsextreme.

Drogenkonsument*innen entkriminalisieren

Beschlusnummer 2019.I3
Antragsteller*innen Jusos Göttingen
Weiterleitung an Juso-Bundeskongress

1 Durch die derzeitige Drogenpolitik werden Konsument*innen in Deutschland stigmatisiert und
2 in die Straffälligkeit gedrängt, Jobverlust und soziale Abwärtsspirale sind häufig die Folge. Seit-
3 dem Portugal seine liberale Drogenpolitik eingeführt hat, ist die Anzahl an Konsument*innen,
4 insbesondere bei jungen Menschen, zurückgegangen. Es gibt deutlich weniger Drogentote und
5 Konsument*innen begeben sich schneller in therapeutische Einrichtungen.

6 Entsprechend diesem Beispiel fordern wir

- 7 • die Entkriminalisierung von Konsument*innen jeglicher Drogen durch qualifizierte Ver-
8 kaufsstellen. Der Bund verpflichtet sich zentrale Beratungsstellen zu errichten.
- 9 • dass die Polizei ihre Kapazitäten auf den Kampf gegen Drogenhandel und Verfolgung von
10 Drogendealer*innen konzentriert

Begründung

Derzeit bedeutet Drogenkonsum in Deutschland oftmals eine kaum aufzuhaltende Abwärtsspi-
rale: Drogenkonsument*innen machen sich durch den Besitz von Drogen – auch von geringen
Mengen, die nur für den Eigenbedarf gedacht sind - strafbar. Spätestens wenn sie dabei gefasst
werden, beginnt der soziale Abstieg. Strafverfahren werden eingeleitet, in deren Zuge viele Konsu-
ment*innen ins Gefängnis wandern und ihren Job verlieren. Gefängnisstrafen bedeuten allenfalls
eine „Drogenpause“, um nach der Entlassung umso tiefer in die Abhängigkeit zu geraten.

Die Kriminalisierung von Drogen bedeutet keinen Schutz, sondern vielmehr das soziale Abseits.
Es ist an der Zeit diese Politik zu überdenken und umzudenken. Das Beispiel Portugals zeigt, dass
eine liberale Drogenpolitik keinesfalls eine steigende Zahl von Drogenkonsument*innen bedeu-
tet, sondern weniger und für die Betroffenen ein Leben in größerer Menschenwürde.

Drogenkonsumräume ausbauen

Beschlusnummer	2019.I4
Antragsteller*innen	Jusos Göttingen
Weiterleitung an	Juso-Bundeskongress

1 Das langfristige Ziel einer guten Drogenpolitik ist es, die Anzahl der Konsument*innen zu redu-
2 zieren und sie von ihrer Sucht zu befreien. Da dies ein längerer Prozess ist und eine Therapie
3 viel Zeit in Anspruch nimmt, ist es wichtig, den Konsument*innen auch während der Zeit in der
4 Abhängigkeit zu helfen und ihnen ein geregeltes Leben zu ermöglichen.

5 In Drogenkonsumräumen können Konsument*innen unter Aufsicht ihre Droge konsumieren und
6 die Qualität der Drogen kann auf mögliche Streckmittel überprüft werden. Durch die Überwa-
7 chung der Konsumvorgänge kann bei Überdosierung oder anderen Nebenwirkungen sofort ge-
8 helfen werden und somit die Anzahl der Drogentoten reduziert werden. Außerdem wird durch
9 die Ausgabe von saubereren Gegenständen, die für den Konsum benötigt werden (z. B. saubere
10 Spritzen) die Anzahl der Infektionskrankheiten, sowie der HIV Neuinfektionen reduziert. Konsu-
11 ment*innen können besser über die Gefahren ihres Konsums informiert werden und der Kontakt
12 zu Therapeut*innen wird erleichtert, die Konsument*innen in Entgiftung, Substitution, ambulan-
13 te oder stationäre Therapie vermitteln können. Außerdem enthalten die Drogenkonsumräume
14 ein Kontaktcafe, wo sich Konsument*innen untereinander austauschen können.

15 Daher fordern wir:

- 16 • die flächendeckende Einführung von Drogenkonsumräumen in ganz Deutschland und die
17 weitere Förderung solcher Einrichtungen.
- 18 • Die Öffnungszeiten sollen verlängert werden, sodass die Konsumräume jeden Tag erreichbar
19 sind. In Großstädten sollen zusätzlich mobile Drogenkonsumräume eingeführt werden.
- 20 • In unmittelbarer Nähe der Einrichtungen sollten medizinische Ansprechpartner, sowie eine
21 Drogenberatungsstelle und Unterstützung durch Sozialarbeiter*innen vorhanden sein.

Begründung

Überall in Deutschland gibt es drogenabhängige Menschen. Das oberste Ziel sollte es sein, sie von ihrer Sucht zu befreien. Doch dies ist sehr schwierig und ein langwieriger Prozess.

Einige Drogenkonsument*innen sind obdachlos und nehmen ihre Drogen auf der Straße ein. Da Drogen sehr teuer sind, geben viele ihr gesamtes Geld dafür aus und sparen bei Konsumgegenständen und achten nicht auf die ausreichende Hygiene. Beispielsweise teilen sich mehrere Konsumenten eine Spritze oder andere Konsumgegenstände, wodurch Krankheiten übertragen werden. Außerdem kann es zu Nebenwirkungen aufgrund von Streckmitteln, Bewusstlosigkeit durch Überdosierung oder bis hin zum Tod kommen.

Um Konsument*innen beim Eintreten solcher Ereignisse schnell zu helfen und um ihnen saubere Konsumgegenstände zur Verfügung zu stellen, haben einige deutsche Städte Drogenkonsumräume eingerichtet. Das Konzept bewährt sich und in den Städten mit solchen Einrichtungen geht die Zahl der Drogentoten, sowie die Anzahl der mit HIV-infizierten Konsument*innen zurück.

Mehr Unterstützung für Frauen*häuser

Beschlusnummer 2019.I5
Antragsteller*innen Jusos Göttingen
Weiterleitung an Juso-Bundeskongress

1 Im Jahr 2017 wurden 147 Frauen* Opfer von Partner*innenschaftsgewalt. Laut Bundeskriminal-
2 amt sind über 82 Prozent der Frauen* von Partner*innenschaftsgewalt betroffen. Mit der Ratifi-
3 zierung verschiedener internationaler und nationaler rechtlicher Normen, wie beispielsweise der
4 Europäischen Menschenrechtskonvention oder des 2011 beschlossenen „Übereinkommens des
5 Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“, hat
6 der Staat einen Schutzauftrag für Frauen* übernommen. Um Frauen* und Kinder vor sexueller
7 oder häuslicher Gewalt zu schützen, ist es notwendig, Hilfesysteme zu schaffen und aufrechtzu-
8 erhalten.

9 Finanzierung Frauen*häuser

10 Eine Maßnahme zum direkten Schutz von Frauen* vor häuslicher Gewalt stellen dabei Frauen-
11 häuser dar. Wichtig sind dabei die leichte Zugänglichkeit für Betroffene sowie die ausreichende
12 Versorgung mit Schutzplätzen. Für eine ausreichende Versorgung soll dabei laut Europarat ein
13 Platz pro 7500 Einwohner*innen zur Verfügung stehen. Diese Quote wird von Deutschland deut-
14 lich verfehlt.

15 Dies hat zur Folge, dass vielen Frauen* regelmäßig auf Grund von Überfüllung kein Platz in Frau-
16 en*häusern geboten werden kann beziehungsweise diese auf andere oftmals weit weg gelege-
17 ne Frauen*häuser verwiesen werden. Insbesondere in ländlichen Gebieten müssen von häusli-
18 cher Gewalt Betroffene oftmals sehr große Entfernungen zurücklegen, um die Möglichkeit eines
19 Schutzplatzes wahrnehmen zu können. Für Viele ist dies auf Grund eines Arbeitsverhältnisses
20 oder jüngerer Kinder schwer bis unmöglich. Rechnet man die große Zahl all derer, die sich nicht
21 an Beratungsstellen wenden, hinzu, stellt man einen erheblichen Mangel an Schutzplätzen fest.
22 Eine Absage auf einen Platz im Frauen*haus für die Betroffenen führt oftmals zu einem Vertrau-
23 ensverlust in Beratungs- und Hilfsstellen und lässt die von Gewalt Betroffenen schutzlos zurück.

24 Für uns ist klar: Jede Frau*, die häusliche Gewalt erlebt, muss jederzeit die Möglichkeit ha-
25 ben, wohnortnah Schutz und Betreuung zu erfahren. Wir fordern daher einen Rechtsanspruch
26 auf einen Frauen*hausplatz. Dieser muss mit einer besseren finanziellen Ausstattung von Frau-
27 en*häusern und anderen Schutz- und Beratungsstellen einhergehen. Insbesondere sollen diese
28 Stellen auch im ländlichen Raum geschaffen werden.

29 Ein Finanzierungsmodell in Form einer Tagessatzfinanzierung lehnen wir ab, da diese die Kosten
30 des Aufenthalts lediglich auf die Betroffenen abwälzen. So wird die Gewalt gegen Frauen* zum
31 individuellen Problem der einzelnen Frau*. Hinzukommt, dass durch diese Art der Finanzierung
32 bestimmten Personengruppen wie beispielsweise Frauen* ohne gesicherten Aufenthaltsstatus,
33 Auszubildenden, Studierenden oder Sozialhilfeempfängerinnen* der Zugang zu Frauen*häusern
34 gänzlich verwehrt wird oder die Frauen*häuser die Kosten selber tragen müssen. Gewalt gegen
35 Frauen* ist ein gesellschaftliches Problem, welches als solches erkannt und bekämpft werden
36 muss. Hierbei darf Hilfe nicht von der finanziellen Situation der Schutzsuchenden abhängen.

37 Als Unterstützung für die Kommunen fordern wir daher sowohl eine finanzielle Beteiligung des
38 Bundes, als auch eine langfristig gesicherte Erhöhung der Landesmittel für Schutz- und Beratungs-
39 stellen. Ziel muss es sein, langfristig eine einheitliche, unbürokratische und verlässliche Regelung
40 zur Finanzierung von Frauen*häusern und Beratungsstellen zu schaffen.

41 **Inklusive Frauen*häuser**

42 Nicht nur Überfüllung ist ein Problem der mangelnden Finanzierung. So lässt sich insbesonde-
43 re ein Mangel an Plätzen für Frauen* mit Behinderung feststellen. So zeigt sich, dass nur knapp
44 19 Prozent der von der Zentralen Informationsstelle Autonomer Frauen*häuser befragten Frau-
45 en*häuser angeben, barrierefrei zu sein. Es zeigt sich jedoch, dass erwachsene Frauen mit Be-
46 hinderungen/Beeinträchtigungen doppelt so häufig von psychischer Gewalt und von körperlicher
47 Gewalt betroffen sind und sogar 2 - 3 Mal so häufig von sexualisierter Gewalt. Dies ist für uns nicht
48 haltbar – auch hier muss direkt gehandelt werden!

49 Wir fordern daher, dass Inklusion auch auf dem Gebiet von Schutz und Unterstützung von gewalt-
50 betroffenen Frauen* und ihren Kindern stattfindet. Des Weiteren fordern wir eine Finanzierung
51 zur Herstellung von Barrierefreiheit der Frauen*häuser, sei dies durch Nachbesserungen oder
52 den Bau weiterer, barrierefreier Wohneinheiten.

53 **Mädchen*häuser schaffen**

54 Neben erwachsenen Frauen* sind auch bereits junge Mädchen* von Gewalt betroffen. Dies geht
55 oftmals mit einer Abhängigkeitssituation von Betroffenen und Täter*innen einher. Um dieser be-
56 sonderen Situation gerecht zu werden, fordern wir die flächendeckende Einrichtung und Förde-
57 rung von Mädchen*häusern, welche einen Schutzraum für minderjährige Mädchen bieten sollen.
58 Hier gilt es, Personal für diese besondere Situation zu schulen und Projekte in Form von speziellen
59 Beratungsstellen, Online Beratungen und Hilfetelefonen zu fördern.

60 **Konzeptionelle Einschränkungen bekämpfen**

61 Trotz weitreichender Bemühungen zeigen sich räumliche und konzeptionelle Einschränkungen,
62 welche sich in Ab- und Weiterverweisungen Betroffener äußern. So sind insbesondere psychisch
63 kranke, akut Suchtkranke, Frauen mit älteren Söhnen oder Haustier, aber auch Trans*frauen, von
64 diesen Einschränkungen betroffen. Dazu kommen fehlende personelle Ressourcen vor Ort.

65 Für uns ist klar, dass alle Frauen* die Möglichkeit auf einen Platz im Frauen*haus haben sol-
66 len. Wir fordern daher, dass in jedem Frauen*haus verschiedene räumliche Möglichkeiten für
67 verschiedene Bedarfe von Frauen* vorhanden sind. Des Weiteren fordern wir die Schaffung von
68 Schutzräumen für Trans*frauen, mehr abgetrennte Appartements für Frauen* mit älteren Söh-
69 nen und mehr Wohneinheiten mit eigenen Küchen. Außerdem fordern wir finanzielle Mittel für
70 Fortbildung und Supervision des beratenden Personals sowie die dauerhafte Kooperation mit am-
71 bulanten Beratungsangeboten für psychisch erkrankte oder sucht erkrankte Frauen.

Begründung

Quellen:

- <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/dr-franziska-giffey-stellt-neue-zahlen-zur-partnerschaftsgewalt-2017-vor/130802>
- <https://www.autonome-frauenhaeuser-zif.de/de/content/zugang-zu-schutz-und-hilfe>

Vermeidung von sekundärer Viktimisierung durch mediale Berichterstattung

Beschlusnummer 2019.I6

Antragsteller*innen Jusos Göttingen

Weiterleitung an

1 Um eine sekundäre Viktimisierung der Opfer von Unglücksfällen/Straftaten/Anschlägen sowie
2 deren Angehörigen zu vermeiden, fordern wir einen weitergehenden Opferschutz bei medialer
3 Berichterstattung.

4 Für uns bedeutet das konkret

5 1. Weitergehender Opfer- und Identitätsschutz:

6 Die mediale Inszenierung von Unglücksfällen durch sog. Opfergalerien oder andere Veröffentli-
7 chungen von Bildern und Fotos der Opfer soll verhindert werden. Kinder und Jugendliche sind
8 dabei besonders schutzbedürftig. Medienvertreter*innen greifen meist auf Bilder aus sozialen
9 Netzwerken oder andere Seiten im Internet zurück, wenn die Opfer bzw. die Angehörigen selbst
10 keine Bilder aushändigen wollen oder ihre Zustimmung zu einer Veröffentlichung verweigern.
11 Dies stellt einen schweren Eingriff in das Persönlichkeitsrecht der Betroffenen dar, der in aller Re-
12 gel nicht durch das öffentliche Interesse kompensiert werden kann. Die Identität des Opfers ist für
13 das Verständnis einer Tat in den allermeisten Fällen unerheblich. So sieht es auch der Presseko-
14 dex. Das oft verwendete Verpixeln der Gesichter ist für eine Anonymisierung nicht ausreichend,
15 da eine Identifizierbarkeit durch den Kontext und insb. für das Umfeld der Betroffenen dennoch
16 möglich ist.

17 2. Besserer Schutz der Angehörigen:

18 Den Angehörigen oder im schlimmsten Fall Hinterbliebenen soll genug Möglichkeit zur Verar-
19 beitung oder Trauerbewältigung gegeben werden. Die Belagerung der Angehörigen am Wohnort
20 um nahe und exklusive Informationen zu erlangen ist ein respektloser Eingriff in die Intimsphäre
21 und führt zu einer erneuten Viktimisierung. Auch wenn Angehörige von sich aus mit Medienver-
22 treter*innen reden wollen, sollen Veröffentlichungen der Gesprächsinhalte nur mit nachträglich
23 ausdrücklichem Einverständnis veröffentlicht werden dürfen. Ebenfalls sollen Gedenkstätten so-
24 wie für die Trauer essentielle Veranstaltungen wie Beerdigungen und Trauerfeiern besser vor
25 medialen Übergriffen geschützt werden. Für die Verarbeitung bzw. Trauerbewältigung ist es von
26 großer Bedeutung die Berichterstattung und Recherche vor Ort so kurz wie möglich zu halten.

27 3. Aktive Recherchen des Presserates zu Verletzungen des Pressekodexes:

28 Der Presserat behandelt ausschließlich Missstände, die ihm vorgetragen werden. Opfer medialer
29 Fehlverhalten müssen sich selbst melden. Dies führt dazu, dass nur ein kleiner Teil der tatsächli-
30 chen Missstände vom Presserat behandelt wird. Aus diesem Grund sollte der Presserat insb. bei
31 Ereignissen mit einem hohen medialen Interesse selbst aktiv Recherche bzgl. der Missachtungen
32 des Pressekodexes betreiben und ohne Beschwerden von Betroffenen handeln.

33 4. Konsequenzen für bewusste Verletzungen des Pressekodexes:

34 Nachträgliche Rügen durch den Presserat bei Missachtung des Kodexes sind nicht zielführend. So-
35 bald die den Kodex missachtenden Stellen veröffentlicht werden, kann auch eine nachträgliche
36 Rüge den Betroffenen insb. in Fällen der Identifizierung nicht helfen. Daher müssen weitergehen-
37 de Konsequenzen bei bewusster Missachtung geschaffen werden, die die Schwelle zur Verletzung
38 des Kodexes für die Medienvertreter*innen anhebt.

Kartellvergehen Straftat

Beschlusnummer 2019.INI11

Antragsteller*innen Jusos Hildesheim

Weiterleitung an

- 1 Wir beschließen, dass die Kartellgesetze dahingehend geändert werden sollen, dass Kartellvergehen eine Straftat anstelle einer Ordnungswidrigkeit darstellen.
- 2

Begründung

Mit geheimen Preisabsprachen machen große Konzerne heute mehrere Milliarden Gewinn pro Jahr auf Kosten von Verbrauchern, aber auch von anderen oft kleinen Firmen, die dadurch im Wettbewerb massiv beeinträchtigt werden.

Allein in den Jahren 2014 bis 2016 wurden vom Bundeskartellamt Strafen in Höhe von mehr als 1,3 Milliarden Euro verhängt.

Das Bundeskartellamt kann jedoch nur Strafen von max. 10% des Umsatzes verhängen, die Kartellant*innen setzen die Preise für ihre Produkte im Schnitt jedoch um 25 Prozent nach oben, so die Erfahrung von Behörden. Der Schaden beläuft sich Europaweit auf 260 Milliarden Euro pro Jahr

Die Geschädigten bleiben fast immer auf Ihren Kosten sitzen, da ein Einklagen von zu viel gezahlten Preisen gerade bei Alltagsprodukten (z.B. Kaffee oder Bierkartell in den letzten Jahren) auf Grund des schwierigen Nachweises für den Schadensersatzanspruch so gut wie unmöglich ist.

Die Konzerne profitieren heute also von einem Verbrechen, dies kann ein Rechtsstaat nicht weiter hinnehmen. Die Abschreckungswirkung ist sehr gering.

Durch eine Änderung des Kartellrechts können nicht nur die tatsächlichen Umsatzsteigerungen abgegriffen werden, sondern es können auch die handelnden Personen der Kartellant*innen, die Verbraucher*innen und Wirtschaft um Milliarden betrügen, persönlich bestraft werden.

Diese Änderung wird von führenden Forscher*innen in dem Bereich schon seit Jahren gefordert und andere Länder beweisen, dass eine Änderung in diesem Bereich die Anzahl der Kartelle erheblich verringert.⁷

⁷Gegendert (Red.)

J – Jugend- und Familienpolitik

Anerkennung der Mutterschaft lesbischer Lebenspartner*innenschaften

Beschlusnummer 2019J1

Antragsteller*innen Jusos Göttingen

Weiterleitung an

- 1 Während mit der Ehe für alle ein wichtiger Schritt in Richtung der Gleichberechtigung getan wur-
- 2 de, zeigt sich, dass konservative Familienbilder immer noch viel zu sehr den politischen Alltag
- 3 bestimmen. Dieses zeigt sich unter anderem im sogenannten Abstammungsrecht, welches die
- 4 rechtliche Elternschaft regelt.

- 5 Während in heterosexuellen Ehen eine Vaterschaftsvermutung gilt, welche in §1592 BGB geregelt
- 6 wird und nach der ein verheirateter Mann automatisch der Vater der Kinder seiner Frau ist, wer-
- 7 den in lesbischen Ehen die beiden verheirateten Frauen* bei der Geburt eines Kinds rechtlich
- 8 nicht automatisch gemeinsam Eltern. Es muss eine aufwendige Stiefkind-Adoption erfolgen.

- 9 Wir unterstützen daher die von Katharina Barley angestrebte Reform des Abstammungsrechts
- 10 und fordern die automatische Anerkennung der Mutterschaft beider Partnerinnen* in lesbischen
- 11 Ehen oder eingetragenen Lebenspartner*innenschaften.

K – Kommunen und ländliche Räume

Landflucht stoppen - Smart-Country für die ländlichen T(R)äume

Beschlusnummer 2019.K1

Antragsteller*innen Bezirksvorstand

Weiterleitung an

1 Ländliche Räume sind Zukunftsräume, die wir keinesfalls abschreiben dürfen. Der Anspruch von
2 gleichwertigen Lebensbedingungen ist für uns unabdingbar. Die marktwirtschaftliche Ausrich-
3 tung wird diesem nicht gerecht. Dies macht sich an Ausbau von Breitbandversorgung, Mobilfunk-
4 netzabdeckung, sowie Zugang zu Mobilität und Versorgung deutlich. Auch staatliche Versorgungs-
5 angebote fallen in der Fläche. Wir Jusos sehen dort die Verantwortung beim Staat, indem diese
6 Bereiche als Teil der Daseinsvorsorge begriffen werden. Um diese zu gewährleisten sehen wir
7 eine immense Chance in Innovationskraft und modernen, technologiebasierten Formen der An-
8 gebotsbereitstellung. Dies lässt sich unter dem Begriff „Smart Country“ subsumieren.

9 Hierfür fordern wir die niedersächsische Landesregierung dazu auf, eine Smart-Country-
10 Testregion zu errichten. Das Smart-Country-Konzept ist bisher in Deutschland nur beispielhaft
11 in vereinzelt Projekten untergebracht, dementsprechend ist es noch nicht zu Ende gedacht und
12 lebt vom Wandel der Zeit. Das Errichten einer Testregion soll darauf abzielen, dass bereits kon-
13 zipierte Ansätze auf den Prüfstand gestellt, deren Vernetzung und Zusammenspiel getestet und
14 weitergedacht werden.

15 Wir fordern, dass die Testregion folgende Smart-Country-Elemente enthalten soll, die die Arbeits-
16 gruppe detaillierter ausarbeitet, mit den FachpolitikerInnen aus dem Landtag diskutiert und an-
17 schließend an die Regierung heranträgt:

- 18 • Schaffung von Möglichkeiten für Bürger*innen, Crowd-Working oder Workplace-Sharing
19 durchzuführen. Dazu werden leerstehende Räumlichkeiten in der Testregion für diese mo-
20 dernen Arbeitsmöglichkeiten bereitgestellt und so aufbereitet, dass die technischen Gege-
21 benheiten die Arbeitsplatzanforderungen erfüllen.
- 22 • Home-Office-Möglichkeiten für alle, das setzt voraus, dass alle Häuser und öffentlichen Ge-
23 bäude mit der nötigen Infrastruktur ausgestattet sind, sodass die technische Arbeit von zu
24 Hause möglich wird. Insbesondere die Internet- und Mobilfunkverbindung muss den höch-
25 sten technischen Standards entsprechend.
- 26 • Durch die Bereitstellung kostengünstiger Gewerbe- und Industrieflächen soll zielgerichtet
27 die Startup-Förderung vorangetrieben werden. Hierzu können auch leerstehende Räumlich-
28 keiten bereitgestellt werden.
- 29 • Die Etablierung der Testregion als „guten Arbeitgeber“ durch Infrastrukturstärkung der vor-
30 handenen Wirtschaft, Industrie, Handwerk und Verwaltung. Die jeweiligen Akteure vor Ort
31 sollen den Akteuren aus dem städtischen Bereich gegenüber nicht benachteiligt sein.

- 32 • Die Etablierung von „Open Government“ soll zur Aufhebung verkrusteter Verwaltungsstruk-
33 turen führen. Fachkräfte sollen sich von ihrem Arbeitgeber – der Verwaltung – überzeugt
34 fühlen. Vor allem IT-Fachkräfte sollen dadurch vermehrt erkennen, dass es förderlich ist,
35 wenn sie ihr Know-How bei einer kommunalen Verwaltung einbringen können.
- 36 • Der öffentliche Personennahverkehr soll alternativer werden. Dabei setzt die Testregion erst-
37 malig auf den Einsatz von autonomen öffentlichen Personennahverkehrsmöglichkeiten.
- 38 • Die gleichberechtigte Teilhabe aller Bürger*innen durch transparente Kommunikationswe-
39 ge zwischen Politik, Verwaltung und Bürger*innen soll geschaffen werden. Insbesondere sol-
40 len hierfür moderne Teilhabemöglichkeiten innerhalb der örtlichen Kommunalpolitik ge-
41 stärkt werden. Ortsrats-, Gemeinderats-, Stadtrats- und Kreistagssitzungen sowie Fachaus-
42 schusssitzungen sollen in der Mediathek der Kommune abrufbar sein aber auch live verfolgt
43 werden können. Mitglieder der Gremien können sich flexibel per Telefonkonferenz zu der
44 Sitzung hinzuschalten und müssen nicht in persona vor Ort anwesend sein.
- 45 • Bürger*innen können darüber hinaus noch näher an der politischen Willensbildung be-
46 teiligt werden, in dem bspw. Umfragetools via Internet parallel zu den Sitzungen hinzuge-
47 schaltet werden können, sodass Bürger*innen online ihre Anfragen im Rahmen der Ein-
48 wohner*innenfragestunde platzieren können.
- 49 • Interkommunale Zusammenarbeit in digitalen Strukturen um Schnittstellenmanagement zu
50 optimieren und mehr Spezialisten bei der öffentlichen Hand zu haben.
- 51 • Das „digitale Bürgerbüro“ soll dafür sorgen, dass die Bürger*innen unkompliziert und jeder-
52 zeit von jedem Ort jegliche Angelegenheit anbringen und kommunizieren können. Bspw.
53 können Reisepässe, Personalausweise o.ä. barrierefrei über das Internet angefordert wer-
54 den. Die einfache Verwaltungskommunikation zwischen Bürger*innen findet auf dem digita-
55 len Wege statt.

Begründung

Vor allem die ländlichen Räume stehen vor besonderen Herausforderungen, wenn es um das Überleben der eigenen Räumlichkeit als solches als auch um das Entgegenwirken des demografischen Wandels geht. Zwar ist das „Leben auf dem Land“ wieder stärker im Trend, allerdings schrecken die örtlichen und infrastrukturellen Gegebenheiten auf dem Land die potenziellen Bürger*innen ab und diese entscheiden sich dann letztendlich für einen Wohnraum, der sich in stadtnahe befindet.

Keine ausreichende Internetverbindung bedeutet kein flexibles Arbeiten in Form von Nutzung der Home-Office-Möglichkeiten. Kein ausreichendes Mobilfunknetz bedeutet ebenfalls Einschränkungen in der Ausübung der Tätigkeiten aber auch persönliche Einschränkungen, weil es schwieriger wird, digitalen Kontakt zu Freund*innen und Familie aufzunehmen. Keine attraktiven ÖPNV-Möglichkeiten, bedeuten, dass die Bürger*innen immer auf das eigene PKW oder auf alternative Mitfahrgelegenheiten angewiesen sind. Diese alternativen Mitfahrgelegenheiten gibt es in den ländlichen Räumen so gut wie nicht und wenn es sie gibt, dann sind es sog. Anrufsammeltaxen und damit eher unflexibel und nicht zeitgemäß.

Ein Arbeitsplatz in der Stadt trotz einer Wohnung auf dem Land bedeutet, dass Dutzend Menschen täglich in die Stadt pendeln müssen und dabei wertvolle Lebenszeit verschwenden, die bspw. in ehrenamtliches Arbeiten sinnvoll eingesetzt werden könnte. Unter anderem dadurch kommt

es dazu, dass in den kommunalen Parlamenten immer weniger junge Menschen sitzen und der Altersdurchschnitt immer weiter zu nimmt. Die Menschen haben schlichtweg weniger Zeit, sich für ein Ehrenamt einzubringen.

Das Ausrollen des Smart-Country-Konzeptes in einer Testregion soll daher konkret die vielen verschiedenen Facetten von Smart-Country beleuchten und dabei Vor- und Nachteile aufdecken. Die Testregion soll als ein Pilotprojekt gelten.

Wir wollen die ländlichen Räume nicht abhängen und sie gegenüber den städtischen Räumen nicht benachteiligen – im Gegenteil: wir wollen eine konsequente Stärkung der ländlichen Räume. Mit bewusstem Leerstandsmanagement kann dem demografischen Wandel auf dem Land entgegengewirkt werden. Durch Digitalisierung der örtlichen Verwaltungsstrukturen und der kommunalen Parlamente können wir mehr Transparenz in der Teilhabe aller Bürger*innen schaffen.

Das Smart-Country-Konzept ist noch nicht vollbracht und zu Ende gedacht. Lasst es uns gemeinsam gestalten, bevor es uns überrascht!

O – Organisation

Bürger*innenpressekonferenz

Beschlusnummer	2019.03
Antragsteller*innen	Jusos Lüneburg
Weiterleitung an	SPD-Bundestagsfraktion

1 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, die Einführung einer Bürger*innenpressekonferenz
2 zu prüfen.

3 Die Bürger*innenpressekonferenz ist ein Format, das es erlaubt brennende, häufig auftretende
4 Fragen direkt an den Parteivorstand zu richten. In einem Online-Portal hat jede*r Bürger*in –
5 unabhängig von Parteimitgliedschaft – die Möglichkeit Fragen einzureichen. Dies erfolgt unter
6 Angabe von Klarnamen und E-Mail-Adresse. Die eingereichten Fragen sind anschließend öffent-
7 lich, in Kategorien und Adressat (Bundesvorstand bzw. die jeweiligen Landesvorstände) unterteilt,
8 einsehbar und können von anderen Nutzer*innen bewertet werden. Eine Moderationsfunktion
9 ist für diesen Vorgang unumgänglich, um vor Missbrauch, Gewaltaufrufen und Beleidigungen zu
10 schützen.

11 In diesem Format werden sich die dringlichsten, weitverbreitetsten Fragen herauskristallisieren
12 und in einer monatlich stattfindenden Veranstaltung den Vorständen auf Bundes- und Landes-
13 ebene gestellt. Diese Pressekonferenz soll von der SPD auf unterschiedlichen Kanälen und Medi-
14 en (u. a. auf SPD-Website, YouTube, Online-Portal der Bürger*innenpresse-konferenz) möglichst
15 live übertragen und anschließend als Video-on-Demand (VOD) veröffentlicht werden.

16 Um diesem Trend entgegenzuwirken, müssen Maßnahmen ergriffen werden, um jene Bodenhaf-
17 tung zurückzugewinnen. Es müssen mehr Kanäle geschaffen werden, um mit der Basis zu kommu-
18 nizieren. Die Fragen, Wünsche und Hoffnungen des Individuums müssen wieder einen direkten
19 Weg in die Bundes- und Landesvorstände der SPD finden.

Begründung

Die SPD verliert die Bodenhaftung zu ihrer Basis. Dies äußert sich besonders auf Bundesebene, an-
gesichts der Wahlergebnisse im Oktober 2018 in Bayern und Hessen verliert die Partei allerdings
auch massiv Wähler*innenstimmen auf Landesebene.

Der Weg zurück zur SPD, die im Auge der öffentlichen Betrachtenden wieder eine Partei der Bür-
ger*innennähe ist, muss schrittweise vollzogen werden. Die Möglichkeit eines Dialogfensters, wel-
ches von „ganz unten“ nach „ganz oben“ reicht, ist allerdings ein elementarer Schritt. Das verlorene
Vertrauen muss zurückgewonnen werden und die Bürger*innen müssen wieder wissen, wofür
die SPD einsteht. Eine Bürger*innenpressekonferenz würde vorantreiben und aufzeigen, dass die
SPD-Spitze keine Scheu zeigt sich mit der Basis konfrontativ auseinanderzusetzen.

[2019.07]

Beschlusnummer	2019.07
Antragsteller*innen	Jusos Schaumburg
Weiterleitung an	Juso-Bundeskongress

- 1 Wir fordern, dass die SPD inklusiver wird und aktiv dahingehend wirbt, dass mehr Menschen
- 2 mit einer Behinderung an der parteipolitischen Arbeit mitwirken. Weiterführend sollen Materia-
- 3 lien barrierefrei aufbereitet werden. So soll zum Beispiel bei der Erstellung von Flyern auf leichte
- 4 Sprache geachtet werden, sowie wenn möglich, sollen Texte auf Internetseiten vorlesbar sein (z.B.
- 5 für sehbeeinträchtigte Menschen durch entsprechende Tools und/oder Einbindung von Erklärvi-
- 6 deos in Leichter Sprache). Somit sollen in Zukunft behinderte Menschen aktiver beworben und
- 7 eingebunden werden. Dies bezieht sich auf alle Formen von Behinderungen.

Begründung

Menschen mit einer Behinderung sind eine Zielgruppe, die sich aktiv beteiligen soll, aber bisher in Wahlkämpfen etc. deutlich weniger angesprochen wird. Auch die Materialien der SPD sind nicht barrierefrei gestaltet und schließen dadurch insbesondere Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen aus. Gerade durch die neue Gesetzeslage (Bundesteilhabegesetz) wird sich in Zukunft das Verständnis von Behinderung verändern. Es wird zukünftig darum gehen, behinderte Menschen aktiv miteinzubinden und eine Partei hat die Verantwortung, alle Menschen einer Gesellschaft partizipieren zu lassen.

Anträge verständlicher gestalten

Beschlusnummer	2019.08
Antragsteller*innen	Jusos Region Hannover
Weiterleitung an	Juso-Bundeskongress

1 Die Konferenz hat beschlossen:

- 2 1. Auf Parteitag und Konferenzen der Jusos und der SPD müssen alle Anträge in klarer und
3 möglichst leicht verständlicher Sprache gehalten werden.
- 4 2. Fachbegriffe sollen durch einfachere Begriffe ersetzt werden und ansonsten erklärt werden.
- 5 3. Abkürzungen sind zu erklären
- 6 4. Gliederung: Sachverhalt (Wenn nötig), Antragstext mit konkreter Forderung, Begründung,
7 Weiterleitung

Begründung

Der Sinn eines Antrages ist, dass der Verband diesen beschließen möge. Für Jusos und die SPD muss eine klare und möglichst leicht verständliche Sprache Pflicht sein. Alle sollen den Antrag verstehen können ohne ein Wörterbuch in die Hand nehmen zu müssen. Die Jusos und die SPD von einer zunehmenden Akademisierung in der Sprache betroffen. Anträge wurden in der Vergangenheit oft in einer sehr komplizierten Sprache geschrieben. Die Antragsdebatte war ebenfalls von vielen Fachbegriffen betroffen ohne Umschreibungen für einzelne Wörter einzufügen. Ein Antrag soll für jede Person im Verband verständlich sein. Fachbegriffe können sehr einfach ausgetauscht werden.

Beispiel: artikulieren – äußern, synonym – anderer Begriff

Abkürzungen stören beim Lesen, wenn diese teilweise unverständlich sind. Die Wörter können einfach ausgeschrieben werden. Dann versteht die Abkürzungen auch jeder. Kurze Anträge sorgen für eine erhöhte Aufmerksamkeit. Ein zu langer Antrag wird auf Konferenzen oft abgelehnt oder ohne eine ausreichende Antragsberatung angenommen. Ein solcher Antrag wird oftmals nicht gelesen.

Aufbau digitaler Infrastrukturen

Beschlusnummer	2019.09
Antragsteller*innen	Jusos Region Hannover
Weiterleitung an	Juso-Bundeskongress

1 Problemaufriss

2 In Diskussionen um gesellschaftlichen Wandel nimmt die Digitalisierung einen festen Platz ein.
3 Die Vernetzung der Welt schreitet in vielen Bereichen des Zusammenlebens unaufhaltsam voran.
4 Obwohl die Digitalisierung in aller Munde ist, gesprochen wird meist nur über den Wandel der
5 Arbeit und FakeNews.

6 Die grundlegenden Veränderungen in der Art und Weise, wie die Gesellschaft miteinander kom-
7 muniziert und Politik und Parteien veranstaltet werden, werden dabei nur am Rande thematisiert.
8 Zwar beziehen wir unsere Nachrichten zur politischen Meinungsbildung zunehmend aus dem In-
9 ternet und auch der Austausch über Politisches findet zunehmend im Digitalen statt, klassischen
10 politischen Akteuren wie Parteien kommen in den großen Netzwerken jedoch nur passive, absei-
11 tige Rollen zu.

12 Als politische Organisation können auch wir uns nicht den grundlegenden Veränderungen der
13 zunehmenden Digitalisierung von Gesellschaft entziehen. Sowohl in der Kommunikation nach
14 außen zur Verbreitung unserer Inhalte, wie auch nach innen, zur Koordination von Veranstal-
15 tung und zur Vernetzung untereinander sind wir abhängig von großen Netzwerkanbietern wie
16 Facebook oder Google. Problematisch ist in dieser Hinsicht, einerseits dass die marktorientierten
17 Algorithmen darüber entscheiden, was in unseren Newsfeeds auftaucht und was nicht. Anderer-
18 seits sind wir an die Möglichkeiten und Grenzen der technischen Angebote als solche gebunden,
19 die darüber entscheiden wie unsere Vernetzung aussieht.

20 Die SPD ins Digitale

21 Deshalb benötigen wir als Verband und Partei eigene digitale Infrastrukturen. Wir benötigen eine
22 Netzwerkplattform, die es uns erlaubt uns zu vernetzen, zu kommunizieren und unsere Arbeit zu
23 koordinieren.

24 Ein solches Netzwerk muss für alle Mitglieder auf allen Endgeräten zugänglich sein. Ganz so wie
25 klassische Netzwerke braucht es persönliche Profile und Newsfeeds zum Austausch von Neuig-
26 keiten, Statements oder Veranstaltungen. Darüber hinaus benötigt eine politische Organisation
27 vielfältige Möglichkeiten der Vernetzung. So braucht es einerseits die Möglichkeit sich entlang
28 der klassischen Strukturen der Partei und des Verbands in Ortsvereinen, (Unter-)Bezirken und
29 entsprechenden Gremien zu vernetzen. Andererseits soll eine Vernetzung in Gruppen nach Inter-
30 essen und Zielen möglich sein, um kleinen verstreuten wie auch großen Interessensgemeinschaf-
31 ten die Möglichkeit zur Vernetzung und Durchsetzung ihrer Inhalte zu geben. Weiterhin bietet es
32 sich für Vorstände und Gremien, wie auch für interessen geleitete Gruppen an, organisatorische
33 Werkzeuge, etwa zum gemeinsamen Schreiben eines Antrags oder zur Koordination von Aufga-
34 ben oder dem Erstellen von Veranstaltungen, einzubauen.

35 Im stetigen Wandel darf sich die Erneuerung der Partei nicht nur auf das Austauschen von Köp-
36 fen oder Aktualisieren von Inhalten beschränken. Es bedeutet auch, die Strukturen der politischen
37 Partizipation in den Blick zu nehmen, die Potentiale der neuen technischen Möglichkeiten zu er-
38 kennen und wahrzunehmen.

39 Proletarier aller Länder, vernetzt euch!

Verzicht auf fleisch- und fischhaltige Lebensmittel bei Veranstaltungen des Juso-Bezirks Hannover

Beschlusnummer 2019.O10

Antragsteller*innen Jusos Region Hannover

Weiterleitung an

- 1 Wir fordern den Juso-Bezirk Hannover dazu auf, bei künftigen Veranstaltungen auf eine fleisch-
- 2 /fischhaltige Alternative beim Catering zu verzichten und ausschließlich eine der Teilneh-
- 3 mer*innenzahl angemessene Menge an veganem und vegetarischem Essen anzubieten. Nach
- 4 Möglichkeit sollten hierbei Speisen aus saisonalen und regionalen Produkten bevorzugt wer-
- 5 den.

Begründung

Die Fleischproduktion ist für etwa 15% aller Klimagasemissionen (das ist mehr als alle Flugzeuge, Autos und Züge zusammen verursachen) und für 70% des Frischwasserverbrauchs verantwortlich. Im Zuge der sich immer weiter verschärfenden Klimakrise sind wir alle gefragt, wie wir unseren Beitrag zu einem umweltfreundlicheren Konsumverhalten leisten können. Darüber hinaus stammt das im Essen verarbeitete Fleisch häufig von Tieren aus Massentierhaltung, die unter äußerst kritikwürdigen Umständen gehalten werden. Der Antrag will dem einzelnen Individuum kein spezifisches Essverhalten aufzwingen, sondern soll als Denkanstoß zur Selbstreflexion dienen. Veranstaltungen, die vom Juso Bezirk Hannover ausgetragen und demnach auch finanziert werden, könnten durch Fleischverzicht ein wichtiges Zeichen für mehr Nachhaltigkeit und Umweltschutz setzen.

U – Umwelt und Verbraucher*innen-schutz

Reformierung der europäischen Agrarpolitik

Beschlusnummer 2019.U1

Antragsteller*innen Jusos Göttingen

Weiterleitung an

1 Die Jusos Bezirk Hannover fordern eine Neugestaltung der europäischen Landwirtschafts- und
2 Agrargesetzgebung.

3 Die EU sollte ihre größtenteils veraltete Gesetzgebung im Bereich der Landwirtschaft reformie-
4 ren, um so eine Politik zu erreichen, welche auf die im primären Wirtschaftssektor Beschäftigten
5 und die Verbraucher*innen dieser Produkte, ausgelegt ist. Dafür ist es dringend erforderlich, die
6 Gesetzgebung, welche industriell-strukturierten Großbetriebe durch Subventionen unterstützt, so
7 anzupassen, dass auch kleinere Betriebe in der EU erhalten bleiben. Auch eine Veränderung der
8 Gesetzgebung für den Umstieg auf Bio-Produktion sollte im Programm der SPD aufgenommen
9 werden. Bio-Landwirt*innen sollen stärker subventioniert werden und ihre Produkte nach einer
10 kürzeren Prüfzeit als Bio-Produkte verkaufen können. (z.B. nach eineinhalb Jahren statt drei Jah-
11 ren.) Hierfür ist es vor allem auch notwendig eine Vereinheitlichung der Bio-Siegel herzustellen.
12 Wir sind der Überzeugung, dass dies nur staatlich und ohne Gewinnorientierung passieren kann.
13 Dazu soll ein einziges staatliches Bio-Siegel eingeführt werden. Ein Verbot von anderen Biosiegeln
14 ist hierbei unerlässlich. Diese Reformen würden eine gerechtere Agrarpolitik der EU zu Stande
15 bringen und könnten darüber hinaus EU-feindliche Einstellungen von Landwirt*innen und deren
16 Unterstützer*innen umkehren. Außerdem steht die SPD für soziale Gerechtigkeit ein und sollte
17 somit den immer größer werdenden Abstand zwischen kleinen Betrieben und großen Konzernen
18 entgegenwirken.

19 Deshalb sollte eine Reformierung der EU-Agrarpolitik in das Wahlprogramm der SPD aufgenom-
20 men werden und sich sowohl die Landes- und auch die Bundesebene dafür einsetzen.

Silvesterknaller? Nein danke.

Beschlusnummer 2019.U2

Antragsteller*innen Jusos Göttingen

Weiterleitung an

- 1 Zukünftig soll es in Städten und Kommunen keine privaten Feuerwerke an Silvester mehr geben,
- 2 sondern lediglich zentrale, von der Stadt bzw. der Kommune organisierten.

Begründung

Durch Feuerwerk entstehen in der Silvesternacht laut Umwelt Bundesamt etwa 4.500 Tonnen Feinstaub. Diese Menge entspricht etwa 15 Prozent der jährlich im Straßenverkehr abgegebenen Feinstaubmenge – und damit circa 2 Prozent aller Feinstaub Emissionen.

Darüber hinaus kommt es zu zahlreichen Verletzungen und Bränden, sowie zu nicht unerheblich viel Müll. Diese Aspekte könnte man vermeiden, wenn es in Städten ein zentrales Feuerwerk gibt.

Tierschutz endlich ernstnehmen!

Beschlusnummer 2019.U3
Antragsteller*innen Jusos Göttingen
Weiterleitung an Juso-Bundeskongress

- 1 Wir setzen uns für eine bundesweite Etablierung von verbindlichen Tierschutzlabeln für die Nutz-
2 tierhaltung ein. Diese müssen transparente Mindeststandards anzeigen und transparent den Ver-
3 braucher*innen zur Verfügung stehen. Verschiedene Abstufungen sollen – ähnlich der Regelung
4 für Eier – nach einheitlichen Maßstäben nicht für sog. Greenwashing missbraucht werden kön-
5 nen und müssen behördlich kontrolliert werden. Schlechte Tierhaltung muss dabei als solche
6 gekennzeichnet werden.
- 7 Mittelfristig fordern wir eine Änderung der Tierschutzgesetze, die gesetzlich festschreibt, dass
8 mehr Platz für Tiere, Freilauf, Beschäftigung und allgemein bessere Zuchtbedingungen durchge-
9 setzt werden. Nur so können wir sicherstellen, dass die Vielzahl der diversen Labels und Zertifi-
10 kate nicht nur die Verbraucher*innen in ihrem Konsumverhalten zufriedenstellt, sondern wirkli-
11 chen Fortschritt nach sich zieht.

Begründung

Tierschutzlabel sind neben der Bio-Fleischdebatte ein wichtiger Schritt hin zu mehr Transparenz in der Tierzucht. Die gesetzlichen Vorgaben für Tierschutz in Zuchtbetrieben und/oder Milch- und Eierproduzierenden Höfen sind dem „Deutschen Tierschutzbund e.V.“ zufolge bei weitem nicht ausreichend. ⁸ Labels wie „Für Mehr Tierschutz“ geben da die Richtung vor. Die Diversität der verschiedenen Labels und Zertifikate ist dabei durchaus ein Problem, verwischt und -mischt sie doch die zugrundeliegenden, unterschiedlichen Standards der Bewertung. Kurz: Die Menschen finden sich nicht mehr zurecht und wissen nicht, welcher Grad an Tierwohl für welche Auszeichnung ausreicht.

Das Ziel für die Konsument*innen ist klar: Es geht schlicht darum, denen, die (noch) nicht auf fleischhaltige oder tierische Produkte verzichten wollen, Transparenz hinsichtlich der Umstände zu schaffen. Tierschutzlabel auf Produkten und als Auszeichnungen für die Betriebe können dabei helfen, Menschen sensibler in dieser Thematik zu machen: Einfach zu verstehen, schnell ersichtlich und mit klaren Vorstellungen davon, was „hinter“ einem Label steckt.

Doch das darf nicht das einzige Ziel sein. Vielmehr braucht es eine einheitliche und regelmäßig kontrollierte Kennzeichnung für Betriebe und Haltungsbedingungen, die Klarheit schafft und auch eventuelle Missstände bei der Haltung der Tiere klar aufzeigt. Ähnlich dem „Rot“ einer Ampel soll so ersichtlich sein, wenn Tiere nicht artgerecht gehalten werden – Greenwashing durch nichtssagende Zertifikate soll du verhindert werden können.

Wir müssen uns unserer Verantwortung als Konsument*innen bewusstwerden und mit einer Verschärfung der Tierschutzgesetze mittelfristig dafür sorgen, dass kein Tier mehr in den fürchterlichen Zuständen, wie es aktuell in Betrieben der Fall ist, leben muss.

⁸<https://www.tierschutzlabel.info/tierschutzlabel/>

Umweltprofil der SPD schärfen – Das Prinzip der Nachhaltigkeit in die alltägliche Politik integrieren!

Beschlusnummer 2019.U4

Antragsteller*innen Jusos Lüneburg

Weiterleitung an Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag

1 Die Jusos Bezirk Hannover haben beschlossen:

- 2 1. Die globalen Nachhaltigkeitsziele sollten Leitbild der sozialdemokratischen Erzählung sein.
- 3 2. Die ökologischen Grenzen sind unverrückbar. An ihnen müssen sich unsere politischen In-
4 strumente (z. B. Steuern, Subventionen) ausrichten, um angesichts endlicher Ressourcen
5 Verteilungsgerechtigkeit zu garantieren.
- 6 3. Wir müssen das fossile Zeitalter hinter uns lassen. Die Zukunft besteht aus 100 Prozent er-
7 neuerbaren Energien.
- 8 4. Wir brauchen ein staatliches Milliardeninvestitionsprogramm für die ökologisch-soziale
9 Transformation.
- 10 5. Unser künftiges Handeln muss durch Effizienz und Handeln in Stoffkreisläufen bestimmt
11 sein.

Begründung

Die SPD muss künftig viel deutlicher machen, dass für sie Fortschritt immer das Zusammendenken von Arbeit und Umwelt bedeutete. Willy Brandt hat vom „blauen Himmel über der Ruhr“ nicht einfach so gesprochen. Unter uns Unterzeichner*innen sind einige, die schon seit Jahrzehnten sozialdemokratische Umweltpolitik formuliert und praktiziert haben. Dieser Gedanke lebt in unserer Partei, und er wird sich noch stärker durchsetzen müssen. Jetzt gilt es, an die großen Vorhaben, wie das EEG oder den Atomausstieg, anzuknüpfen, die ohne die SPD nicht durchsetzbar gewesen wären. Das von der SPD durchgesetzte Klimaschutzgesetz muss 2019 Wirklichkeit werden. Angesichts der Bedrohung der planetaren Grenzen ist eine große Transformation in Richtung einer postfossilen, nachhaltigen Entwicklung notwendig. Dieser Übergang bietet große Chancen für neue und nachhaltige Beschäftigung mit guten Arbeitsplätzen - wenn er entsprechend aktiv gestaltet wird.

Dieser Antrag ist ursprünglich ein Aufruf von mehreren SPD-Umweltpolitiker*innen, unter anderem von Svenja Schulze (Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit), Dr. Matthias Miersch (MdB, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion), und Dr'in Barbara Hendricks (MdB, Bundesministerin a. D.); abrufbar im Internet unter: https://www.matthiasmiersch.de/wp-content/uploads/sites/223/2018/11/Aufruf_f_r_Debattencamp.pdf

Kohleausstieg bis 2030 beschließen – Die planetaren Grenzen der Erde sind unverrückbar!

Beschlusnummer 2019.U5
Antragsteller*innen Jusos Lüneburg
Weiterleitung an Juso-Bundeskongress

- 1 Die Jusos Bezirk Hannover, beschließen, dass die SPD für einen Kohleausstieg bis 2030 steht und
- 2 in der Regierung durch ihre Mandatsträger*innen darauf hinwirkt, dass dieses Ziel Regierungs-
- 3 handeln wird.

Begründung

Die planetaren Grenzen der Erde sind unverrückbar. Damit Deutschland seinen Beitrag zum Erreichen des 1,5 Grad Ziels erreicht, muss Deutschland bis 2030 aus der Kohle aussteigen.

(vgl. Climate Analytics (2018): Science based coal phase-out pathway for Germany in line with the Paris Agreement 1.5°C warming limit: Opportunities and benefits of an accelerated energy transition; abrufbar im Internet unter: https://climateanalytics.org/media/germany_coalphaseout_report_climateanalytics_final.pdf)

Verbraucher*innen vor Kündigungsfristen schützen

Beschlusnummer 2019.U1

Antragsteller*innen Jusos Uelzen/Lüchow-Dannenberg

Weiterleitung an Juso-Bundeskongress

- 1 Wir fordern, dass künftig die Kündigungsfristen in Verbraucher*innenverträgen maximal 3 Mo-
- 2 nate betragen darf. Bspw. für Handyverträge, Pay-TV oder ähnliches – nicht für Arbeitsverträge!
- 3 Zusätzlich soll mindestens einen Monat vor der Kündigungsfrist, aber maximal drei Monate vor
- 4 dieser, ein Erinnerungsschreiben an die Verbraucher*innen geschickt werden. In diesem muss
- 5 eindeutig nochmal auf die Kündigungsfrist hingewiesen werden.

Begründung

Kündigungsfristen sind oft so gestaltet, dass versucht wird das die Verbraucher*innen diese vergessen. Verbraucher*innen müssen vor (meist) teuren automatischen Vertragsverlängerungen aus unserer Sicht erinnert wird. Wir setzen uns dafür ein, dass Verbraucher*innen vor Vertragsfallen geschützt werden.

Ist das noch gut, oder kann das weg?!

Beschlusnummer	2019.U7
Antragsteller*innen	Jusos Region Hannover
Weiterleitung an	Juso-Bundeskongress

1 Wir fordern das von Supermärkten, Restaurants & Gaststätten, Lebensmittel, die das MHD ge-
2 ringfügig überschritten haben, kostenlos an interessierte Mitbürger*innen und Hilfsorganisatio-
3 nen auf Nachfrage herausgegeben werden müssen, sobald diese für den Hausmüll/Müllcontainer
4 vorgesehen sind. Ebenfalls fordern wir, dass das sogenannte „Containern“ (Def.: auch Mülltauchen
5 oder DumpsterDiving genannt, bezeichnet die Mitnahme weggeworfener Lebensmittel aus Müll-
6 containern) nicht mehr unter Strafe gestellt werden darf. Die meisten Tatbestände begründen
7 sich auf die § 123 Abs. 1 StGB (Hausfriedensbruch) und/oder gemäß § 242 StGB (Diebstähle), da
8 der Müllcontainer meist auf dem Gelände der Supermärkte steht und sich die dort befindlichen
9 Lebensmittel noch im Eigentum des Supermarktes befinden.

Begründung

Theoretisch alle Lebensmittel, die in diesem Jahr bis zum 3. Mai hergestellt wurden, landeten in der Tonne. Erst ab dem genannten Tag verbrauchen wir die angebotenen Lebensmittel. Also dann, wenn ein Drittel des Jahres vorbei ist! Somit landen laut der Umweltorganisation WWF jährlich bis zu 18 Millionen Tonnen Lebensmittel im Müll.

Dies hat unter anderem folgende Gründe:

- die Supermärkte wollen dem Kunden immer alles zu jeder Zeit und in mehreren Variationen anbieten. – Das MHD wird von vielen Verbrauchern falsch verstanden. – In einigen Supermärkten gibt es die Anweisung Supermarktregale immer voll zu halten, da dies kundenfreundlicher ist
- in der Landwirtschaft führt der Preiskampf zu einem Überangebot, z.B. bei Milch

Laut einem Artikel des Magazins „Zeit“ lebten im Jahr 2017 in Deutschland immer noch 15,7% der Bevölkerung unter der Armutsgrenze. Diesen Personen würde es entgegenkommen, wenn sie auf diesem Wege gesunde Lebensmittel ohne großen finanziellen Aufwand bekommen könnten.

Natur gestalten: Eine progressive Positionierung zur Grünen Gentechnik

Beschlusnummer 2019.U8

Antragsteller*innen Jusos Region Hannover

Weiterleitung an Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

1 Gegenüber dem Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft, der sogenannten Grünen Gentechnik, herrscht in Europa und insbesondere in Deutschland viel Skepsis. Veränderungen im Erbgut von Pflanzen werden als Bedrohung wahrgenommen und insbesondere mit Konzernen wie
2 Monsanto verbunden. Wir als sprechen uns dafür aus, diese pauschale Ablehnung der Grünen
3 Gentechnik und die damit verbundene Technologiekritik zu überwinden. Wir stehen Fortschritten in der Gentechnikgrundsätzlich offen gegenüber und glauben, dass diese Fortschritte zum
4 gesellschaftlichen Vorteil eingesetzt werden sollten, wenn entsprechende Rahmenbedingungen
5 geschaffen werden.
6

7
8
9 Der vorliegende Antrag legt unsere Analyse und grundsätzliche Position zur Thematik dar.

10 **Begriffserklärungen und die aktuelle Lage**

11 Die bisherige Gesetzgebung zu gentechnisch veränderten Organismen ist fast dreißig Jahre alt
12 und vor dem Hintergrund inzwischen veralteter Technologien entstanden. In den letzten Jahren
13 sind neue Methoden entstanden, über die Gene von Organismen wie beispielsweise Pflanzen verändert
14 werden können. In den Medien besonders präsent ist die Methode CRISPR/Cas9. Neuere
15 Methoden lassen zum einen deutlich mehr Präzision beim Verändern des Erbguts zu als alte Methoden
16 und verringern damit deutlich potentielle Risiken. Zum anderen können sie gewünschte
17 Veränderungen ohne das Einführen von fremden Genen erreichen. Das Einführen von fremden
18 Genen war ein zentraler Kritikpunkt an der klassischen Gentechnik (sog. „transgene Pflanzen“).
19 Mit neuen Methoden können Veränderungen erzielt werden, die genauso durch zufällige, natürlich
20 und tagtäglich stattfindende Mutationen entstehen könnten und nachträglich nicht mehr von
21 diesen zu unterscheiden sind oder die aktuell durch radioaktive Bestrahlung erzeugt werden. Die
22 Mutationszüchtung ist jetzt schon vom Gentechnik-Gesetz ausgenommen.

23 Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat im Juli 2018 entschieden, dass auch die neuen Methoden
24 unter das Gentechnik-Gesetz fallen und den gleichen Regulierungen und Sicherheitsprüfungen
25 wie klassische Methoden unterliegen. Diese Beurteilung beruht aber nicht auf dem Ergebnis,
26 sondern auf dem Prozess: Auch wenn zufällige Mutation oder ganz konventionelle Züchtung die
27 gleichen Ergebnisse wie neue gentechnische Methoden erzielen kann, soll sie aufgrund ihres Herstellungs-
28 wegweges als gefährlich beurteilt werden. Seitdem sehen zahlreiche Expert*innen die Forschung
29 und vor allem die praktische Anwendung der neuen Technologien in Europa gefährdet.
30 Dabei bietet der Eingriff in das Erbgut von Pflanzen viele Chancen.

31 **Neue Gentechnik schont Ressourcen und bietet Chancen**

32 Durch moderne gentechnische Verfahren können Veränderungen im Erbgut von Pflanzen erzeugt
33 werden, wie sie auch durch konventionelle Züchtung erzeugt werden. Das Ergebnis von konven-
34 tioneller Züchtung und neuer Gentechnik ist also vergleichbar. Der Unterschied ist jedoch, dass
35 der genetische Eingriff deutlich schneller ist als die Züchtung, bei der über mehrere Pflanzenge-
36 nerationen das Erbgut verändert wird und damit auch die entsprechenden materiellen Ressour-
37 cen benötigt werden. Neue Sorten können so in Monaten statt in Jahrzehnten gewonnen werden.
38 Neue und bessere Nutzpflanzen können wir für eine nachhaltige Landwirtschaft gut gebrauchen:
39 Durch die Etablierung der Grünen Gentechnik können wir „low-input-Pflanzen“ entwickeln, die
40 weniger Ressourcen (z.B. Dünger oder Wasser) benötigen, aber gleichzeitig höhere Erträge lie-
41 fern. Auch das Einführen von Resistenzgenen gegen Pilz- oder Bakterienbefall ist zu begrüßen:
42 Es ist besser präzise und schnell das Erbgut von Pflanzen zu verändern, als literweise Pflanzen-
43 schutzmittel zu versprühen. Das verhindert Ertragsverluste und schützt gleichzeitig die Umwelt.
44 Das ist besonders sinnvoll, wenn Resistenzgene aus der verwandten Wildpflanze wieder in die
45 modernen Sorten eingeführt werden. Schweizer Forscher*innen ist genau das bereits an Äpfeln
46 gelungen, bei denen zuvor massenhaft Antibiotika eingesetzt wurden. Es ist absurd, auch aus
47 Sicht der Verbraucher*innen, lieber diverse Chemikalien zu essen, als eine genetische Verände-
48 rung vorzunehmen. Insbesondere die Bio-Landwirtschaft würde davon profitieren, die nicht auf
49 den Einsatz von Chemikalien zurückgreifen darf und auch bei Alternativen, wie z.B. dem Spritzen
50 von Kupfer, streng reglementiert ist. Gentechnik bietet hier eine sinnvolle Alternative.

51 Wir begrüßen es außerdem, mit intelligentem Einsatz von Gentechnik die Folgen des Klimawan-
52 dels abzufedern. Dürre-Sommer treten selbst im gemäßigten Klima Westeuropas immer häufiger
53 auf und führen zu immensen Ertragsverlusten. Genetische Eingriffe bieten uns die Möglichkeit,
54 hitzeresistente Pflanzen zu züchten. Die Technologie kann damit auch in Regionen der Welt hilf-
55 reich sein, die noch stärker vom Klimawandel betroffen sind als zum Beispiel Deutschland. Es
56 können Pflanzensorten mit erhöhtem Vitamin- oder Eisengehalt gezüchtet werden, um Mangel-
57 ernährung zu verhindern. Gleichwohl existiert die Technologie nur im Rahmen der vorhandenen
58 politischen und ökonomischen Strukturen. Armut, Kriege, Korruption, Ausbeutung werden selbst-
59 verständlich nicht durch Gentechnik behoben. Auch darf die Gentechnik nicht als Vorwand ge-
60 nommen werden, um den Kampf gegen den Klimawandel abzuschwächen. Die Gentechnik kann
61 nur Schäden des Klimawandels verringern. Dennoch müssen wir aktuell davon ausgehen, dass
62 die Folgen des Klimawandels nicht vollständig rückgängig gemacht werden können. Selbst wenn
63 den Klimaschutzziele auch Taten folgen sollten, werden wir in Zukunft häufiger mit Dürren kon-
64 frontiert sein. Außerdem steigt mit der Weltbevölkerung der Bedarf an Lebensmitteln. Gentechnik
65 ist sicher kein Wundermittel für diese Herausforderungen, kann jedoch etwas zur Bewältigung
66 beitragen.

67 **Wir fordern: Eine sachliche Debatte über Gentechnik**

68 Angesichts der Vorteile, die moderne, sichere Eingriffe in Pflanzengene bieten, sind wir davon
69 überzeugt, dass eine pauschale Ablehnung neuer gentechnischer Methoden der Thematik nicht
70 gerecht wird. Die Beurteilung solcher Eingriffe muss anhand konkreter Abwägung von Schaden
71 und Nutzen, seien sie ökologischer, gesundheitlicher oder ökonomischer Art, erfolgen. Die prin-
72 zipielle Abwehr von Gentechnik als „Eingriff in die Natur“ macht es sich daher zu leicht. Natür-
73 lichkeit als solche sollte kein Kriterium sein, um Pflanzen als gut oder schlecht einzustufen, ins-
74 besondere vor dem Hintergrund, dass alle unsere pflanzlichen Nahrungsmittel das Ergebnis von

75 gezielter Züchtung sind. Der Mensch emanzipiert sich durch Technologie von den eingeschränk-
76 ten Möglichkeiten, die die Natur anbietet. Das ist tatsächlich überhaupt nichts Neues und nicht auf
77 die Gentechnik beschränkt. Im Lauf der gesamten kulturellen Evolution haben wir nichts anderes
78 getan, als „die Natur“ zu manipulieren. Deshalb fordern wir eine prinzipielle Offenheit gegenüber
79 den Chancen der neuen Gentechnik.

80 **Wir fordern: Rahmenbedingungen schaffen, in denen Gentechnik sicher eingesetzt werden** 81 **kann**

82 Bei aller prinzipiellen Offenheit für neue, sichere Gentechnik müssen daran geknüpfte Risiken
83 ernstgenommen werden. Solche Risiken sind für uns und in diesem Kontext vor allem:

- 84 • gesundheitliche Risiken
- 85 • ökologische Risiken
- 86 • ökonomische Risiken (z.B. Mono-kulturen einzuführen)

87 Neue Technologien dürfen nicht dem Interesse weniger, marktbeherrschender Unternehmen die-
88 nen. Die Schaffung von Monopolen und die Verdrängung anderer Sorten, insbesondere kleinbäu-
89 erlicher Strukturen in Entwicklungsländern, gilt es zu verhindern. Das betrifft auch die Frage der
90 Patente. In der aktuellen Situation haben gentechnisch veränderte Organismen den Status von
91 Erfindungen, sodass darauf Patente angemeldet werden können. Wir sind davon überzeugt, dass
92 Lebensmittel nicht patentiert werden sollten. Damit die neuen Technologien ihre positive Wir-
93 kung entfalten können, müssen rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, innerhalb
94 derer primär kleine Saatguthersteller*innen Gentechnik nutzen können. Die reine Durchführung
95 wird durch die neuen technologischen Möglichkeiten bereits erleichtert und kostengünstiger, da-
96 her stehen vor allem die patentrechtlichen Fragen einem einfacheren Zugang zu den Vorteilen der
97 Gentechnik im Weg. Zudem gilt es, die Chancen der neuen Gentechnik in Konzepten der staatli-
98 chen Entwicklungszusammenarbeit mitzudenken, um vorhandene landwirtschaftliche Struktu-
99 ren zu stärken und Gefahren wie Mangelernährung zumindest zu mindern. Bezüglich der ge-
100 sundheitlichen und ökologischen Risiken sollte eine Unterscheidung abhängig vom Umfang des
101 Eingriffs erfolgen. Geringfügige Eingriffe, bei denen nur sehr kleine Veränderung am Erbgut er-
102 folgen oder bei Eingriffen, die lediglich (natürliche) Gene von Wildsorten wieder einführen, sollte
103 keine Gleichsetzung mit der klassischen Gentechnik erfolgen, die auf dem unpräzisen Einführen
104 fremder Gene beruht. Die erst genannten Eingriffe sollten daher auch weniger aufwendigen Si-
105 cherheitsprüfungen unterliegen. Ein Kriterium für die Grenzziehung zwischen streng und weniger
106 streng regulierten Veränderungen kann sein, ob neuartige Gene eingeführt worden sind oder le-
107 diglich mit den natürlich vorhandenen Genen gearbeitet worden ist. Es gilt zu prüfen, wie eine
108 solche Grenze am sinnvollsten gezogen werden kann.

109 **Wir fordern: Konstruktive Konzepte für die Gentechnik erarbeiten und den Dialog fördern**

110 Die neue Gentechnik bietet eine Chance um Landwirtschaft an die Herausforderungen der Zu-
111 kunft anzupassen, doch diese Chance kann nur sinnvoll genutzt werden, wenn die oben genann-
112 ten Risiken berücksichtigt werden. Konkrete Konzepte sind dazu bisher nicht in Umlauf. Die prin-
113 zipielle Ablehnung der Gentechnik in der Vergangenheit hat dazu geführt, dass keine konstruktiv-
114 en Lösungen für die neuen Technologie erarbeitet worden sind. Wir fordern, dass das Erarbei-
115 ten neuer rechtlicher Rahmenbedingungen für neue gentechnische Methoden politisch verstärkt

¹¹⁶ wird und dass gleichzeitig ein Dialog zwischen Befürworter*innen und Kritiker*innen der neuen
¹¹⁷ Gentechnik gefördert werden muss.

Das Klima von morgen wird heute gestaltet. Gerechte Umweltpolitik, jetzt!

Beschlusnummer	2019.U9
Antragsteller*innen	Jusos Region Hannover
Weiterleitung an	Juso-Bundeskongress

1 Die Klimaziele des Pariser Klimaabkommens sind für uns unumstritten. Wir halten am 1,5° Grad
2 Ziel fest. Darüber hinaus bekennen wir Jusos uns weiterhin zum Ziel von 100% Erneuerbaren
3 Energien in der Bundesrepublik Deutschland bis spätestens 2050. Leider ist jedoch festzustellen,
4 dass die Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele bei weitem nicht ausreichen und auch die
5 Energiewende immer mehr ins Stocken gerät. Um noch eine Chance zum Erreichen der selbst-
6 gesteckten energiepolitischen Ziele zu bewahren, bedarf es einem radikalen Kurswechsel. Wir
7 müssen unsere soziale und ökologische Verantwortung umgehend ernst nehmen - sonst ist es zu
8 spät.

9 Dieser Antrag analysiert die bestehenden Probleme der Energiewende und zeigt auf, was getan
10 werden muss, um eine sozialverträgliche und ökologisch sinnvolle Energiewende bis zum Jahr
11 2050 umsetzen zu können. Der Antrag befasst sich dabei mit folgenden Problemfeldern: Netzaus-
12 bau, Speichertechnologien, Ausbau von Erneuerbaren Energien, Diversität von Erzeugungsanla-
13 gen & Stromhandel.

14 **Netzausbau**

15 Die Strukturen der Stromerzeugung befinden sich seit mehreren Jahren und fortlaufend im Wan-
16 del. Mit dem Abschalten alter Erzeugungsanlagen, wie AKWs und Kohlekraftwerken, und der In-
17 betrieblnahme neuer Anlagen, etwa aus den Bereichen Photovoltaik, Biogas oder Windenergie,
18 verändern sich (unter anderem) die Anforderungen an das Stromnetz. Vereinfacht lässt sich sa-
19 gen, dass Strom über Leitungen und Trassen transportiert wird. Das Stromnetz in Deutschland ist
20 aber auf diese neueren Technologien nicht ausgelegt. Aufgrund der Dezentralität, der kleineren
21 installierten Leistung und der im Vergleich zu AKWs und Kohlekraftwerken häufigeren An- & Ab-
22 schaltung, haben die erneuerbaren Erzeugungsanlagen ganz unterschiedliche Anforderungen an
23 das Stromnetz. Der Ausbau des Stromnetzes in Deutschland hinkt sowohl quantitativ, als auch
24 qualitativ stark hinter den strukturellen Entwicklungen her.

25 Die Gründe hierfür sind unter anderem lokale Interessen (z.B. die Ablehnung des Freistaates Bay-
26 ern gegen oberirdische Trassen), sowie Investitionsstau und Fachkräftemangel. Doch wie kann es
27 sein, dass die Grundlage unserer Stromversorgung so stiefmütterlich behandelt wird? Wie kann
28 es sein, dass ein so entscheidender Faktor der Versorgungssicherheit bei fast allen Diskussionen
29 um die Energiewende ignoriert wird?

30 Die Herausforderung die Frequenz von 50 Hz in den Netzen zu gewährleisten wird immer schwie-
31 riger und das Stromnetz in Deutschland stand schon mehr als einmal kurz vor einem Black-Out
32 (Zusammenbruch). Eine weitere Folge eines alten und unflexiblen Stromnetzes ist ein hoher Be-
33 darf an Regelenergie. Diese wird von teuren Spitzenlastkraftwerken oder Speichern zur Verfügung
34 gestellt, um die Frequenz im Netz auszugleichen und zu stabilisieren. Die Kosten für die bereit-
35 gestellte Regelenergie werden am Ende eines Kalenderjahres auf die EEG-Umlage umgerechnet

36 (2018 hat die Umlage 23,6% des Strompreises ausgemacht). Entgegen der Annahme, dass diejeni-
37 gen die am meisten Energie konsumieren auch am meisten belastet werden, besteht allerdings
38 für energieintensive Sektoren die Möglichkeit sich von der Umlage befreien zu lassen. Zum gro-
39 ßen Teil tragen somit Endverbraucher*innen, Haushalte und kleine Unternehmen die finanzielle
40 Hauptlast der Energiewende. Deshalb fordern wir Jusos, dass das Thema des Netzausbaus endlich
41 die Priorität erhält, die es verdient! Sowohl die Netzbetreiber*innen, als auch die Bundesregierung
42 müssen in die Pflicht genommen werden, um mehr finanzielle Ressourcen für den Ausbau bereit-
43 zustellen. Unternehmen, welche von der Umlage teilweise und vollumfänglich befreit sind, sollten
44 ebenfalls ihren Anteil zum Netzausbau leisten. Die Befreiung ist vollumfänglich aufzuheben. Die
45 Interessen der Länder sind hierbei als sekundär zu behandeln. Ein Ausbau kann nur gelingen,
46 wenn alle an einem Strang ziehen und nicht jedes Bundesland eine Sonderbehandlung erfährt.
47 Strom fließt in Niedersachsen, wie in Bayern am besten oberirdisch. Die physikalischen Gesetze
48 kennen keine Grenzen.

49 **Speichertechnologie**

50 Ein Großteil der erneuerbaren Erzeugungsanlagen sind durch ihren volatilen Charakter geprägt.
51 Oft wird in Diskussionen das Argument angeführt, dass die Sonne nicht immer scheinen und der
52 Wind nicht immer wehen würden. Trotz der Banalität der Argumentation, ist sie leider korrekt.
53 Windenergie- und Photovoltaikanlagen liefern in Deutschland den größten Anteil des erneuerbaren
54 Stroms. Derzeit sind aufgrund der Überkapazität an installierter Leistung bilanzielle Engpässe
55 ausgeschlossen. Derzeit werden in Deutschland noch so große Mengen Strom „produziert“, dass
56 kein unwesentlicher Anteil ins Ausland exportiert wird. Doch wenn das Ziel von 100% erneuer-
57 baren Energien bis 2050 ernst genommen wird, muss sich schon heute mit dem Thema von
58 Speichern beschäftigt werden.

59 Wie bei den Erzeugungsanlagen, muss auch bei Speichern die Lösung in der Diversität von Tech-
60 nologien gesucht werden. Lokale Gegebenheiten müssen besser genutzt werden. Neben den klas-
61 sischen Akkumulatoren gilt es auch auf eine Erhöhung der Sektorenkopplung, Power-to-Gas (vor
62 allem Wasserstoff und Methan), Power-to-Heat und Pumpspeicherkraftwerken zu setzen. Darüber
63 hinaus gibt es noch weitere innovative Möglichkeiten. Als Beispiel sind hier ganzheitliche Lösun-
64 gen, wie der Nutzung von Kühlhäusern von Schlachtereihöfen oder Metallschmelzen als unkon-
65 ventionelle Thermospeicher, zu nennen. Im Zuge der Diskussion um Speichertechnologien, wird
66 oft das Argument der Unwirtschaftlichkeit von Speichern angeführt. Hierzu muss zum einen ge-
67 sagt werden, dass die meisten konventionell und unkonventionell hergestellten Technologien am
68 Anfang unwirtschaftlich operieren, wir allerdings den Schutz der Umwelt nicht auf die Frage re-
69 duzieren sollten, ob eine Technologie in ihren Kinderschuhen wirtschaftlich operiert oder nicht,
70 sondern ob sie sinnvoll einsetzbar und umweltfreundlich ist.

71 Deshalb fordern wir die Einrichtung eines Fonds, der Gelder für die Forschung und für Pilotpro-
72 jekte mit der Anwendung von unkonventionellen Speichern ermöglicht. Zur Stabilisierung des
73 Stromnetzes und dem Ausgleich von Engpässen bedarf es darüber hinaus der Bezuschussung
74 von umweltfreundlichen Speichertechnologien. Die Bezuschussung soll sich an der Höhe der in-
75 stallierten Leistung und der Einsatzstunden im Jahr messen.

76 **Ausbau von Erneuerbaren Energien**

77 Der Ausbau von Erneuerbaren Energien in Deutschland stagniert. Die Gründe hierfür sind viel-
78 fältig. Einige nennenswerte sind die Einführung eines Ausschreibungssystemes, langwierige Ge-
79 nehmigungsverfahren, Planungsunsicherheiten für Investor*innen sowie der 6h-Regelung mit
80 der jüngsten Novellierung des Gesetzes für den Ausbau erneuerbarer Energien (EEG). Seit Be-
81 ginn 2017 gibt es ein Ausschreibungssystem für die Erzeugungsanlagen von Erneuerbaren Ener-
82 gien. Konkret bedeutet das, dass die Anbieter*innen mit den günstigsten Preisen für eine Kilo-
83 wattstunde (kWh) Strom einen festgeschriebenen Preis für die Erzeugung und Einspeisung von
84 Strom über 20 Jahre erhalten (Einspeisevergütung). Dadurch, dass Unternehmen mit großem fi-
85 nanziellem Spielraum eine höhere Anzahl an Anlagen bei Hersteller*innen, zu günstigeren Prei-
86 sen abnehmen können, ist es ihnen möglich günstigere Preise bei den Ausschreibungsverfahren
87 anzubieten. Darüber hinaus müssen für die Bewerbung bei den Ausschreibungsverfahren, sämt-
88 liche Genehmigungen vorliegen. Für kleine Investor*innen wie zum Beispiel Kommunen, ist das
89 Risiko, sich an einer solchen Ausschreibung zu beteiligen, zu groß. Durch das Ausschreibungsver-
90 fahren wird nicht nur der Ausbau gebremst, sondern auch die Akzeptanz der Energiewende bei
91 den Bürger*innen vor Ort verringert.

92 Darüber hinaus wurde die 6h-Regelung eingeführt. Diese besagt, dass wenn der Strompreis an
93 der Energiebörse in sechs aufeinanderfolgenden Stunden negativ ist, der*die Betreiber*in von
94 Anlagen für diesen Zeitraum seinen*ihren Strom nicht vergütet bekommt. Auch diese Regelung
95 führt nicht dazu, dass Investor*innen dazu ermutigt werden sich an der Energiewende zu betei-
96 ligen. Es ist nur sehr schwer vorherzusagen, wie sich die Börse in den nächsten Jahren entwickeln
97 wird und wie häufig diese Regelung Anwendung findet. Es ist aber davon auszugehen, dass mittel-
98 fristig die Häufigkeit von negativen Strompreisen, aufgrund der Überkapazität und der volatilen
99 Erzeugungsanlagen, zunehmen wird.

100 Deshalb fordern wir eine erneute Novellierung des EEGs, welche die 6h-Regelung und das Aus-
101 schreibungsmodell wieder abschafft, eine Vereinfachung der Genehmigungsverfahren vorsieht
102 und die Beteiligungsmöglichkeiten von Bürger*innen erhöht.

103 **Diversität von Erzeugungsanlagen**

104 Wenn politisch die strombezogene Energiewende in Deutschland diskutiert wird, wird fast aus-
105 schließlich von Wind- und Photovoltaikenergie gesprochen. Darüber hinaus gibt es zum Beispiel
106 aber auch noch Wasserkraft- & Biogasanlagen. Das Potential von Wasserenergie ist in Deutsch-
107 land nahezu komplett erschlossen. Das Potential von Biogasanlagen hingegen aber nicht. Biogas-
108 anlagen werden in der aktuellen Gesetzgebung nur am Rande berücksichtigt und Genehmigun-
109 gen für den Bau von Biogasanlagen werden kaum noch erteilt. Ein wesentlicher Grund hierfür
110 ist, dass ein Großteil der Biogasanlagen mit Mais betrieben werden. Bei Mais handelt es sich um
111 eine Kulturpflanze, welche nicht sonderlich förderlich für unser Ökosystem ist. Sie ist bei Land-
112 wirt*innen dennoch sehr beliebt, da der Ertrag der Maispflanze mit keiner anderen Pflanzenart
113 in Deutschland zu vergleichen ist.

114 Wenn wir Mais in Strom umwandeln, dann sollten die Auswirkungen auf unser Ökosystem mi-
115 nimiert werden. Bodenfreundlichen und biodiversitätsförderliche Fruchtfolgen müssen gewähr-
116 leistet werden, wenn Kulturpflanzen wie Mais angebaut werden. Alternativ können Biogasanlagen
117 auch mit Gülle oder diversen anderen organischen Materialien betrieben werden.

118 Doch Biogasanlagen bieten im Gegensatz zur Wind- und Photovoltaikenergie einen großen Vor-
119 teil: sie sind steuerbar. Biogasanlagen basieren auf dem Prinzip eines Motors, welcher mit Gas
120 betrieben wird. Durch die Verbrennung des Gases wird Strom und Wärme umgewandelt. Biogas-
121 anlagen können mittelfristig eine gute Ergänzung zu Speichern sein. Wenn es zu lokalen Engpäs-
122 sen kommt, können Biogasanlagen in Betrieb genommen werden, um diese zu schließen.

123 Eine finanzielle Bevorzugung solcher Anlagen wäre wünschenswert. Zusätzlich fordern wir die
124 Verpflichtung von Wärmenutzkonzepten für die Genehmigung von neuen Biogasanlagen, wel-
125 che von Fern- & Nahwärmenetzbetreiber*innen in Kooperation mit den Anlagenbetreiber*innen
126 erarbeitet werden müssen. Darüber hinaus fordern wir die Verpflichtung von bodenfreundli-
127 chen und biodiversitätsfördernden Maßnahmen, beim Anbau von Mais als nachwachsender Roh-
128 stoff.

129 **Stromhandel**

130 Seit dem Jahr 2002 ist besteht in Deutschland die Möglichkeit, Strom am Terminmarkt der Eu-
131 ropean Energy Exchange (EEX) und seit 2008 am Spotmarkt der European Power Exchange (EPEX)
132 zu handeln. Am langfristigen Terminmarkt kann Strom zwei Tage bis sechs Jahre im Voraus ge-
133 handelt werden. Am kurzfristigen Spotmarkt hingegen nur für den Folgetag und bis 15 Minuten
134 vor Erfüllung der Leistung. Im Jahr 2016 wurden nach Angaben der EEX in der Preiszone Deutsch-
135 land/Österreich circa 2.665 TWh Strom gehandelt. Die EEX gibt an, dass sie 2016 in Deutschland
136 einen Marktanteil von 37% hatte. Im Jahr 2016 lag der Bruttostromverbrauch in Deutschland und
137 Österreich hingegen aber nur bei 595,7 TWh. Das bedeutet, dass an der EEX Strombörse 4,5-mal
138 mehr Volumen gehandelt wurde, als in beiden Ländern verbraucht wurde und das bei einem
139 Marktanteil von gerade einmal 37%. Der Grund hierfür ist, dass an der EEX Börse rein spekulati-
140 ver Handel mit Strom betrieben wird. Große Investor*innen spekulieren wie sich der Strompreis
141 verändern könnte und versuchen dadurch zusätzliche Gewinne zu verbuchen. Seit der Abschaf-
142 fung des physikalischen Handels 2005 an der EEX, ist es nur noch möglich das Recht auf den
143 Strombezug zu einem bestimmten Zeitpunkt zu erwerben, real erzeugter Strom wird nicht mehr
144 gehandelt.

145 Ein weiteres Problem ist, dass die aktuelle Gesetzgebung besagt, dass die Differenz zwischen dem
146 Mittelwert der monatlichen getätigten Transaktionen am Spotmarkt der Börse (Referenzmarkt-
147 wert) und der für 20 Jahren festgeschriebenen Einspeisevergütungenn (Anzulegender Wert) durch
148 das EEG-Konto ausgeglichen wird.

149 Je geringer der Strompreis an der Börse ist, desto größer wird die Belastung des EEGKontos und
150 in Folge dessen, die EEG-Umlage und der Strompreis für Verbraucher*Innen. Strom ist keinesfalls
151 ein Luxusgut, sondern ein Grundbedürfnis. Jedem Menschen sollte der Zugang zu bezahlbarem
152 Strom möglich sein. Ein Leben ohne Strom ist unserer Gesellschaft nicht möglich.

153 Deshalb lehnen wir Jusos den Handel von Strom an der Börse entschieden ab. Wir fordern die
154 Abschaffung der Energiebörse und damit auch des spekulativen Handels.

Energiewende vorantreiben, Großkonzerne in die Pflicht nehmen

Beschlusnummer	2019.U10
Antragsteller*innen	Jusos Region Hannover
Weiterleitung an	Juso-Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag

1 Wir fordern, dass die Energiewende in allen Sektoren (Strom, Wärme, Verkehr) massiver voran-
2 getrieben wird und die Großunternehmen um ein wesentliches mehr in die Pflicht genommen
3 werden müssen als bisher. Hierzu fordern wir, dass

- 4 1. das Ausstoßen von CO₂ um ein wesentliches teurer werden muss, sei es über die Erhöhung
5 der Preise für die CO₂-Zertifikate oder die Erhebung einer CO₂-Steuer für Großunternehmen.
- 6 2. die steuerfinanzierten Förderungen von Energieversorgung aus fossilen Energieträgern mas-
7 siv zurückgeschraubt werden sollen.
- 8 3. die externen Kosten nicht auf den Schultern der Steuerzahler*innen verteilt werden, son-
9 dern von denen getragen werden muss, die sie verursachen.
- 10 4. die Stromsteuer und EEG-Umlagen nicht fast ausschließlich von privaten Haushalten gezahlt
11 werden müssen, sondern insbesondere von denen, die einen hohen Verbrauch an Strom
12 haben und somit maßgeblich für den Ausstoß von CO₂ mitverantwortlich sind.

Begründung

Die Preise für die CO₂-Zertifikaten sind zurzeit ein einziger Witz. Pro Tonne CO₂ kostet ein solches Zertifikat knapp 21€. Der Bundesminister für Wirtschaft und Energie Peter Altmaier zeigt sich zufrieden, immerhin sei der Preis in den letzten Jahren gestiegen. Dass der Internationale Währungsfonds jetzt aufzeigte, dass die externen Kosten pro Tonne ausgestoßenes CO₂ um ein Vielfaches höher liegen (ungefähr 115€), scheint erstmal egal zu sein. Der Markt wird das schon regeln – oder auch nicht. Die Idee war gut, die Umsetzung nicht. Das muss sich dringend ändern. Der Ausstoß von CO₂ muss teurer werden, damit die Entwicklungen schneller stattfinden. Alternative Idee wäre die Erhebung einer CO₂-Steuer, sodass der Ausstoß der Treibhausgase zusätzliche Kosten verursacht, die es zu reduzieren gilt. Die Förderung und externe Kosten der fossilen Energieversorgung werden in der Regel aus Steuermitteln finanziert, die EEG-Umlage steht auf der Rechnung der privaten Verbraucher*innen und ist somit für diese eher ersichtlich und rückt daher eher in den Fokus der Kritik. Dass dies eine vollkommene Absurdität ist, die die Arbeit an der Energiewende enorm erschwert, muss nicht näher erläutert werden. Die Finanzierung der Energieversorgung und -wende muss transparenter und sinnvoller gestaltet werden. Zum Schutz der Industrie wurde beschlossen, überregionale Unternehmen mit einem Energieverbrauch von über 10GWh von der Stromsteuer zu entlasten. Sie sind außerdem von der EEG-Umlage befreit. Die Unternehmen, die also mit am meisten dafür verantwortlich sind, dass viel Strom produziert und somit CO₂ emittiert wird, müssen nichts für die Finanzierung der Energiewende leisten. Die Last liegt auf den Schultern der privaten Haushalte.

V – Verkehr

Schienausbau priorisieren!

Beschlusnummer 2019.V1

Antragsteller*innen Jusos Göttingen

Weiterleitung an Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag und SPD-Bundesparteitag

- 1 Wir fordern, Investitionen in den Aus- und Neubau der Bahninfrastruktur zu priorisieren. Dabei
- 2 sollen vor allem Finanzmittel von Straßenbauprojekten eingesetzt werden. Die beschlossenen Er-
- 3 höhungen im letzten Bundesverkehrswegeplan halten wir nicht für ausreichend. Zudem meldet
- 4 die Deutsche Bahn selbst weiteren Bedarf an finanziellen Mitteln an, damit die Pünktlichkeit und
- 5 Taktung im Bahnverkehr gewährleistet und ausgebaut werden kann. Die Mittel für die Bahnin-
- 6 frastruktur im Bundesverkehrswegeplan sollen mindestens auf das Niveau gehoben werden, die
- 7 aktuell für den Straßenbau vorgesehen sind.

Begründung

Infrastrukturelle Maßnahmen sind langfristige Investitionen, die dementsprechend auch langfristige Folgen und Auswirkungen haben. Zudem stehen wir vor der Aufgabe, die Emissionen im Verkehr zu verringern (Pariser Klimaabkommen), verstopfte Innenstädte zu entlasten und dem immer größeren Bedürfnis nach Mobilität der Menschen im 21. Jahrhundert nachzukommen. Der personelle Individualverkehr sowie der massenhafte Güterverkehr auf der Straße können da keine Antworten sein.

Deshalb ist es wichtig, jetzt die Weichen für eine mobile, möglichst klimaneutrale und in der Breite aufgestellte Zukunft der Mobilität zu stellen. Der Bundesverkehrswegeplan sieht in dem Zeitraum von 2016 - 2030 Investitionen in Höhe von ca. 270 Milliarden Euro vor. Ca. 50% dieser Mittel fließen in den Aus- und Neubau von Straßen, ca. 42% sind für den Bereich Schieneninfrastruktur vorgesehen. Investitionsbedarf besteht selbstverständlich auch im Bereich der Straßeninfrastruktur. Doch um die Mobilität der Zukunft zu gestalten, muss der Anteil der Gelder für Projekte rund um die Schiene deutlich erhöht werden. Durch die Einspeisung von erneuerbaren Energien in das Netz der Deutschen Bahn, dem Umstieg von immer mehr Menschen vom Auto auf die Schiene oder auf die örtlichen ÖPNV-Angebote sowie das durch die höhere Nutzungsfrequenz breitere und verlässlichere Angebot können die drei oben skizzierten Aufgaben erfüllen.

Kommunales stationsgebundenes Mietfahrradsystem in größeren Städten

Beschlusnummer 2019.INI2

Antragsteller*innen Jusos Hildesheim

Weiterleitung an

1 ⁹Wir fordern, dass in jeder größeren Kommune ein wirksames Mietfahrradsystem eingerichtet
2 wird. Wünschenswert wäre ein stationsgebundenes System, das von einem verlässlichen, am bes-
3 ten kommunalen Betreiber*innen betrieben wird. In den größeren Kommunen wäre ein solches
4 System dringend notwendig und könnte guten Anklang finden. Dies wäre für Menschen, die sich
5 kein Auto leisten können, die jeden Tag in Städte mit vielen Arbeitsstellen pendeln oder die die
6 Umwelt durch ein nachhaltigeres Verkehrsverhalten entlasten wollen, ein sehr nützliches Ange-
7 bot.

8 Der öffentliche Fahrradverleih ergänzt die bisherigen Fortbewegungsmittel Bus und Bahn. Die Ver-
9 leihstationendichte soll sich daher am Netz des bestehenden ÖPNV orientieren und Haltestellen
10 sinnvoll miteinander verbinden. Eine hohe Stationendichte ist anzustreben. Durch feste Verleih-
11 stationen wird ein solches Gesamtkonzept aus Bus, Bahn und Rad möglich und es wird erleichtert,
12 die Räder zu finden und zurückzugeben. Nach erfolgreicher Etablierung soll außerdem der Verleih
13 von Lastenfahrrädern getestet werden. Um einen unkomplizierten Hin- und Rückweg beispiels-
14 weise zum Arbeitsplatz zu gewährleisten, muss die Stationendichte entweder so hoch sein, dass
15 keine weiten Fußwege bis zur nächsten Station zurückgelegt werden müssen, oder es muss mög-
16 lich sein, die Fahrräder individuell abzustellen. Um hohe Nutzungszahlen zu erreichen, soll der
17 öffentliche Fahrradverleih sinnvoll beworben werden und der weitere Ausbau von Fahrradwegen
18 und -straßen vorangetrieben werden. Auch die Integration in das Semesterticket für Studierende
19 und die Kooperation mit öffentlichen Einrichtungen oder Unternehmen, um Erwerbstätige für das
20 Angebot zu gewinnen, wird als sinnvoll erachtet. Um die Sicherheit der Nutzer*innen zu gewähr-
21 leisten, ist der Verleih von Fahrradhelmen an den Fahrradverleihstationen unumgänglich.

Begründung

Im Sommer kündigt sich Besuch an, man würde gerne zu zweit zu einem See oder in den Wald radeln, hat aber nur ein Fahrrad. Jeden Morgen steigt man in Laatzen umständlich mit seinem Mountainbike in den RE, um vom Hildesheimer Hauptbahnhof direkt zur Arbeitsstelle zu radeln. Man besichtigt Braunschweig/Emmerke/Salzgitter/eine Stadt des Leine Weser-Tals und würde vor dem Hostel gerne eine Mietfahrradsstation haben, um mobil zu sein und mehr als nur den Marktplatz zu sehen. Man ist neu in Emmerke und beantragt hier Asyl, wohnt aber nicht im Zentrum und benötigt für jeden Weg in die Stadt, aufs Amt oder zum Einkaufen unnötig viel Zeit.

Viele Bewohner*innen der größeren Kommunen, Besuchende oder Arbeitnehmer*innen befinden sich in den beschriebenen Situationen. Ein stationsgebundenes Mietfahrradsystem, das an vielen wichtigen Orten der größeren Kommunen Stationen hat, steigert das Lebensgefühl der dort lebenden Bürger*Innen und entlastet die Umwelt. Bei den meisten Anbietern lohnt sich die erste halbe Stunde Fahrt besonders, da sie kostenlos ist und die Miete für das jeweils entliehene Rad

⁹Gegendert (Red.)

in Relation zur Entleihzeit steigt. Die Registrierung sollte der Betreiber ebenfalls erschwinglich gestalten.

In Hildesheim wurde im April 2018 das stationslose Fahrradvermietungssystem „Obike“ mit Sitz in Singapur eingeführt, im Juli 2018 kündigte es aber Insolvenz an. Seitdem setzt es weder seine Fahrräder Instand, noch ist es in der Lage, den Nutzer*innen ihre hinterlegte Kautions zurückzuzahlen. Es gibt also in Hildesheim und in den größeren Kommunen zur Zeit kein funktionierendes System. Anders als in Hannover, wo es neben „Call a bike“ der Deutschen Bahn und „Nextbike“ noch weitere Leihsysteme gibt, fordern wir ein einziges funktionierendes Fahrradleihsystem.

Vorbild eines funktionierenden Systems einer Großstadt könnte Oslo sein: Hier wurde sich zum Ziel gesetzt, bis 2018 den Autoverkehr in der Innenstadt völlig einzustellen; dafür wurden große Investitionen in den öffentlichen Nahverkehr und das Radwegenetz getätigt. Das Osloer Bikesharing-Angebot Oslo Bysykkel verfügt über 145 Stationen und 1.600 Räder und wird von der Stadt und dem Außenwerbungsunternehmen Clear Channel Norway AS getragen.

Aber auch in deutschen Städten von der Größe Hildesheims, wie zum Beispiel in Tübingen oder Marburg (jeweils Anbieter „Nextbike“), gibt es gut funktionierende Mietfahrradsysteme.

Intelligentes Ticketing – Digitale Tickets im öffentlichen Verkehr

Beschlusnummer 2019.INI4

Antragsteller*innen Jusos Hildesheim

Weiterleitung an

1 ¹⁰Wir fordern, dass die Betreiber*innen von öffentlichem Verkehr sowie die Tarifverbände intel-
2 ligente Tickets einführen, bei denen selbstständig der günstigste Ticketpreis berechnet wird. So
3 soll es möglich sein, dass Fahrgäste sich keine Gedanken mehr darüber machen müssen ob sie
4 das günstigste Ticket erworben haben. Die Tickets, die beim Ein- und Ausstieg registriert werden
5 müssen, sollen selbstständig bei Pendler*innen auf Tages-, Wochen- oder Monatstickets hoch-
6 rechnen, sodass es nicht möglich ist beim Kauf vieler Einzeltickets über den Preis eines Monats-
7 tickets zu kommen. Zudem wird dem Schwarzfahren durch die direkte Kontrolle beim Einstieg
8 wirksam entgegengewirkt. Bei der praktischen Umsetzung eines solchen Tickets muss der Schutz
9 der hierbei verarbeiteten Daten gewährleistet werden.

Begründung

In vielen Städten der Welt gehört es bereits zum Standard, dass nur durch das Vorhalten einer Karte am Ein- und Ausstiegspunkt einer Fahrt mit dem ÖPNV automatisch der Fahrpreis berechnet wird. Die große australische Stadt Sydney ist nur ein Beispiel für eine Stadt mit einem solchen System. Nutzende müssen sich bei der Fahrt mit dem ÖPNV keine Gedanken mehr darüber machen ob sie nun häufig genug fahren um sich eine Monatskarte zu kaufen oder ob es doch lieber ein Jahresabonnement sein sollte. Das Ticketingsystem berechnet für die Fahrgäste immer den günstigsten Fahrpreis.

Unsere Systeme in Deutschland funktionieren durchweg andersherum. Der Fahrgast muss sich zuvor entscheiden wie häufig er mit dem ÖPNV fahren möchte und welche Karte sich dort lohnt. Einige Menschen verbringen jeden Monat einen Abend damit auszurechnen welches für den nächsten Monat die beste Alternative ist. Im Zeitalter der Digitalisierung sollte dies von einem System erledigt werden, dass diese Berechnungen schneller und effektiver durchführen kann und damit den Kund*innenservice verbessert. Stattdessen sind unsere Systeme auf die stabilen Bilanzen der betreibenden Unternehmen ausgelegt, die über Abonnementskund*innen zuvor berechnen können wie sich der Umsatz entwickeln wird. Damit ist der Umsatz des Unternehmens ein Stück weit von dessen tatsächlicher Leistung abgekoppelt. Fahren die Busse und Bahnen nicht pünktlich, oder verschlechtert sich die Anbindung, so haben die Kund*innen nur sehr umständlich und mit zusätzlichen Kosten die Möglichkeit ihre Abos zu kündigen. Teils ist dies jedoch auch gar nicht möglich.

Das intelligente Ticketing soll sich mehr am Fahrgast als am Unternehmen orientieren. Ist die Leistung des ÖPNV-Betreibers schlecht, so haben Fahrgäste direkt die Möglichkeit darauf zu reagieren. Dies führt nicht nur zu einem gerechteren Ticketing, sondern auch zu einem zusätzlichen Druck auf die Unternehmen sich nicht auf dem Status-Quo auszuruhen.

¹⁰Gegendert (Red.)

Fast alle ÖPNV-Betreiber*innen oder Tarifverbunde liegen in öffentlicher Hand. Politiker*innen sitzen dort in den Vorständen und Aufsichtsräten. Daher sollten gerade diese Unternehmen ihre Systeme dahingehend umstellen sich mehr auf den Fahrgast ausgerichtet zu sein.

Wir fordern daher das Ticketsystem der deutschen Tarifverbunde zu reformieren um es gerechter, einfacher und transparenter zu machen. Lassen wir endlich die Fahrgäste mit den Füßen abstimmen ob sie mit dem Angebot des Nahverkehrs zufrieden sind um diesen zu verbessern und für die Zukunft zu stärken.

Sinnvollere Drogenpolitik

Beschlusnummer 2019.INI12

Antragsteller*innen Jusos Hildesheim

Weiterleitung an

1 Wir beschließen, dass der § 14 Abs. 1 der „Verordnung über die Zulassung von Personen im Stra-
2 ßenverkehr“ verändert werden soll.

3 Hierbei soll § 14 Abs. 1 S. 2+3 ersatzlos gestrichen werden soll.

4 *Die Beibringung eines ärztlichen Gutachtens kann angeordnet werden, wenn der Betroffene Betäu-
5 bungsmittel im Sinne des Betäubungsmittelgesetzes widerrechtlich besitzt oder besessen hat. Die Bei-
6 bringung eines medizinisch-psychologischen Gutachtens kann angeordnet werden, wenn gelegentliche
7 Einnahme von Cannabis vorliegt und weitere Tatsachen Zweifel an der Eignung begründen.*

8 In § 14 Abs.1 S.1 Nr. 2+3 soll eingefügt werden, dass die Einnahme der Betäubungsmittel oder
9 Medikamente einen Bezug zur Teilnahme am Straßenverkehr haben muss.

10 *[...] wenn Tatsachen die Annahme begründen, dass*

11 *1. Abhängigkeit von Betäubungsmitteln im Sinne des Betäubungsmittelgesetzes in der Fassung der Be-
12 kanntmachung vom 1. März 1994 (BGBl. I S. 358), das zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom
13 11. Mai 2011 (BGBl. I S. 821) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung oder von anderen
14 psychoaktiv wirkenden Stoffen,*

15 *2. Einnahme von Betäubungsmitteln im Sinne des Betäubungsmittelgesetzes im Straßenverkehr oder*

16 *3. missbräuchliche Einnahme von psychoaktiv wirkenden Arzneimitteln oder anderen psychoaktiv wir-
17 kenden Stoffen im Straßenverkehr*

18 *vorliegt.*

Begründung

§ 14 Abs. 1 regelt wann einem Führerscheinbesitzer*innen ein ärztliches Gutachten aufgedrückt wird, nämlich in Fällen in denen ein Drogenkonsum nachgewiesen werden kann, unabhängig ob man gefahren ist oder nicht.

Es ist aber so, dass gar keine Teilnahme am Straßenverkehr gegeben sein muss. Allein der Besitz von Betäubungsmitteln, egal in welcher Menge oder Art, sorgt dafür, dass einem ein ärztliches Gutachten und dann danach eine MPU aufgedrückt werden kann.

In einer aufgeklärten Welt sollte es gesetzlich möglich sein, dass bei strikter Trennung von Konsum und der Teilnahme am Straßenverkehr der Besitz der Fahrerlaubnis weiter möglich sein kann.

Hier wird nicht davon geredet das Verbot abzuschaffen berauscht einen Wagen zu fahren und wo möglich andere zu gefährden oder im schlimmsten Fall zu töten.

Es geht vielmehr darum den Menschen die bewusst mit Betäubungsmitteln umgehen und sich niemals unter Einfluss von Betäubungsmitteln ans Steuer setzen eine doppelte Bestrafung aus dem Weg zu räumen.

Wenn man z.B. in entspannter Atmosphäre auf einem Festival einen Joint raucht, aber man leider die Tüte mit der falschen Person teilen wollte und diese zufälligerweise ein zivile Staatsschützer*in ist, dann tja, Pech gehabt. Dann ist der Führerschein weg UND natürlich kommt eine Anzeige wegen Besitzes von Betäubungsmitteln noch oben drauf mit Geldstrafen etc. Warum wird man doppelt bestraft?

Da ist es egal ob man mit der Bahn anreißt und die ganze Woche nicht mehr Auto fährt, da man z.B. die Nachweiszeiten der Substanzen extra kennt, um auszuschließen unter Einfluss zu fahren.

Eine solche doppelte Restriktion des Staates seiner Bürger*innen gegenüber ist nicht mehr zeitgemäß und illiberal.

Gegner*innen einer Lockerung könnten jetzt zwar schreien, dass bei einer solchen Regelung Anreize zum Konsum geschaffen werden würde. Dem ist jedoch entgegen zu halten, dass am BtmG nichts geändert wird und ein Verbot des Besitzes von Betäubungsmitteln doch trotzdem besteht und auch Menschen, die unter Einfluss fahren trotzdem und richtigerweise zur MPU müssen.

Wenn man schon nicht das BtmG revolutionieren kann, dann schaffen wir doch wenigstens eine sinnvollere Führerscheinregelung!¹¹

¹¹Begründung gegendert (Red.)

W – Wirtschaft und Finanzen

#SPDerneuern: „Wir müssen über Steuern reden. Darum geht’s. Steuern, Steuern, Steuern! Alles andere ist Mist!“

Beschlusnummer 2019.W1

Antragsteller*innen Jusos Lüneburg

Weiterleitung an Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag und SPD-Bundesparteitag

- 1 Die Grundlage für eine sozial-gerechte Gesellschaft bildet eine sozial-gerechte Steuerpolitik. Die
- 2 Jusos Bezirk Hannover beschließen, dass aus diesem Grund in der SPD Konzepte erarbeitet
- 3 werden müssen, die Möglichkeiten aufzeigen, wie die Einkommens- und Vermögenssituation in
- 4 Deutschland und auf der Welt durch ausgearbeitete Steuerkonzepte (zum Beispiel und vor al-
- 5 lem Erbschaftssteuer, Vermögenssteuer, Finanztransaktionssteuer, Kapitalertragssteuer, Spitzen-
- 6 steuer, Mehrwertsteuer, Verhinderung von Steuerhinterziehung) sozial gerechter gestaltet wer-
- 7 den können.
- 8 Aus diesem Grund beruft der Parteivorstand Kommissionen mit einer (noch festzulegenden) Quo-
- 9 te von Basismitgliedern ein, die gemeinsam geeignete Konzepte entwickeln. Die Arbeit der Kom-
- 10 missionen soll transparent gestaltet und für Ideen der Parteibasis offen sein.
- 11 Nach der Einberufung der Kommission ist das erste Treffen der Kommissionen binnen sechs Wo-
- 12 chen anzusetzen.

Einführung einer Kerosinsteuer

Beschlusnummer 2019.V1

Antragsteller*innen Jusos Region Hannover

Weiterleitung an Juso-Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag, SPD-Abgeordnete der S&D-Fraktion

- 1 Wir fordern, dass Kerosin besteuert wird.
- 2 Nach der EG-Energiesteuerrichtlinie (2003/96/EG) können nationale Regierungen eine Kerosin-
- 3 steuer erheben, jedoch verzichten alle außer die Niederlande auf diese Steuer. Wir fordern, dass
- 4 die Steuer EU-weit verpflichtend und einheitlich wird, und dementsprechend auch in Deutschland
- 5 eine Kerosinsteuer im Sinne des Klimaschutzes eingeführt wird.

Begründung

Kurzstreckenflüge werden meist von Billig-Airlines angeboten und steuern meist Orte an, die eine ausgezeichnete Verkehrsanbindung haben und problemlos mit umweltfreundlicheren Verkehrsmitteln wie dem Zug, dem Auto oder dem Schiff zurückgelegt werden können. Durch eine Kerosinsteuer werden diese unnötigen und vor allem vielen Flüge limitiert. Das vom Bund eingenommene Geld wird zweckgebunden für Klimaprojekte ausgegeben.

Unkomplizierte und angemessene Besteuerung von alkoholischen Getränken

Beschlusnummer 2019.INI6

Antragsteller*innen Jusos Hildesheim

Weiterleitung an

- 1 Wir beschließen, dass die Biersteuer, die Schaumweinsteuer, die Zwischenerzeugnissteuer und
- 2 die Alkopopsteuer abgeschafft werden. Stattdessen soll eine einheitliche Steuer auf alle alkoholi-
- 3 schen Getränke erhoben werden, die sich nach dem Alkoholgehalt bemisst. Alkoholische Geträn-
- 4 ke ab einem Alkoholgehalt von 0,5 vol% sollen für jedes Gramm Alkohol einheitlich mit Steuern
- 5 belegt werden.

Begründung

Die deutsche Besteuerung alkoholischer Getränke ist durch insgesamt fünf unterschiedliche Gesetze geregelt. Neben der Alkoholsteuer, die eine Regelpauschale je Liter reinen Alkohols bei den Erzeugern erhebt, gibt es noch die oben genannten Steuern.

Wir halten es für unnötig kompliziert und ungerecht die Regeln zur Besteuerung für die verschiedenen Arten von alkoholischen Getränken unterschiedlich zu handhaben. Ein einheitliches Gesetz würde hier übersichtlicher und gerechter sein. Denn so würde nicht willkürlich nach der Art des Getränkes die Höhe der Steuer bemessen, sondern ausschließlich nach der Höhe des Alkoholgehalts.

Momentan wird auf Wein keine der oben genannten Steuern erhoben, sondern nur die Alkoholsteuer. Damit wird Wein eindeutig bevorzugt gegenüber anderen alkoholischen Getränken wie alkoholischen Mischgetränken; den Alkopops. Der Steuersatz für Alkopops entspricht bei einer Flaschengröße von 0,275 Liter und einem Alkoholgehalt von 5,5 % vol. etwa 0,84 Euro. Dies wird mit der Beliebtheit von Alkopops gerechtfertigt, die Möglichkeit alkoholische Mischgetränke selbst anzufertigen wird hier jedoch außer Acht gelassen, obwohl dies üblich ist.

Das Beispiel zeigt, wie wenig sinnvoll die Ungleichbehandlung ist. Außerdem soll durch den geringfügig angehobenen Steuersatz der Alkoholkonsum unter Jugendlichen und Kindern verringert werden, da gerade in diesem Alter eine geringere Finanzkraft vorliegt und somit der Kauf von alkoholischen Getränken erschwert wird. Die irrationale Bevorzugung bestimmter alkoholischer Getränke im Steuerrecht, wie insbesondere Wein, wird so beendet. Denn für die Gesundheit der Konsument*innen¹² ist die Form der Darreichung des Alkohols unerheblich, es kommt auf die Menge an.

¹²Gegendert (Red.)

